



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kinder- und Jugendkonferenz der Bayerischen Staatsregierung:

Schutzversprechen und Bildungsgarantie

Wie Kinder und Jugendliche in der Corona-Pandemie besser gefördert werden können, darüber tauschten sich bei einer „Kinder- und Jugendkonferenz“ der Bayerischen Staatsregierung per Videoschleife unter der Leitung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder neben Vertretern verschiedener Kinder- und Jugendverbände auch Familienministerin Carolina Trautner und Kultusminister Michael Piazolo aus. Konkrete Forderungen an die Staatsregierung hatte der Bayerische Jugendring (BJR) bereits im Vorfeld des digitalen Austauschs erhoben.

So plädierte der BJR unter anderem für eine sofortige Öffnung aller Einrichtungen der offenen Jugendarbeit (Jugendtreffs, Jugendhäuser und Jugendzentren) in Präsenz, insbesondere in ihrer Eigenschaft als komplementärer Erfahrungs-, Bildungs- und Entwicklungsort zur Schule. Zudem forderte er eine vollständige Umsetzung eines Stufenplans zur Öffnung der Jugendarbeit, um den jungen Menschen in der außerschulischen Bildung eine Perspektive zu bieten. Auch schwebt dem Jugendring eine zusätzliche Finanzierung von Angeboten durch ein Sonderprogramm in den Pfingst-, Sommer- und Herbstferien vor.

lassen werden, dass die Kinder von heute weniger Chancen hätten als frühere Generationen. Die heutigen Erwachsenen stünden in der Verpflichtung für die nächsten Generationen.

lassen werden, dass die Kinder von heute weniger Chancen hätten als frühere Generationen. Die heutigen Erwachsenen stünden in der Verpflichtung für die nächsten Generationen.

Sicherheit an den Schulen

Notwendig sei unter anderem, an den Schulen Sicherheit zu gewährleisten – etwa durch Testen und Impfen. Damit Kinder und Jugendliche, die besonders unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden, nun zusätz-



Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor Beginn der virtuellen Kinder- und Jugendkonferenz der Bayerischen Staatsregierung mit weiteren Teilnehmern. Bild: Bayerische Staatskanzlei

Beratungs- und Unterstützungsangebote

Überdies, so der BJR, sollten junge Menschen an den für sie relevanten Entscheidungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mittels eines Expertengremiums mit Jugendlichen in der Staatskanzlei oder der Weiterführung der Austauschrunden mit Jugendministerin Carolina Trautner beteiligt werden. Außerdem gelte es, niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für junge Menschen angesichts sozialer Unsicherheiten vorzuhalten. Ministerpräsident Dr. Söder sprach nach der Konferenz von „beeindruckenden zweieinhalb Stunden im Austausch auf Augenhöhe“. Auch Kinder hätten sich zahlreich zu Wort gemeldet. „Wir sind für unsere Kinder und Jugendlichen da. Die junge Generation braucht alle Chan-

Deutscher Landkreistag:

Für eine aktivierende Alterspolitik

Eine aktive und vorausschauende Alterspolitik der Landkreise als maßgeblich verantwortliche kommunale Ebene verbessert die soziale Infrastruktur für ältere Menschen und ihre Angehörigen. Die Landkreise erbringen, verantworten und initiieren zusammen mit ihren kreisangehörigen Gemeinden vielfältige Leistungen und Unterstützungsangebote. Nicht alles muss von ihnen selbst gewährt oder organisiert werden; oftmals ist es bereits nützlich, einen Anstoß zu geben. „Eine vom Gesetzgeber zu ermöglichende stärkere Rolle der Landkreise in der Pflege würde auch dort zu einer bedarfsgerechteren und vor allem sozialraumorientierten Versorgung beitragen“, heißt es in einem vom Präsidium des Deutschen Landkreistags verabschiedeten Themenpapier.

Komprimiert werden darin Handlungsfelder aufbereitet, die in den Landkreisen nach den örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen ausgefüllt werden. Entscheidend seien schließlich immer die konkreten Umstände und Bedarfe vor Ort, nach denen sich die Umsetzung richten muss, so der DLT.

Unterstützung rund ums Haus

Soziale und hauswirtschaftliche Dienstleistungen wie handwerkliche Hilfsdienste, Fahr-, Besuchs- und Essensdienste,

verschiedene Dienstleistungen anbieten. Zunehmend würden wieder Sozialstationen und Gemeindefachstellen gefördert, die in den ländlichen Räumen gleichfalls kooperativ Hilfe erbringen.

Digitale Angebote

Bei der Gestaltung digitaler Angebote und Dienstleistungen für ältere Menschen sind die Landkreise wichtige Akteure. Je nach den konkreten Erfordernissen können digitale Technologien zur Vernetzung im Sozialraum beitragen und so helfen, älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern und den Abbau bestehender Infrastrukturen zu kompensieren. Dabei muss jeder Landkreis eine für die eigenen Voraussetzungen passende Digitalisierungsstrategie (weiter-)entwickeln. „Vor allem in ländlichen Räumen sollten Ansätze der digital gestützten kommunalen Daseinsvorsorge gemeindeübergreifend konzipiert werden“, betont der DLT. Ältere Menschen seien Adress-

lich unterstützt werden können, kündigte Bayerns Ministerpräsident 200 neue Stellen etwa für mehr Streetworker, Erziehungsberatung und Stärkung der Schulsozialarbeit an. Zudem sollen rund 3000 Tutoren – etwa ältere Schüler, Studenten, Pensionisten und extra bezahlte Lehrer – zusätzliche Bildungskurse und Ferienprogramme anbieten. Dafür sind insgesamt rund 40 Millionen Euro eingeplant.

Chancen und Sorgen der Jüngeren

Kultusminister Piazolo zufolge wird das Augenmerk somit auf die drei Säulen Beziehung stärken, Beratung ausbauen und Bildung sichern gelegt.

Söder räumte ein, der Blick sei in der Corona-Pandemie zunächst auf Ältere gerichtet gewesen, die mit einem besonderen Risiko leben müssten. Aber auch Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler seien von der Pandemie stark betroffen. Deswegen müsse man sich nun dauerhaft mit den Chancen und Sorgen auch der Jüngeren beschäftigen.

Digitale Streetworker

„Wir wissen, wie wichtig es ist, dass hier ein stabiles Umfeld für die Kinder, die Jugendlichen und die Familien existiert.“ Dies sei wichtig, damit alle die Pandemie auch psychisch gut überstehen, unterstrich Sozialministerin Trautner. Mit Blick auf den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung erklärte sie, (Fortsetzung auf Seite 4)

VKU-Verbandstagung 2021:

Familientreffen der Kommunalwirtschaft

Im Rahmen der diesjährigen (digitalen) VKU-Verbandstagung tauschten sich kommunale Unternehmen, politische Vertreter und Gäste zu aktuellen Fragen der Daseinsvorsorge, der Energie- und Verkehrswende sowie der kommunalen Infrastruktur aus. Gäste waren u.a. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Wirtschaftsminister Peter Altmaier, Umweltministerin Svenja Schulze und DST-GB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg.

„Ohne die Kommunalwirtschaft kann die Energiewende nicht gelingen“, unterstrich VKU-Vizepräsident Guntram Pehlke. Tatsächlich hinken wir hinterher, weil die politischen Rahmenbedingungen für einen zügigen Netzausbau, für einen konsequenten Zubau von Windkraftanlagen und für das Repowering bestehender Windräder nicht ausreichend sind.“

Chance für die Zukunft

Eine Chance für die Zukunft, so Guntram Pehlke, liege „selbstverständlich in der Nutzung von Wasserstoff“. Allerdings werde man „konventionelles Gas noch für etliche Jahre als Brückentechnologie“ benötigen. Statt jedoch für umweltfreundliche Gase völlig neue Netze aufzubauen, sollte man die vorhandenen Netze nutzen. Grundsätzlich seien vernetzte Lösungen vor Ort unter Einbeziehung der „Möglichkeiten, die uns die voranschreitende Digitalisierung bietet“, ein Schlüssel zur erfolgreichen Energiewende.

auf die kommunalen Unternehmen verlassen können. Sie sind die Garanten der Daseinsvorsorge in dieser schwierigen Zeit, und es ist dem großen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken, dass wir uns auf die Strom-, Gas- und Wasserversorgung, auf den ÖPNV und vieles mehr verlassen können.“

Enges Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen

Wie wichtig ein enges Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen ist, zeigt sich Merkel zufolge im gemeinsamen Kampf gegen die Pandemie. Auch weiterhin stünden die gesundheitliche Versorgung sowie die Arbeit der Gesundheitsämter vor Ort im Mittelpunkt. Mit seinem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst habe der Bund wesentlich die strukturelle Situation der Gesundheitsämter verbessert. (Fortsetzung auf Seite 4)

Schnellerer Ausbau der Infrastruktur

Vor der digitalen Tagung hatte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing einen schnelleren Ausbau der Infrastruktur in Deutschland angemahnt: „Unser Land braucht ein Infrastruktur-Update. Dabei sollte – überspitzt gesagt – Geschwindigkeit vor Perfektion gehen“, stellte Liebing fest. Die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge seien der entscheidende Standortfaktor. „Politik sollte die nächste Legislaturperiode auf Buddeln und Baggern für Deutschland setzen.“

Lob und Dank adressierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an die Kommunalwirtschaft: „Während der Corona-Pandemie hat sich einmal mehr gezeigt, dass wir uns



„Das eigene Glück kann man nur multiplizieren, indem man es teilt“, rät Sabrina. Aus ihrer Komfort-Pandemie-Zone heraus sorgt sie sich um die Menschen im globalen Süden. Die Stadt unterstützt natürlich das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Ländlicher Raum steckt Corona-Schock besser weg	2
Asyl-Bilanz für 2020	2
Impulse für europäische Projektideen	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle zu Bayerns Kommunen: Hohe Investitionsfähigkeit, geringe Verschuldung	3
Bayernweiter Aktionstag „Lasst uns öffnen“	3
Bundes-SGK: Strategien zu SGB II und Digitalisierung	4
Kommunale Energiethemen	5 - 9
Kommunale Bau Themen	10 - 11
Kommunales Gesundheitswesen	12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger:

Ländlicher Raum steckt Corona-Schock besser weg als Metropolen

Regionale Unterschiede bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Bayern im Pandemiejahr 2020 – nördliche Oberpfalz, Landshut, Würzburg und Main-Rhön mit geringstem Anstieg

Eine Analyse der Arbeitsmarktstatistik zeigt: Der ländliche Raum in Bayern ist gegenüber den negativen konjunkturellen Auswirkungen der Corona-Krise widerstandsfähiger, als die Metropolregionen. Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat dazu ausgewertet, wie sich der Arbeitsmarkt im Pandemiejahr 2020 in den verschiedenen Regionen Bayerns entwickelt hat. Demnach ist die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt in den Ballungsräumen im Vergleich zu 2019 um einen Prozentpunkt überproportional angestiegen. Im ländlichen Raum fiel die Zunahme mit 0,7 Prozentpunkten geringer aus.

Dazu Bayerns Wirtschafts- und Landesentwicklungsminister Hubert Aiwanger: „Der ländliche Raum steckt den Corona-Schock besser weg als die Metropolen. Die eher kleinbetrieblich geprägte Wirtschaftsstruktur mit einem starken Handwerk vor Ort und innovativen mittelständischen Hidden Champions erhöht die Pandemie-Resilienz entscheidend. Auch das verarbeitende Gewerbe, die Bauwirtschaft und der Inlandtourismus haben hier anteilig eine höhere Bedeutung als in den Ballungsräumen. Die Tatsache, dass sich in Bayern die wirtschaftliche Wertschöpfung

nicht nur auf die großen Verdichtungsräume konzentriert, zählt sich in der Krise aus.“

Pandemiebedingter Anstieg

Mit 3,6 Prozent lag die bayेरische Arbeitslosenquote 2020 pandemiebedingt um 0,8 Prozentpunkte höher als im Jahresdurchschnitt 2019 (2,8 Prozent). In den dicht besiedelten Metropolen stieg die Quote von 3,2 Prozent auf 4,2 Prozent (+ 1,0 Prozentpunkte), im ländlichen Raum von 2,5 Prozent auf 3,2 Prozent (+ 0,7 Prozentpunkte).

Besonders krisenrobust zeigt sich die Planungsregion Ober-

pfalz-Nord, zu der die Landkreise Tirschenreuth, Neustadt a.d. Waldnaab, Amberg-Weiden und Schwandorf sowie die Städte Amberg und Weiden gehören. Dort nahm die Arbeitslosigkeit um 0,5 Prozentpunkte und damit im regionalen Vergleich im geringsten Maße von 3,1 Prozent auf 3,6 Prozent zu.

Ebenfalls deutlich unter dem Landesdurchschnitt bei der Zunahme liegen die Planungsregionen Würzburg (Landkreise Würzburg, Kitzingen und Main-Spessart sowie die Stadt Würzburg), Main-Rhön (Landkreise Schweinfurt, Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld sowie die Stadt Schweinfurt) und Landshut (Landkreise Landshut, Dingolfing-Landau und Rottal-Inn sowie die Stadt Landshut) mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um jeweils 0,6 Prozentpunkte. In Würzburg stieg die Quote von 2,3 Prozent auf 2,9 Prozent sowie in Main-Rhön und Landshut von 3,0 Prozent auf 3,6 Prozent.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann:

Asyl-Bilanz für 2020

Hohe Zahl an Aufenthaltsbeendigungen trotz Corona Politik der Humanität und Ordnung konsequent fortführen

Der Trend zu einer deutlich sinkenden Anzahl neuer Asylanträge hat sich 2020 weiter fortgesetzt. Mit 12.346 neuen Asylanträgen in Bayern erfolgte das vierte Jahr in Folge ein Rückgang. Dem standen 9.556 Aufenthaltsbeendigungen gegenüber, darunter rund 8.000 freiwillige Ausreisen. „Diese Zahlen sind zwar auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zu sehen. Dennoch spricht die Asylbilanz 2020 eine deutliche Sprache: Migrationsteuerung gelang in Bayern auch in diesen schwierigen Zeiten“, sagte Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung der Asyl-Jahresbilanz zusammen mit dem Präsidenten des Landesamts für Asyl und Rückführungen Axel Ströhlein.

„Sowohl die Herausforderungen der Corona-Pandemie bei der Rückführung wie auch bei der Betreuung und Unterbringung meistern wir erfolgreich. Wir werden die bayerische Politik der Humanität und Ordnung konsequent fortführen“, betonte der Minister und ergänzte: „Unser Ziel ist zudem weiterhin ein gerechteres, krisensicheres und nachhaltiges gemeinsames Europäisches Asylsystem, wie vom Bund angestoßen.“

Der Minister wies daraufhin, dass rund 27 Prozent der Asylanträge auf in Deutschland geborene Kinder entfielen, die jünger als ein Jahr sind: „Dies bedeutet, dass wir in Bayern rund 9.000 wirklich einreisende Antragsteller hatten.“

Hauptherkunftsländer

Zu den Hauptherkunftsländern der Asylbewerber in Bayern zählten Syrien, gefolgt vom

Irak, Afghanistan, Nigeria und der Republik Moldau. Insgesamt erhielten 35,7 Prozent der Antragsteller in Bayern vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Schutzstatus.

Ohne Schutzstatus kein Aufenthaltsrecht

„Wer keinen Schutzstatus erhält, der muss unser Land auch wieder verlassen, am besten freiwillig mit den bestehenden großzügigen Förderungsmöglichkeiten“, betonte Herrmann und erläuterte weiter: „Wer nicht freiwillig ausreist, muss konsequent mit einer Abschiebung rechnen.“

Auch wenn diese 2020 zeitweise coronabedingt massiv erschwert wurden, konnten rund 1.558 Abschiebungen (2019: 3.545) durchgeführt werden. 57 Prozent der Abgeschobenen waren vorher polizeilich in Erscheinung getreten (2019: 47 Prozent).“

Der Minister weiter: „8.000 freiwillige Ausreisen und 1.558 Abschiebungen im Ausnahmejahr 2020 belegen das hohe Engagement der bayerischen Ausländerbehörden. Dafür danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich!“

Zeichen für Solidarität und Menschlichkeit

2020 habe Bayern nach Herrmanns Worten aber auch ein Zeichen für Solidarität und Menschlichkeit gesetzt und zusätzlich 200 Menschen von den griechischen Inseln aufgenommen. Bis Ende März werden insgesamt noch 16 anerkannte Personen in Bayern erwartet.

Ausbildungsduldung

Herrmann zeigte sich erfreut, dass besonders die Ausbildungsduldung als Teil der 3+2-Regelung offensiv in Bayern umgesetzt wird. „Im Freistaat wurden 2020 1.133 Ausbildungsduldungen erteilt – das sind mit Abstand mehr als in jedem anderen Bundesland. Damit bauen wir unsere bereits seit 2019 bestehende Spitzenposition weiter aus“, erklärte der Minister. □

Aiwanger sieht in der Pandemie-Resilienz der Regionen den Gradmesser für die erfolgreiche bayerische Landesentwicklungspolitik. „Die Stärkung der Regionen ist eines unserer zentralen Werkzeuge, um Bayern als Lebensraum und Wirtschaftsstandort erfolgreich in die Zukunft zu führen. Mit einer Vielzahl an zielgerichteten Förderprogrammen sorgen wir dafür, dass der ländliche Raum in Bayern seine beeindruckende wirtschaftliche Stärke behält. Damit schaffen wir den Rahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in den Metropolen und im ländlichen Raum“, so der Wirtschaftsminister.

Erfolgreiche bayerische Landesentwicklungspolitik

Etwa 90 Prozent der Fläche Bayerns sind ländlich geprägt. Rund 7,3 Millionen Bayern und damit 55 Prozent der Bevölkerung leben auf dem Land. Über 43 Prozent der Bruttowertschöpfung Bayerns werden im ländlichen Raum erwirtschaftet. Mit einer effektiven regionalen Wirtschaftspolitik trägt der Freistaat dazu bei, Wirtschaftskraft und Wohlstand im ländlichen Raum zu sichern. Dazu gehören u.a. die Regionalförderung, das Regionalmanagement und die Tourismusförderung. www.landentwicklung-bayern.de/daten-zur-raumbeobachtung. □

Online-Presskonferenz der SPD-Landtagsfraktion:

Einzelhandel unterstützen, Innenstädte beleben

Bereits vor der Corona-Pandemie wurde das Sterben der Innenstädte beklagt. Laut Branchentrendumfragen von Anfang des Jahres sahen sich knapp zwei Drittel der Innenstadthändler in Existenzgefahr – mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft und die Beschäftigten. „Gleichzeitig werden zunehmende Geschäftsaufgaben sichtbare Spuren in unseren Innenstädten hinterlassen“, befürchtet die Landtags-SPD.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Annette Karl will nun den bayerischen Einzelhandel in der Krise besser unterstützen und langfristige Konzepte zur Belebung der Innenstädte voranbringen. „Wir brauchen ein Konzept, das mehr vorsieht als unkoordinierte Öffnungsankündigungen, das Prinzip Hoffnung und die ewige Forderung nach mehr Sonntagsöffnungen nun im Corona-Zusammenhang“, stellte die Oberpfälzer Abgeordnete bei einer Online-Presskonferenz der Landtags-SPD fest.

Lebensqualität in den Kommunen sichern

„Warum hat man den Eindruck, Einzelhandel und Innenstädte sind nicht im Hauptfokus der Politik? Warum kommt außer einzelnen Öffnungsforderungen nichts, keine langfristige Strategie, keine Vorschläge?“, fragte Karl. Offenbar habe dies etwas damit zu tun, „dass der Einzelhandel nur ca. 3,5 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmacht, und da sind die Lebensmittelhändler schon mit dabei“. Diese rein ökonomische Sichtweise führe jedoch in die Irre und gefährde auf Dauer die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden.

Keine Ansammlung von Leerständen

„Innenstädte müssen einladend und lebendig sein, nicht nur eine Ansammlung von Leerständen und Ein-Euro-Läden“, machte Karl deutlich. „Wenn die Innenstädte sterben, sehen alle Orte bald aus wie Donuts, innen leer mit Rändern aus reinen Schlaforten. Dafür wird dann auch noch unnötig viel Fläche versiegelt. Wir benötigen da-

Bayerns „Bürgermeister/in des Jahres 2021“ gesucht

Landesweite Preisausschreibung für kommunalpolitische Verdienste

Auch in diesem Jahr wird wieder Bayerns „Bürgermeister/in des Jahres“ gesucht. Mit dem Preis werden Bürgermeister/innen ausgezeichnet, die innovative Maßnahmen und Projekte zum Beispiel in den Bereichen Digitalisierung, Datenschutz, Elektromobilität, Demografischer Wandel, Wohnungsbau, Migration und Integration, Wirtschafts- und Tourismusförderung, Erneuerbare Energien und/oder Energieeinsparung auf den Weg gebracht oder umgesetzt haben.

Die Sieger reihen sich in den exklusiven Kreis herausragender Preisträger ein. Vorschläge können von Bürgern, Städte- und Gemeinderäten, Verwaltungsangestellten sowie den Bürgermeistern selbst eingereicht werden.

„Die Bürgermeister/innen der bayerischen Städte und Gemeinden tragen täglich ein hohes Maß an Verantwortung für das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger. Viele gehen dabei den berühmten Schritt extra und engagieren sich weit über die an ihre Position gestellten Erwartungen hinaus“, schildert Dr. Stefan Detig, der selbst Altbürgermeister der Gemeinde Pullach ist, die Idee hinter dem Preis. Die Auszeichnung solle diesem Engagement Wertschätzung entgegenbringen und weiteren Kommunen als Ansporn dienen. Neben den Bürgermeistern/innen werden zugleich die am Siegerprojekt beteiligten Ratsmitglieder sowie die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter/innen ausgezeichnet.

Ausgelobt wird die landesweite Preisausschreibung von der DETIG Rechtsanwalts-Gesellschaft aus Pullach und der LKC-Gruppe mit Hauptsitz in Grünwald bei München. Als Gewinn winken rechtliche und steuerliche Beratungsleistungen für eine örtliche gemeinnützige Einrichtung in Höhe von je 2.000 Euro. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Eine kurze Projektbeschreibung kann bis zum 30.04.2021 gerichtet werden an: DETIG Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH, Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister, Habenschadenstr. 16, D-82049 Pullach, Tel.: +49 (0)89 7244 4850-0; Fax: +49 (0)89 7244 4850-89 E-Mail: info@detig-rsw.de. □

zunächst zeitlich begrenzte Abgabe für den Online-Handel gespeist wird. „Das wäre wesentlich mehr als das sogenannte ‚Fitnessprogramm für Städte‘, das viel zu kompliziert und zu niedrig dotiert ist“, erklärte Karl.

Auch hält es die SPD nicht für sinnvoll, immer neue Gewerbeflächen auf der grünen Wiese auszuweisen und die Innenstädte veröden zu lassen. Deswegen müsse das Landesentwicklungsprogramm angepasst und Geschäfte in die Innenstädte zurückgeholt werden. Weiter sollten Möglichkeiten geschaffen werden, wie leerstehende Innenstadtfächen flexibel für neue Nutzungsformen wie Pop-Up-Läden, Kultur- und Büroflächen oder auch Wohnraum genutzt werden können.

Zudem wird der Internetboom auch nach der Corona-Krise Bestand haben. Die SPD fordert daher eine stärkere und systematische Unterstützung bei der Entwicklung regionaler Internetplattformen. **DK**

Aiwanger zum Förderprogramm Start Transnational:

Impulse für europäische Projektideen

Grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Regionen und Städten in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr und Umweltschutz lohnen sich. Anlässlich des Startschusses der Interreg-Förderprogrammperiode 2021 bis 2027 können bayerische Projekte seit 1. April 2021 eine staatliche Anschubförderung erhalten. „Mit Start Transnational werden künftig bayerische Antragsteller für ihre Anträge im Rahmen des Interreg-Förderprogramms unterstützt. Mit jeder Projektidee erhält der europäische Gedanke einen neuen Impuls. Wir wollen die räumliche Entwicklung mit regionalem Fokus stärken“, sagt Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Auch Kommunen können an Das Spektrum der europäischen transnationalen und interregionalen Maßnahmen ist vielfältig: Sie reichen von der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Regionen (z. B. durch Tourismus), der Verbesserung der staatenübergreifenden medizinischen Versorgung (z. B. durch die Vernetzung von Krankenhäusern) bis hin zur Nutzung energiesparender Verkehrstechnologien.

Informationen zum Förderprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie: www.efre-bayern.de unter dem Thema „Start Transnational“. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Robert Römmelt
97792 Riedenberg
am 20.4.
Bürgermeister Andreas Amend
97901 Altenbuch
am 27.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Stamm
97828 Marktheidenfeld
am 22.4.
Landrätin Andrea Jochner-Weiß
82362 Weilheim
am 24.4.
Bürgermeister Rüdiger Gerst
96164 Kemmern
am 26.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Schmitt
97228 Rottendorf
am 20.4.
Bürgermeister Johann Anderl
94359 Loitzendorf
am 21.4.
Bürgermeister Robert Muhr
94259 Kirchberg i. Wald
am 22.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Oliver Weigel
95615 Marktredwitz
am 19.4.
Bürgermeister
Dr. Markus Hertlein
86567 Hilgertshausen-Tandern
am 21.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Sven Ruhl
95496 Glashütten
am 24.4.
Bürgermeister
Jörg Steinleitner
82418 Riegsee
am 28.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thorsten Wick
89358 Kammeltal
am 21.4.
Bürgermeister Jürgen Leberle
86756 Reimlingen
am 16.4.
Bürgermeister
Paul Roßberger
93462 Lam
am 22.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Forderungen im Internationalen Münchner Presseclub:

„Öffnen mit Testen!“

Es gibt Alternativen zum Lockdown, doch der Unmut in der Bevölkerung wächst, dass diese nicht zum Tragen kommen und viele Unternehmen in der aktuellen Situation allein gelassen werden. Anlässlich des bayernweiten Aktionstages „Lasst uns öffnen“ diskutierten im PresseClub München unter Leitung von dessen Vorsitzendem, Dr. Uwe Brückner, Vertreter aus Politik, Wirtschaft und der Bevölkerung über Öffnungsperspektiven und stellten ihre Forderungen an die Regierung.

„Der Lockdown ist das einfachste Mittel, aber er bringt viele Nebenwirkungen und Kollateralschäden. Dabei geht es schon lange nicht mehr um die finanziellen Schäden, sondern zunehmend um die sozialen und psychischen Folgen. Dass es aktuell keine Perspektiven gibt, macht mich nicht nur traurig, sondern auch wütend.“ Mit diesen eindringlichen Worten eröffnete Susanne Grill, Projektmanagerin Cocoon Hotels und Dozentin an der Tou-

zudem, dass allein eine Debatte im Parlament nicht ausreicht, um Entscheidungen der Bundesregierung zu legitimieren. „Es braucht eine parlamentarische Grundlage, damit Beschlüsse der Regierung bezüglich der Coronaregelungen auch abgeändert werden können. Das ist aktuell nicht möglich.“

Tests als „Eintrittskarten“

Hubert Aiwanger, stellvertretender bayrischer Minister-

forderte Hagen als kurzfristige Maßnahme eine gesetzliche Ausweitung der Möglichkeit des Verlustrücktrags. „Langfristig müssen wir zudem die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften verbessern, z. B. durch den Abbau des Solidaritätszuschlags, keine weiteren Steuererhöhungen und mehr Bürokratieabbau.“

Runder Tisch gefordert

Über 70 Prozent aller Arbeitsplätze hängen an ihnen – den Selbstständigen, die besonders stark betroffen sind von der aktuellen Situation. „Viele Selbstständige in Bayern kämpfen immer noch mit Herzblut. Gleichzeitig bekomme ich ein Bild gespiegelt, das weh tut. Da geht's beispielsweise darum, dass angeblich Hygieneschutzmaßnahmen von den Unternehmern nicht eingehalten würden. Dabei haben sie bereits vor Monaten Konzepte ausgearbeitet“, stellte Gabriele Sehorz, Präsidentin des Bundes der Selbstständigen in Bayern (BDS Bayern), fest. „Wir fordern einen runden Tisch, an dem viele kluge Köpfe sitzen. Denn so können wir gemeinsam mit Sachverständigen Strategien entwickeln, wie wir viele Bereiche wieder öffnen können.“

Mehr Chancengleichheit

„Es wird zu wenig darüber berichtet, dass Deutschlands Wirtschaft enorm absackt“, warnte Dr. Yorck Otto, Präsident der Union mittelständischer Unternehmer (UMU). Wirtschaftswissenschaftler seien im Beratungsgremium der Regierung leider nicht gefragt, obwohl der Lockdown die Bundesrepublik Deutschland jede Woche 40 Milliarden Euro koste, kritisierte er. „Ich bitte um Berücksichtigung, dass die mittelständischen Unternehmen immer noch die größten Steuerzahler sind. Der Staat müsste staatliche Beteiligungen in die Privatwirtschaft zurückführen, um mehr Chancengleichheit zum Schutz der kleinen Unternehmen herzustellen“, forderte Otto. Der deutsche Mittelstand ist zudem einer der größten Ausbilder und leistet damit einen erheblichen Anteil am deutschen Wirtschaftswachstum. Doch laut Schätzungen müssen 23.500 Unternehmen in diesem Jahr Insolvenz anmelden, weil



Unser Bild entstand während der Pressekonferenz im Münchner Presseclub und zeigt von links: Dr. York Otto, Gabriele Sehorz, Hubert Aiwanger und Dr. Uwe Brückner. Bild: Jörn Dreuw

rismusmanagement Hochschule München, die Diskussion im PresseClub München. Seit 15 Jahren arbeitet Grill in der Hotellerie und Gastronomie und sprach stellvertretend für viele Bürgerinnen und Bürger, deren Unmut über die aktuelle Lage wächst und die den Dialog mit der Politik suchen. Dazu haben sich mittlerweile mehrere Initiativen gebildet, die sich – abseits von Coroneugnern, Verschwörungstheoretikern oder Rechtsextremen – gegen den anhaltenden Lockdown aussprechen und gemeinsam mit der Politik Lösungen und Wege aus dem Lockdown erarbeiten wollen.

Bayernweiter Aktionstag

„Wir fordern sinnvolle, gerechte, transparente, nachvollziehbare und vor allem wirksame Maßnahmen. Hören Sie auf die Stimme des Volkes“, appellierte Grill an die Podiumsteilnehmer. Die gebürtige Niederbayerin ist Organisatorin des bayernweiten Aktionstages, zu dem sich unter dem Motto „Lasst uns öffnen“ verschiedene Aktionsbündnisse aus dem Freistaat zusammengeschlossen haben, um zwischen fünf Minuten nach 12 und fünf Minuten nach 19 Uhr mit Kundgebungen, Pressekonferenzen und Online-Aktionen auf die aktuellen Missstände aufmerksam zu machen. Dazu zählten sie geschlossene Geschäfte, aber auch die Belastung für Familien beispielsweise durch Homeschooling.

Debatte über Kollateralschäden

„Wir müssen in der Öffentlichkeit vermehrt darüber berichten, welche Kollateralschäden der Lockdown mit sich bringt. Denn wenn dieses Thema in der öffentlichen Debatte einen gewichtigen Platz einnimmt, steigt der Druck auf die Politik zu reagieren“, sagte Florian Post (SPD), der den Münchner Wahlkreis Nord im Deutschen Bundestag vertritt. Post kritisierte

Kommunale Schnellteststrukturen

Auch in einem Forderungspapier des Bezirksverbandes Oberbayern der Mittelstands-Union der CSU steht der Ausbau der Schnelltestinfrastruktur im Fokus. „Solange Impfungen nicht im erforderlichen Maße stattfinden können, müssen zumindest die Testmöglichkeiten deutlich ausgebaut werden. Hier sehe ich den Staat in der Pflicht, möglichst schnell kommunale Schnellteststrukturen zu schaffen. Das kann nicht dem Mittelstand auferlegt werden. Aber auch betriebliche und privatwirtschaftliche Teststrukturen sind zu definieren und staatlich zu fördern, ebenso gilt es neue Testmöglichkeiten sowie fachlich begleitete Webinare zu berücksichtigen“, erläuterte Bezirksvorsitzender Dr. Thomas Geppert.

Unterstützung für Wirtschaft

Martin Hagen, MdL und FDP-Landtagsfraktionsvorsitzender, setzt sich im Landtag ebenfalls für Öffnungsperspektiven mit Vernunft ein. Die FDP-Landtagsfraktion hatte im Januar bereits einen Stufenplan vorgelegt. „Ich teile die Position, dass wir durch die Tests mehr öffentliches Leben zulassen können.“ Zur Unterstützung der Unternehmen

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die bayerischen Kommunen sind trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie finanziell gut durch das vergangene Jahr gekommen.

Das liegt einerseits an den schnellen Stabilisierungsmaßnahmen und finanzstarken Unterstützungen von Bund und Freistaat und andererseits daran, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht im vollen Ausmaß auf der kommunalen Ebene angekommen sind. Darüber hinaus sind die bayerischen Kommunen gut gerüstet und finanzstark in die Krisenzeit gestartet.

Eine geringe Verschuldungsquote und die hohe Investitionsfähigkeit sind in Deutsch-

Markenzeichen bayerischer Kommunen:

Hohe Investitionsfähigkeit und geringe Verschuldung

land zu einem Markenzeichen bayerischer Kommunen geworden. So konnten auch 2021, trotz der Corona-Krise, zahlreiche Kommunen Rekord-Haushalte beschließen, Landkreise eine Erhöhung der Kreisumlage vermeiden und auch die Aufnahme von Schulden verhindert werden. Das ist ein positives Signal für Bayern



und auch für die Menschen vor Ort.

Doch die ersten finanziellen Folgen der Corona-Pandemie sind bereits in unseren Kommunen spürbar. Einnahmefälle bei öffentlichen Einrichtungen, Einbrüche bei der Gewerbesteuer, Mehrausgaben in der Gesundheitsvorsorge und höhere Defizite bei Kommunalunternehmen lassen erahnen wie sich die Folgen der Krise auf die Kommunen auswirken werden.

Die langfristige Stabilität der Finanzlage sowie eine hohe Planungssicherheit für die kommenden Jahre sind für die bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke von enormer Wichtigkeit. Dieses Ziel kann nur durch ein enges Zusammenspiel aller politischer Ebenen erreicht werden. Ohne weitere finanzielle Unterstützung durch den Freistaat Bayern sowie den Bund in den nächsten Jahren ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

Die bayerischen Kommunen haben sich in der Corona-Pandemie wiederholt als Stabilitätsanker in der Krise bewährt. Dafür wurden sie im vergangenen und auch in diesem Jahr von der Bayerischen Staatsregierung kräftig unterstützt. Die KPV wird sich auch weiterhin für eine starke Unterstützung der Kommunen in und nach der Corona-Pandemie einsetzen. In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

der Markt ihnen weggebrochen ist. „Wir driften dadurch auch immer mehr ab in die Jugendlosigkeit, da beispielsweise Hotels aktuell keine Auszubildenden übernehmen“, mahnte Otto.

„Soziale Kontrolle ist ausgeschaltet“

„Manche Kinder und Frauen sind durch den Lockdown unsichtbar geworden“, beklagte Romy Stangl, die sich als Aktivistin für Menschenrechte und Vorstandsfrau von One Billion Rising München e.V. für Empowerment von Frauen einsetzt. Laut einer aktuellen Studie seien drei Prozent der Frauen während der Lockdownphase von häuslicher Gewalt betroffen, zitierte Stangl. Zugleich funktionierte die Meldekette – u. a. aufgrund der Schulschließungen – nur noch eingeschränkt, sodass Misshandlungen von Frauen und Kindern immer häufiger unentdeckt bliebe. „Diese Menschen zu schützen sollte eine politisch humanitäre Aufgabe sein“, sagte Stangl. Außerdem kritisierte sie, dass Kinder auf ihr Dasein als Schüler redu-

ziert werden und andere Bereiche, wie Sportaktivitäten während der Freizeit, vollkommen ausgeblendet werden. Aiwanger gab in diesem Zusammenhang jedoch zu bedenken, dass Kinder und Jugendliche deutlich stärker vom Infektionsgeschehen betroffen seien als andere Bevölkerungsgruppen. „Deshalb werden wir an Tests nicht vorbeikommen. Dabei stellt sich die Frage, wo diese Tests stattfinden sollen. Rund 20 % der Kinder bekommen von ihren Eltern kein Frühstück – man kann davon ausgehen, dass daher auch immer einige Kinder ohne Tests zur Schule kommen. Deshalb setzen wir uns für das Testen in Teststationen oder in der Schule ein.“

Online-Petition „Testland Bayern“

Zum Ende der Diskussion machte Sehorz auf die Online-Petition „Testland Bayern“ aufmerksam. „Wir wünschen uns, dass ganz Bayern Testland wird und Schnelltests nicht nur in sogenannten ‚Testkommunen‘ zur Verfügung ste-

hen. Wir entwickeln uns aktuell in die Richtung: ‚Wer getestet ist, hat auch wieder mehr Freiheiten‘. Der BDS Bayern hat kein Interesse an überstürzten Entscheidungen, aber wir haben jetzt den Einstieg in das Thema bekommen und nun geht's drum, was wir daraus machen. Die Landkreise/kreisfreien Städte können zusätzlich zu kommunalen Teststationen mit Apotheken, Ärzten u. a. ein flächendeckendes Netz in den Kommunen bzw. Landkreisen aufbauen. Auch können Arbeitgeber – freiwillig – einen großen Beitrag leisten, wenn sie eigene Teststationen betreiben und an das System der ‚Freibescheinigungen‘ angeschlossen sind. Allein hierdurch könnte ein hoher Anteil der Bevölkerung regelmäßig getestet werden“, erklärte Sehorz. Grill formulierte abschließend ein positives Fazit: „Es gibt Lösungen und wir dürfen Wege aus dem Lockdown nicht weiter herauszögern. Wir werden immer wieder nachjustieren müssen, sodass wir Schritt für Schritt zu einer Normalität zurückkehren, wie wir sie vor der Coronapandemie hatten.“ red

Ich lese die GZ

» ... weil ich damit als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker immer bestens informiert bin. «

Josef Mederer

Bezirkstagspräsident Bezirk Oberbayern



Bundes-SGK:

Strategien zu SGB II und Digitalisierung

Die Verabschiedung von Positionspapieren zu den Themen „Pandemie und Digitalisierung“ sowie zu geplanten Änderungen des SGB II standen u.a. auf der Agenda der jüngsten Vorstandssitzungen der Bundes-SGK.

Was den Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegten Referentenentwurf eines „Elften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze“ anbelangt, so greift dieser einige der bereits von der Bundes-SGK geforderten Weiterentwicklungen des SGB II auf. Längere Karenzzeiten bei den Kosten zur Unterkunft, aber auch die Regelungen zum Schonvermögen geben den Menschen laut Bundes-SGK Vertrauen und Sicherheit in die sozialen Sicherungssysteme. Sie ermöglichen die Konzentration auf Arbeitssuche oder berufliche Weiterbildung. Die im Entwurf formulierten Anreize zur Weiterbildung für Langzeitarbeitslose und gering qualifizierte bieten diesen die Chance zur Teilhabe am Arbeitsmarkt ohne das Prinzip des „Fördern und Fordern“ auszuhöhlen.

Schutzversprechen und ...

(Fortsetzung von Seite 1) dass Messen und Praktika aufgrund der Pandemie weggebrochen seien. Deshalb solle es zusätzliche Ausbildungsakquisiteure und „digitale Streetworker“ geben.

Insgesamt sollen belastete Familien besser unterstützt werden. Hierfür werden bestehende Strukturen ausgebaut. Erziehungsberatungsstellen sollen mit zusätzlichem Personal verstärkt werden. Man wolle dort hin kommen, „wo die Hilfe benötigt wird“, erklärte Trautner. Weitere Punkte sollen bei einer „Kinder- und Jugendkonferenz“ im Mai in Augsburg besprochen werden.

Stufenplan

Matthias Fack, Präsident des Bayerischen Jugendrings, nannte die Ergebnisse der Kinder- und Jugendkonferenz „enttäuschend für die jungen Menschen, aber es gibt wenigstens kleine Erfolge“. Ein einfacher Verweis auf „bessere“ Zeiten für eine tatsächliche Öffnung der Jugendarbeit ist aus seiner Sicht keine Perspektive, die junge Menschen jetzt brauchen. Der BJR setze sich weiter dafür ein, Jugendarbeit in verantwortungsvollem Maß möglich zu machen, um Kindern und Jugendlichen eine Perspektive zu bieten – „unser Stufenplan dazu liegt auf dem Tisch, das bewährte Hygienekonzept wurde weiter bearbeitet und liegt bereit.“

Enttäuscht über fehlende Perspektiven für die Jugendarbeit zeigte sich der jugendpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Arif Taşdelen: „Die Staatsregierung muss endlich aufwachen und erkennen, dass Jugendarbeit einfach unverzichtbar ist. Die Jugendverbände und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit fangen Jugendliche auf, die es in der aktuellen Krise besonders schwer haben. Ihre Arbeit ist deshalb momentan wichtiger denn je und braucht endlich verlässliche Öffnungsperspektiven“, so Taşdelen. Grünen-Landtagsfraktionschefin Katharina Schulze kritisierte, Söder hätte die Kinder und Jugendlichen viel früher anhören müssen – bislang sei deren Perspektive vor allem in der Corona-Pandemie stets unter den Tisch gefallen. **DK**

talen Infrastruktur geben. Daher braucht es den flächendeckenden 5G-Ausbau überall und Glasfaser an jedes Haus.

Zugleich müssten die öffentlichen IT-Dienstleister und Kommunalverwaltungen dabei unterstützt werden, Open Source-Softwarelösungen zu entwickeln, um unabhängiger von großen marktbeherrschenden Anbietern zu werden. Öffentliche IT-Dienstleister seien in der Lage gewesen, während der Pandemie Lernplattformen zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Gerade in Krisenzeiten sei dies für die einzelne Kommune wichtig. Die Gründung der Genossenschaft Govdigital sei ein Beispiel dafür, sie ist auch beteiligt an der Entwicklung eines „digitalen Corona-Impfpass“, der als Beleg für eine überstandene Infektion dienen soll.

Die Kommunale Familie mit ihren fachspezifischen Verbänden ist initiativ beim Einsatz von Open Source Software, die Kommunen zur Verfügung stehen soll und individuell an deren Bedürfnisse angepasst werden kann. Ziel müsse die möglichst unabhängige Handlungsfähigkeit und Entscheidungsfreiheit von Kommunen in der digitalen Welt sein.

Kritische Infrastrukturen

Mit der fortschreitenden Digitalisierung werde auch die Abhängigkeit von deren technischer Funktionsfähigkeit deutlicher. Die Angriffe auf Krankenhäuser in jüngster Vergangenheit ließen für die Zukunft einen weiteren Anstieg solcher Sabotageversuche vermuten. Zum Schutz kritischer Infrastrukturen (Gesundheit, Energie, Ernährung, Wasser, usw.) müsse die Cybersicherheit gewährleistet sein.

„Die Datensouveränität von Gebietskörperschaften und öffentlichen Unternehmen im Interesse des Gemeinwohls muss gewährleistet sein“, lautet eine weitere Forderung. „Das heißt, Städte und Gemeinden müssen einen Zugang zu Daten haben. Dieser Zugang muss auch in Ver-

werkorientierten Gemeinwesenarbeit und dem Ehrenamt große Bedeutung zu, sowohl denjenigen älterer Menschen selbst als auch dem Engagement für ältere Menschen.“

Durch aktive Einbindung Älterer (Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten, Tätigkeitsfelder im Ehrenamt, Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen etc.) könnten ihre Ressourcen für ein gesellschaftliches Engagement genutzt, ihre Aktivierung gefördert und zugleich Vereinigungsprozessen vorgebeugt werden. Die Landkreise unterhielten vielfältige Strukturen zur Stärkung und Begleitung des Ehrenamts. Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen, Seniorenbüros und auch die Kreisvolkshochschulen leisteten hier seit Jahren eine wichtige Arbeit in den Landkreisen. Diese müsse gezielt gestärkt werden.

Familientlastende Unterstützungsangebote

Zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Die Landkreise erbringen familienentlastende und familienunterstützende, auch regenerativ wirkende Unterstützungsangebote, die es Familien erleichtern, ihre Angehörigen zu betreuen und zu pflegen. Zugleich muss aus Sicht des DLT die Einzelfallkompetenz betreuender und pflegender Angehöriger gefördert werden, um die Pflegebereitschaft im häuslichen Umfeld zumindest zu erhalten, wenn nicht zu erhöhen. Vor allem Beratungs-, Beglei-

trügen mit privaten Anbietern explizit sichergestellt werden.“

Im Sektor Verkehr sei dabei das Projekt „Datenraum Mobilität“ (entwickelt von acatech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften) ein Beispiel. Ziel ist es, in den kommenden Jahren die wirtschaftliche und technische Abhängigkeit von digitalen Plattformen privater Anbieter, wie etwa aus den USA oder Asien, zu reduzieren. Die Datensouveränität der Teilnehmer sowie eine gerechte Teilhabe, also eine möglichst gemeinwohlorientierte Bereitstellung und Nutzung von Daten, soll auf diese Weise gesichert werden.

Die Ausstattung mit Mitteln zur Beschaffung von Hard- und Software in Verwaltungen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen, sowie die Verfügbarkeit von Geräten für die Nutzenden ist beispielsweise für Schülerinnen und Schüler die Bedingung zur Teilhabe am digitalen Lernen gewesen. Wer ein eigenes Gerät nutzen konnte, musste darauf hoffen, dass möglichst niedrigschwellige Software zum Einsatz kommt, die auf dem Gerät auch „läuft“. Aber auch die Bereitstellung eines freien oder zumindest kostengünstigen Internet-Zugangs und die entsprechenden Kompetenzen sind aus Sicht der Bundes-SGK für die digitale Teilhabe wichtig.

Je weiter Kommunen mit ihren Digitalisierungsbemühungen voranschreiten, umso wichtiger werde es, die entwickelten Fähigkeiten und Lösungen in die Breite bzw. in die Fläche zu bringen. Nicht jede Kommune müsse das „Rad neu erfinden“. Daher wäre die Gründung eines Kompetenzzentrums für Digitalisierung als Ansprechpartner zur Vernetzung und Hilfe bei der Umsetzung eine wichtige Maßnahme. Patentlösungen hingegen seien bei der Vielfalt der Kommunen kaum denkbar und auch nicht wünschenswert. Gute Beispiele könnten jedoch eine Hilfe bei eigenen Bemühungen sein, mutmaßlich die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik. **DK**

tungs- und Entlastungsangebote werden im Landkreis koordiniert und vernetzt. Wichtig sei nicht nur eine sinnvolle Aneinanderreihung von pflegerischen und psychosozialen Hilfen, sondern auch die Gestaltung eines wirkungsvollen Verbundsystems von begleitenden und unterstützenden Angeboten – in Kombination mit den kreislichen Kompetenzen für die Hilfe zur Pflege, die Altenhilfe, die Daseinsvorsorge, das bürgerschaftliche Engagement, die Krankenhäuser, den Öffentlichen Gesundheitsdienst etc. Dieses breite Spektrum werde idealerweise in einem seniorenpolitischen oder generationenübergreifend in einem sozialpolitischen Konzept mit der Kreisentwicklungsplanung zusammengeführt.

Um eine bedarfsgerechte und sozialraumorientierte Infrastruktur auch in der Pflege zu erhalten oder zu entwickeln, müsse eine wirkungsvolle Pflegeinfrastrukturplanung der Landkreise ermöglicht werden, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren kann. Bislang schließe die Pflegekasse einen Versorgungsvertrag mit dem Betreiber, auch wenn das Pflegeheim in der Kreispflegeplanung nicht vorgesehen ist. Zugleich sei in den ländlichen Räumen eine wohnortnahe Versorgung nicht mehr überall gewährleistet. Die Kreispflegeplanung müsse daher bei der Zulassung von Pflegeheimen und ambulanten Diensten verbindlich berücksichtigt werden. „Hierfür bedarf es gesetzlicher Grundlagen im SGB XI sowie in den Landespflegegesetzen“, heißt es abschließend. **DK**

Familientreffen der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Mit Blick auf das Thema Energieversorgung verwies die Kanzlerin auf die Notwendigkeit, sich neben dem Strom vor allen Dingen mit der Erzeugung von Wärme zu befassen. Man habe noch ein gutes Stück Arbeit vor sich, um Wärmenetze auf- und auszubauen, die mit erneuerbaren Energien gespeist werden. Als eine klimafreundliche Alternative zu fossilen Energieträgern bietet sich aus Merks Sicht neben Erdgas als Brückentechnologie Wasserstoff an. Unter der Voraussetzung neuer Infrastrukturen wären Wasserstofftechnologien im Wärmesektor oder im Bereich der Mobilität und später auch in der industriellen Produktion vielfältig einsetzbar.

Wesensmerkmale moderner Daseinsvorsorge

Kommunale Unternehmen, so Merkel, zeigten, dass klimafreundliche, ressourcen- und kostensparende Technologien Wesensmerkmale einer modernen Daseinsvorsorge sind. Mit Blick auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur sei es von Vorteil, „wenn Kommunalunternehmen, die Versorgungsnetze aller Art bauen und betreiben, beim Netzausbau Synergien nutzen – wenn sie zum Beispiel neben Wasser- und Stromleitungen auch gleich Glasfaserkabel oder zumindest Leerrohre für Glasfaserkabel mitverlegen. Das spart letztlich viel Zeit und Geld und wird an vielen Stellen natürlich auch gemacht. Das heißt, wir müssen die gesamte Infrastruktur des 21. Jahrhunderts komprimiert gemeinsam denken und dann auch realisieren.“

„Um das Missverständnis zu vermeiden, ich will nicht aus dem System des EEG aussteigen“. Mit diesen Worten umriss Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seine Pläne, die Erneuerbaren-Förderung in Deutschland auf neue Füße zu stellen. Das EEG sei ein „komplexes Gesetz, das wir brauchen, bis die Energiewende einen bestimmten Umsetzungszustand erreicht hat“, betonte der Minister. Allerdings wolle er den Anlagen-Zubau „spätestens ab 2023 aus dem Bundeshaushalt“ finanzieren. Dazu sei keine große Änderung des EEG nötig, so Altmaier. Man benötige allerdings eine gesetzliche Regelung, die dem Haushaltsgesetzgeber eine Orientierung auch für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl gebe.

Ausbau erneuerbarer Energien

Altmaier zeigte sich bereit, „beim Ausbau der erneuerbaren Energien noch mal eine ganze Schippe draufzulegen“ – allerdings nur, soweit dadurch die EEG-Umlage nicht weiter steige und die Kosten des zusätzlichen Erneuerbaren-Zubaus in den kommenden Jahren über den Haushalt finanziert würden.

Die wichtigsten Verbündeten

Für Bundesumweltministerin Svenja Schulze sind die kommunalen Unternehmen die „wichtigsten Verbündeten“, wenn es darum geht, die Treibhausgasneutralität 2050 zu erreichen. „Sie gestalten in nahezu allen Sektoren, ob Mobilität, Wohnen, Energieversorgung oder Kreislaufwirtschaft“, kommentierte sie in einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Klimaneutrale Kommune“. Kommunale Unternehmen wüssten, wie wichtig es ist, den Klimaschutz in die Geschäftstätigkeit zu integrieren, sie gingen mit gutem Beispiel voran.

Mit der Anhebung der europäischen Ziele für 2030 auf eine

CO2-Minderung um 55 Prozent müsse hierzulande nachgesteuert werden, forderte Schulze. Hier müssten nun „eine ordentliche Schippe draufgelegt“ und die „Handbremse endlich gelöst werden“. Es sei deutlich mehr zu tun beim Ausbau der Erneuerbaren, damit vor allem auch die Energiewirtschaft mehr Planbarkeit bekomme.

Die Energiewende als ein „großes Mitmachprojekt zu verstehen, das auch Spaß machen kann“, ist die Vision von Wolfram Axthelm, Geschäftsführer im Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE). „Wir müssen dahin kommen, dass wir Menschen dafür begeistern.“ Dazu sei es nötig, die Erzeugung erneuerbarer Energien nicht nur dem ländlichen Raum zu überlassen, sondern sie auch in der Stadt zu erbringen. Mehr PV auf den Dächern oder auf Balkonen, aber auch im Wärmebereich die Geothermie, und der Breitbandausbau könne helfen, die Vernetzung im Urbanen für die neue Energiewelt zu organisieren. „Und die öffentliche Hand sollte Vorbildcharakter haben.“

Akzeptanz sei ein wesentlicher Schlüssel beim Aufbau der Erneuerbaren und speziell auch bei der Windenergie, mit der es zügig weitergehen müsse. Schon vor Jahren hätten sich die Städtischen Werke in Kassel mit umliegenden Gemeinden zusammengesetzt, um gemeinsam Windparks zu planen – mit dem Ergebnis, dass es keine Widerstände gegeben habe. „Wir müssen die Energiewende zu einem Projekt eines ganzen Landes machen.“

Unausgewogen, aber wichtig

Unausgewogen, aber dennoch wichtig findet Axthelm das Investitionsprogramm der Bundesregierung in Sachen Förderung der Elektromobilität. Hiermit werde lediglich die obere Mittelschicht mit Eigenheim und Wallbox beim Kauf eines E-Autos bezuschusst. Für Städter sei das meist keine Option. Parallel dazu müsse daher der ÖPNV unterstützt werden, um ihn attraktiver zu machen und um die CO2-Emissionen im Verkehrssektor zu verringern. Auch im Wärmebereich wird es nach Axthelms Einschätzung künftig nicht ohne Investitionsprogramme funktionieren.

Über die Mobilität der Zukunft und digitale Infrastrukturen diskutierte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, Ute Römer (Stadtwerke Rostock) und Dr. Urban Keussen (EWE AG). Einig war man sich, dass der Ausbau von Breitband und Mobilfunk auch in der Fläche durch schnellere Verfahren und weitere Förderung vorangetrieben werden muss. Auf Basis digitaler Infrastrukturen ergäben sich auch in den Bereichen E-Mobilität und ÖPNV neue Aufgaben und Möglichkeiten für kommunale Stadtwerke.

Aufschwung der Individualmobilität

Der DStGB-Hauptgeschäftsführer wies u. a. darauf hin, dass im Zuge der Corona-Pandemie die Individualmobilität einen Aufschwung erlebt und diese auch künftig einen wesentlichen Teil des Mobilitätsmix bilden wird. Die Voraussetzungen für die Verkehrswende unterschieden sich zwischen den Regionen. Anstelle einheitlicher Konzepte brauche es auf die lokalen Verhältnisse angepasste Strategien. Beim Umstieg auf alternative Antriebe bedeute dies „Technologieoffenheit und einen breiten Antriebsmix“. **DK**

Staatsminister Hubert Aiwanger:

Die Energiewende erlebbar machen

Am 5. April 2011 ging der Energie-Atlas Bayern (EAB) online. „Seit seiner Gründung vor zehn Jahren hat er sich zu einer Art Wikipedia der bayerischen Energiewende entwickelt“, erklärt Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger. „Was mich besonders freut: Viele Bundesländer haben den Energie-Atlas Bayern zum Vorbild ihrer eigenen digitalen Energieatlanten genommen.“

Konkret informiert der Energie-Atlas Bayern über den aktuellen Stand der Energiewende in Bayern. Er enthält digitale und interaktive Karten mit einer Übersicht von rund 550.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen. Die interaktiven Karten zeigen, wo sich der Einsatz erneuerbarer Energien lohnt und wo bereits Anlagen installiert sind. Die Potenzialkarten bieten u.a. Informationen zu Windgeschwindigkeiten, zur Sonneneinstrahlung und zur Eignung für Erdwärmennutzung oder Wasserkraftnutzung.

Innovative Tools machen die Energiewende erlebbar: Die 3D-Analyse von Windenergieanlagen zeigt beispielsweise, wie sich geplante Anlagen in die Landschaft einfügen. Das Mischpult „Energiewende Bayern vor Ort“ stellt dar, wie das Potenzial von Erneuerbaren gehoben werden kann. Die Sammlung von rund 430 „Best-Practice“-Beispielen vor Ort belegt, dass die Energiewende an vielen Stellen in Bayern schon erfolgreich stattfindet. Sie sollen zudem andere zum Nachahmen anregen. Tipps und Hinweise zu Stolpersteinen von Praktikern bieten dabei hilfreiche Unterstützung.

Solarflächenbörse

In einer Solarflächenbörse können Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen Dachflächen für Photovoltaik anbieten oder suchen. Dies gilt auch für Freiflächen, die sich für die Errichtung von Solarparks eignen. Eine Abwärme-Informationsbörse bietet Unternehmen die Möglichkeit, den Energie-Atlas Bayern als Marktplatz für ihre überschüssige Abwärme aus industriellen Prozessen zu nutzen. Zudem können neue oder noch nicht enthaltene Energieerzeugungsanlagen eingestellt und Daten vorhandener Anlagen korrigiert werden. Für Kommunen wurde die Rubrik „Werkzeugkasten“ eingerichtet, in der Ausstellungsstücke, Vorlagen und Printprodukte für die Energiewende zur Ausleihe oder Weiterverwendung verfügbar sind.

Aiwanger zufolge werden bald alle E-Tankstellen Bayerns auf einer übersichtlichen Karte im Energie-Atlas Bayern zu finden sein. Weitere Angebote wie die Darstellung der Energiepotenziale für Flur- und Siedlungsholz, eine Überarbeitung der Darstellung von Abwärmequellen auf Grundlage neuer Daten sowie

Abens-Donau Energie:

E-Wanderauto steht in Essing

Seit 1. April 2021 bis 16. Mai 2021 steht das E-Wanderauto der Abens-Donau Energie GmbH im Markt Essing und kann hier von Bürgerinnen und Bürgern getestet werden.

Die Abens-Donau Energie GmbH bietet Bürgerinnen und Bürgern im Markt Essing einen VW E-Golf für einen Tag oder ein Wochenende an. Das Fahrzeug kann kostenlos ausgeliehen und Probefahren werden.

Der Verleih läuft über das Essinger Rathaus (Angelika Nowy, Tel. 09447/920093). Jede Testfahrt startet und endet am Bauhof in Essing. Anschließend wird der E-Golf an der mobilen Ladesäule am Bauhof kostenlos wieder aufgeladen. Den klimaneutralen Ökostrom dafür spendiert die Abens-Donau Energie GmbH. An anderen Ladesäulen entlang der

die Aktualisierung der Daten zu EEG-Anlagen sind in Planung.

Szenenwechsel. Staatsminister Aiwanger hat die Kommunen mit unbebauten oder teilweise bebauten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windenergienutzung dazu aufgerufen, die Flächen zu aktivieren. „Diese Gebiete wurden im Hinblick auf ihre Eignung zur Errichtung von Windenergieanlagen überprüft und im örtlichen Einverständnis von den Regionalen Planungsverbänden festgelegt. Diese Potenziale gilt es nun zügig zu heben.“

Energiewende gemeinsam gestalten

Die direkte Ansprache des Wirtschaftsministeriums zur Initiierung weiterer Windenergieprojekte wird abgerundet durch einen Unterstützungsauftrag an alle bayerischen Landräte und Landrätinnen sowie die Vorsitzenden der Regionalen Planungsverbände. „Wir müssen alle an einem Strang ziehen und die Energiewende gemeinsam gestalten, um Wertschöpfung vor Ort zu erzeugen und unsere klimapolitischen Ziele zu erreichen“, unterstrich Aiwanger.

Mit der Erzeugung von Strom durch Windräder können die Kommunen nicht nur CO₂ einsparen und damit einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel leisten, sondern als Gemeinschaft auch wirtschaftlich profitieren. Im Erneuerbaren Energien Gesetz 2021 wurde die Möglichkeit geschaffen, Kommunen finanziell am Ertrag von Windenergieanlagen zu beteiligen. Damit ist ein Beitrag von 12.000 bis 16.000 Euro pro Jahr zum Gemeindehaushalt möglich.

Auch bei der Vereinbarkeit von Artenschutz und Windenergie gibt es neue Erleichterungen. Die vom Bayerischen Landesamt für Umwelt veröffentlichte Arbeitshilfe „Vogelschutz und Windenergienutzung“ wird laut Aiwanger die Rechtssicherheit bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen erhöhen. Sie konkretisiert Vorgaben des Windenergieerlasses für den Schutz bedrohter Vogelarten. Indem beispielsweise Untersuchungszeiten oder die Erfassung von Nistplätzen weiter konkretisiert werden, sollen Prüfverfahren zur Genehmigung von Windkraftanlagen auf eine einheitliche Grundlage gestellt werden. DK



Markus Bader (rechts), Erster Bürgermeister in Rottenbuch, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den Wegennutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

Bild: Guido Köninger/erdgas schwaben

erdgas schwaben sichert klimaschonende Energieversorgung:

Rottenbuch schließt Wegennutzungsvertrag ab

Zuverlässige klimaschonende Energieversorgung für Rottenbuch im Landkreis Weilheim-Schongau im oberbayerischen Pfaffenwinkel: In Zukunft ist erdgas schwaben mit der 100-prozentigen Tochter schwaben netz für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Gemeinde verantwortlich.

Markus Bader, Erster Bürgermeister in Rottenbuch, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den Wegennutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

Wichtige Brücke

„Mit dieser Entscheidung stellen wir die nachhaltige Energieversorgung mit Gas für die Zukunft sicher. Damit können unsere Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Gewerbetreibenden langfristig planen“, unterstrich Bürgermeister Bader. „Gas ist eine wichtige Brücke in eine CO₂-neutrale Zukunft. Ob Speicher oder Puffer, Biogas oder regenerativer Wasserstoff, die Gasinfrastruktur bietet viele Möglichkeiten, die Energiewende aktiv und kostengünstig zu gestalten.“

Zuverlässige Versorgung ist sichergestellt

„Gas boomt – in unserem ge-

samten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage groß“, sagte Sommer. „Mit unseren Gasnetzen stellen wir die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan sicher. Zukünftig können diese Netze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen.“

Biomethan und Wasserstoff sind die Zukunft

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen. Der Vertrag läuft bis 2040. □

Moosburg ist Energie-Kommune des Monats

Die oberbayerische Stadt Moosburg a. d. Isar wurde von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) als Energiekommune des Monats ausgezeichnet. Bereits in den frühen 2000er-Jahren startete die Drei-Rosen-Stadt den Ausbau von Solarenergie und ermutigt seitdem die Bürger, durch das Aufzeigen von Möglichkeiten und Potenzialen auf ihrem eigenen Dach Anlagen zur Solarenergieerzeugung zu installieren.

Im Jahr 2007 fiel im Landkreis Freising und anschließend auch im Moosburger Stadtrat die Entscheidung, den gesamten Energieverbrauch bis 2035 aus Erneuerbaren Energien bereitzustellen. In den kommenden Jahren soll besonders der Ausbau des Wärmenetzes in der Stadt den Anteil der Erneuerbaren erhöhen.

„Die Verantwortung zum zügigen Handeln für wirksamen Klimaschutz liegt auf allen Ebenen, auch bei Städten und Gemeinden“, betont Klimaschutzmanagerin Melanie Falkenstein. Zahlreiche Konzepte wurden auf den Weg gebracht, die die Energieerzeugung, aber auch das Leben in Moosburg nachhaltiger gestalten sollen. Das Klimaschutzkonzept wurde fortgeschrieben und 2018 vom Stadtrat beschlossen.

Entwicklung von Förderprogrammen

Ein entscheidender Teil des Maßnahmenkatalogs aus dem Klimaschutzkonzept ist die Entwicklung von Förderprogrammen zu den Themen Solarthermie, Photovoltaik, Lastenfahräder und Sanierungen. Auch öffentliche Kampagnen helfen den Bürgern, den Handlungsbedarf bei energetischen Sanierungen oder der Wärmever-sorgung zu erkennen und einen Einblick in mögliche Maßnahmen zu erhalten.

So macht die Wärmebild-Kampagne mit Hilfe von Thermografie-Aufnahmen den energetischen Zustand und damit auch die energetischen Schwachstellen eines Gebäudes sichtbar. Zudem können die Bürger im Zuge der sog. Energiekarawane eine kostenlose, einstündige Ener-

gieberatung in Anspruch nehmen. Darüber hinaus wird auf dem jährlichen Mobilitätstag der Schwerpunkt auf den Öffentlichen Personennahverkehr, das Carsharing und die Fahrradmobilität gelegt.

Energetische Sanierung des gesamten Stadtgebiets

Die energetische Sanierung soll das gesamte Stadtgebiet umfassen, vorbildhaft werden bereits die lokale Bibliothek und ein Teil des Rathauses mit einer Pelletheizung versorgt. Weiterhin sind für das Jahr 2021 energetische Sanierungen und die Aufrüstung durch PV-Anlagen auf drei städtischen Gebäuden geplant. Ein weiteres großes Ziel für das Jahr ist es, das gesamte Schulzentrum Nord an das Wärmenetz anzuschließen. Hierfür ist ein Primärenergiefaktor von 0,0 sowie die Versorgung durch Erneuerbare Energien vorgesehen.

Klimaschutzbildung

Im Klimaschutzkonzept ist zudem die Klimaschutzbildung für Menschen aller Altersstufen festgeschrieben. Für die Jüngsten wurden bereits Kasperltheater zum Thema Regionalität und Energiewende sowie die Energiewerkstatt durchgeführt. Das Planspiel „Energiespardorf“ richtet sich vorrangig an Schulen, kann aber auch von Erwachsenen durchgeführt werden. Hierbei können Modellhäuser mit technischen Haushaltsgeräten aufgerüstet werden, um damit ein Bewusstsein für den Stromverbrauch zu schaffen. In der Planstadt ist es zudem möglich, erneuerbare Erzeugungsanlagen wie PV- oder Windenergieanlagen zu installieren. DK

Energie für heute und morgen

Mein ÖkoGas – 100% CO₂-neutral

Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

LEW-Gruppe zieht positive Bilanz für Geschäftsjahr 2019

Weichen gestellt für wichtige Zukunftsthemen im Energie- und Telekommunikationsbereich

Die LEW-Gruppe zieht für das abgelaufene Geschäftsjahr 2019 eine positive Bilanz. Der Absatz im Stromsegment stieg um 5,5 Prozent auf 17,7 Milliarden Kilowattstunden. Der Gasabsatz erhöhte sich um 46,8 Prozent auf 2,9 Milliarden Kilowattstunden. Einen erheblichen Zuwachs gab es 2019 bei den Investitionen der LEW-Gruppe: Sie stiegen um 22 Prozent auf 131,8 Millionen Euro. Grund für den Anstieg sind vor allem Investitionen in das Geschäft mit Glasfaserangeboten für Privatkunden, LEW Highspeed.

Investitionsschwerpunkt von LEW ist weiterhin das regionale Stromnetz: Allein 2019 flossen rund 90 Millionen Euro in Ausbau und Modernisierung des Netzes für eine sichere Stromversorgung in der Region. „Nachhaltigkeit liegt in unserer DNA. Wir haben unsere Wurzeln in der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien“, betont LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpfer.

Bausteine des Energiesystems der Zukunft

Den Umbau des Energiesystems in der Region treibt LEW weiter voran. „Wir haben klare Vorstellungen für die Gestaltung der Energiezukunft“, erklärt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Wesentliche Bausteine eines nachhaltig aufgestellten, dezentralen Energiesystems sind: ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien, Speicher und Flexibilisierung, Sektorkopplung, Energieeffizienz und Digitalisierung.“

Neuer Rekord bei Strom aus erneuerbaren Energien

Im LEW-Gebiet wurden bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2019 weitere Zuwächse verzeichnet: Mittlerweile speisen mehr als 77.000 Anlagen Strom aus erneuerbaren Energien in das regionale Verteilnetz von LEW ein. Mit insgesamt 5,4 Milliarden Kilowattstunden Strom

haben sie 2019 so viel Strom erzeugt wie nie zuvor. Damit wurde rein rechnerisch zu rund 70 Prozent der Strombedarf der ans LEW-Netz angeschlossenen Stromkunden gedeckt. Ein Wert, der weit über dem Bundesdurchschnitt von rund 43 Prozent liegt.

Leistungsfähige Stromnetze

Über die insgesamt rund 35.000 Kilometer Leitungen des LEW-Verteilnetzes werden die Menschen mit Strom versorgt. Die Infrastruktur spielt auch die Schlüsselrolle bei der Aufnahme und Verteilung des lokal erzeugten Stroms aus erneuerbaren Energien. Den größten Beitrag zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im LEW-Netz leistete 2019 die Wasserkraft, vor Photovoltaik und Biomasse. In den letzten zehn Jahren hat LEW rund 790 Millionen Euro in das Stromnetz der Region investiert.

LEW erweitert eigene Erzeugungskapazitäten für Ökostrom

Die eigene Erzeugung im Bereich der erneuerbaren Energien baut LEW weiter aus: Die Photovoltaikkapazitäten der LEW-Gruppe wurden durch neue Anlagen auf eigenen Gebäuden sowie auf Freiflächen erweitert. Gemeinsam mit Partnern hat LEW 2019 außerdem ein viel beachtetes Projekt zur Stromerzeugung

an Gebäudefassaden durch eine neuartige Solarfolie gestartet. Zudem steigert LEW den Wirkungsgrad der Wasserkraftwerke durch laufende Modernisierungen.

Jede zweite neue PV-Anlage mit Batteriespeicher

Insgesamt wurden 2019 rund 2.400 PV-Anlagen neu an das LEW-Netz angeschlossen. Mehr als die Hälfte dieser Anlagen wurde in Verbindung mit einem Batteriespeicher installiert. Insgesamt sind mittlerweile rund 5.000 Batteriespeicher an das LEW-Netz angeschlossen. „Selbst erzeugten Strom optimal nutzen – das steht im Fokus der Kunden“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Positive Resonanz verzeichnen wir mit unseren Angeboten im Bereich Photovoltaikanlagen, auch im Paket mit Speicherlösungen.“ Eine neue Lösung zur Flexibilisierung des Verbrauchs haben die Lechwerke mit dem LEW Lastmanagement entwickelt. Mit dem System können Betriebe ihren Verbrauch aktiv steuern. Die Lösung kann auch zum lastoptimierten Laden von Elektroautos genutzt werden.

Erfolgreich im Markt für Regelenergie

Im Bereich der Vermarktung von Regelenergie gehört LEW zu den etablierten Anbietern in Deutschland. Mit Regelenergie gleichen die Betreiber der Übertragungsnetze unvorhergesehene Schwankungen im Stromnetz aus. LEW ist hier mit einem virtuellen Kraftwerk erfolgreich, dem LEW Flex-Kraftwerk: Es bündelt eigene Anlagen sowie die von Kunden und vermarktet diese. Das virtuelle Kraftwerk wurde

kontinuierlich mit dezentralen Erzeugungsanlagen für die Direktvermarktung ausgebaut und hat inzwischen eine Leistung von 700 Megawatt. Damit gehört LEW bei der Direktvermarktung von Wasserkraft und Biomasse zu den wichtigsten Vermarktern in Deutschland.

Klimaschonende Elektromobilitäts- und Wärmelösungen

Mit rund 300 Ladepunkten ist LEW der größte Betreiber von Ladeinfrastruktur in Bayerisch-Schwaben und sogar einer der zehn größten in ganz Deutschland. Der Bedarf hierfür wächst in der Region. Das zeigen die steigenden Zulassungszahlen von E-Fahrzeugen und die zunehmenden Ladevorgänge an den LEW-Ladepunkten.

Beim Heizen hat die klimaschonende Wärmepumpentechnologie einen überdurchschnittlich hohen Marktanteil in der Region. Gemeinsam mit Kommunen hat LEW auch entsprechende Lösungen mit Wärmepumpen für ganze Wohnquartiere umgesetzt, die Spitzenwerte bei Energieeffizienz und CO₂-Einsparung erreichen.

Erhebliche Energieeinsparung im kommunalen Bereich durch LED-Energieeffizienz ist ein zentraler Baustein bei der Umsetzung der klimapolitischen Ziele. LEW bietet hier den verschiedenen Kundengruppen konkrete Lösungen, wie beispielsweise Kommunen. In den letzten Jahren wurden in den von LEW betreuten Kommunen bereits fast 70 Prozent der kommunalen Straßenbeleuchtung auf die effiziente LED-Technologie umgerüstet. Der Anteil wird weiter steigen. Schon jetzt beträgt die rechnerische CO₂-Einsparung durch den Einsatz der effizienten LED-Technologie in der Straßenbeleuchtung bei den von LEW betreuten Kommunen rund 12.000 Tonnen jährlich.

Weiterer Ausbau des Geschäftsfelds Telekommunikation

Aktuell zeigt sich die Bedeutung einer leistungsstarken Datenanbindung mehr denn je. Die LEW-Gruppe betreibt mit einer Länge von rund 3.000 Kilometern das größte regionale Glasfasernetz zwischen Donauwörth und Schongau. Rund 64.000 Privathaushalte und Unternehmen sind inzwischen an die Infrastruktur angeschlossen.

Unternehmenskunden bietet LEW TelNet leistungsstarke und flexible Lösungen. So hat LEW TelNet angesichts der aktuellen Situation für zahlreiche Unternehmenskunden die jeweiligen Übertragungskapazitäten im Down- und Uplink erhöht, um den durch viele Homeoffice-Nutzer gestiegenen Bandbreitenbedarf zu decken.

Mit LEW Highspeed bietet die LEW-Gruppe Privathaushalten Internet, Telefonie und TV über Glasfaser. Mittlerweile in elf Kommunen in der Region können Kunden LEW Highspeed buchen.

Laufendes Geschäftsjahr 2020

Den Weg in die Energiezukunft geht LEW auch 2020 weiter. Dazu zählen neben dem laufenden Ausbau und der Modernisierung des Stromnetzes auch die stetige Weiterentwicklung des Produktportfolios. Unter anderem baut LEW das Ökostromangebot weiter aus. LEW setzt auch auf Elektromobilität, dezentrale Energiedienstleistungen und innovative Solar-Speicherlösungen. Das Geschäftsfeld Glasfaser-Internet für Privatkunden wird LEW weiter ausbauen. □

Bundesverband Geothermie:

Effizient gegen den Klimawandel

Der Bundesverband Geothermie hat ein Positionspapier zum aktuellen Stand der Forschung und dem Forschungsbedarf für die verschiedenen Anwendungsfelder veröffentlicht. Neben Tiefer und Oberflächennaher Geothermie wird auch der Stand zu Wärmeverteilernetzen, Energiespeichern im Untergrund sowie Umwelteinwirkungen, Nachhaltigkeit und Akzeptanz erläutert. Ziel ist es, den weiteren Ausbau der Geothermie durch bedarfsgerechte Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu fördern.

„Die Geothermie ist eine Schlüsseltechnologie für die Energie- und vor allem Wärmewende“, erklärt Prof. Dr. Horst Rüter, Sprecher des Fachausschusses Wissenschaft und Bildung des Bundesverbandes Geothermie. „Im Vergleich zu den anderen Erneuerbaren Energien ist die Geothermie jung. In den letzten Jahren gab es viele wichtige Projekte, welche die Geothermie weiter vorangebracht und als erfolgreiche Technologie etabliert haben. Um ihr Potenzial voll ausschöpfen zu können, besteht aber noch weiterer Forschungsbedarf.“

Tiefe Geothermie

Tiefengeothermische Anlagen nutzen die im Untergrund in etwa 1.500 m bis 5.000 m Tiefe vorhandene Wärme (Temperaturen über 60 °C) zur Bereitstellung von Wärme und/oder zur Erzeugung von Strom. Zusätzlich zeigt ein aktuelles Projekt in München auch die Möglichkeit der Kältebereitstellung durch die Tiefe Geothermie mittels Sorptionskältemaschinen auf. In der Tiefe Geothermie wurden in den vergangenen 15 Jahren, nicht zuletzt durch öffentlich geförderte Forschung, wichtige Fortschritte erzielt, beispielsweise bei der Erkundung und der Reservoirerschließung, wodurch es heute möglich ist, an verschiedenen Standorten erfolgreich Nutzwärme bereitzustellen und/oder Strom zu erzeugen.

Neben der direkten lokalen Nutzung des Thermalwassers zu balneologischen Zwecken und zur Gebäudeheizung, die in Deutschland an mehr als 160 Standorten erfolgt, stellt die Belieferung von Fernwärmenetzen heute die vorrangige Nutzung tiefer geothermischer Reservoirs dar. 24 Anlagen mit einer installierten thermischen Leistung von mehr als 400 MW stellten 2018 rund 1.500 GWh (5,4 PJ) Wärmeenergie bereit. Die Wärmemenge der bestehenden Anlagen könnte bei einer besser angepassten Abnehmerstruktur doppelt so hoch sein. Durch Hochtemperatur-Wärmepumpen (z. B. extern beheizt durch Müllverbrennung) könnten auch leichter erschließbare flachere Horizonte hydrothermal genutzt werden.

Tiefengeothermische Anlagen im Süddeutschen Molassebecken haben bereits eine gewisse Marktreife erreicht, „so dass hier der Schwerpunkt auf projektbegleitende Maßnahmen zur Langzeitbeobachtung, Betriebsoptimierung und Kostenreduktion gelegt werden sollte“, heißt es in dem Bericht. Auf Basis des erreichten Stands der Technik bestehender Geothermieprojekte sollte ein Schwerpunkt die Entwicklung geothermischer Komponenten bilden.

Die bereits vorhandene Datenlage durch bestehende Geothermieprojekte liefert gute Voraussetzungen für weitere Forschungsarbeiten, zum Beispiel zum Wärmetransport im Reservoir mit Auswirkungen auf die Hydrochemie. Die Anreize durch das MAP hätten wesentlich zur Entwicklung beigetragen, und so seien das Marktanreizprogramm oder Nachfolgeprogramme eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Projekte.

Forschungsbedarf besteht vor allem für die Entwicklung eines umfangreicheren Erkundungsprogramms, das geothermisches Potential in weiteren Gebieten bestimmen und nutzbar machen kann. Durch weitere Forschung im Bereich Energiebereitstellung und stoffliche Nutzung kann die Effizienz gesteigert werden. Eine weitere Möglichkeit ist die Rohstoffgewinnung aus Thermalwasser. Hier gibt es weltweit bereits mehrere kommerzielle und wissenschaftliche Projekte zur Lithiumextraktion.

In der Oberflächennahen Geothermie sind die Kernthemen Kostenreduktion, Effizienzsteigerung, Erweiterung der Einsatzbereiche sowie der Grundwasserschutz. Oberflächennahe Erdwärme (erdgekoppelte Wärmepumpen) wird bereits heute in einer Vielzahl von Anlagen genutzt. Das große technische und geologische Potenzial dieses Verfahrens ist in Deutschland aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft. In Deutschland sind derzeit mehr als 400.000 oberflächennahe Erdwärmearbeiten mit einer Leistung von 4.400 MW installiert. Pro Jahr stellen sie rund 6.600 GWh Heizenergie bereit (Stand 2018).

Heute werden in Deutschland fast 20 % der Neubauten mit Erdwärme-Heizsystemen ausgestattet. Als Wärmequellen werden dabei meist Erdwärmesonden installiert. Der Rest verteilt sich auf andere Systeme (Grundwasseranlagen, Erdwärmekollektoren usw.). Vor allem im Bereich des Niedrig- und Passivhausbaus – und hier insbesondere bei der Klimatisierung (d. h. Heizung im Winter und Kühlung im Sommer) – ist diese Technologie technisch und wirtschaftlich bestens geeignet, z. B. auch in Kombination mit Solarthermie.

Auch im gewerblichen Wärmemarkt wird die Oberflächennahe Geothermie vermehrt eingesetzt, z. B. für die Klimatisierung von Bürohäusern und Einkaufszentren. Der Wärmeentzug kann zur Reduzierung der Untergrundtemperatur in städtischen Wärmeinseln beitragen. Mangelhafte und ungenügende Qualität (d. h. handwerkliche Fehler) bei der Planung und Errichtung erdgekoppelter Wärmequellenanlagen haben die Technologie unnötig und ungerechtfertigt in Misskredit gebracht. Die Branche ist daher derzeit dabei, die notwendigen Qualitätsstandards weiterzuentwickeln und dafür zu sorgen, dass diese in der Praxis auch sicher umgesetzt werden.

Oberflächennahe Geothermie

Laut Dr. Erwin Knapke, Präsident des Bundesverbandes Geothermie, „befinden wir uns mitten in der Klimakrise und erleben jedes Jahr ihre immer stärkeren Auswirkungen. Jetzt besteht Handlungsbedarf.“

Mit den Erneuerbaren Energien habe man alle Werkzeuge in der Hand, die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Voraussetzung dafür sei aber eine effiziente und umfangreiche Nutzung. „Diese wird nur gewährleistet, wenn wir kontinuierlich an der Verbesserung der Technologien arbeiten und neue Nutzungsmöglichkeiten erschließen. Dafür brauchen wir eine bedarfsgerechte Forschung.“ □

Gemeinsam für umweltschonende Erdgasmobilität:

Erdgas tanken ab sofort am Schwaiger Kreisel möglich

Die Stadtwerke Rosenheim und die Gazprom NGV Europe GmbH haben eine neue CNG-Tankstelle in Rosenheim errichtet. Trotz Corona und diversen Videokonferenzen anstelle von Baustellengesprächen konnte der Bau der neuen Anlage an der OMV-Tankstelle am Renkenweg 1 in Rosenheim erfolgreich realisiert werden.

„Mit dem Bau dieser CNG-Tankstelle in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Rosenheim, bekräftigen wir unser Engagement für eine umweltschonende Mobilität. Diese Selbstverpflichtung wird durch den weiteren Ausbau unseres CNG-Tankstellennetzes auf nun 62 Standorte deutlich. Für alle Erdgasfahrer(innen) in der Region gibt es damit eine weitere Möglichkeit, eine schon heute voll entwickelte und zuverlässige Technologie im wahrsten Sinn des Wortes zu erfahren. Gleichzeitig gehen wir einen entscheidenden Schritt in Richtung Zukunft und bieten von Anfang an 100 Prozent Biogas für klimaneutrale Tanken an“, macht Uwe Johann, Geschäftsführer der Gazprom NGV Europe GmbH deutlich.

31 CNG-Fahrzeuge im Einsatz

„Durch das Angebot von 100 Prozent Biomethan erreichen wir eine CO₂-Freiheit der hier betankten Erdgasautos und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz im Verkehr“, erklärte Dr. Götz Brühl, Geschäftsführer der Stadtwerke Rosenheim. „In unserem eigenen Fuhrpark haben wir seit vielen Jahren CNG-Fahr-

zeuge im Einsatz, aktuell sind es 31.“

Inbetriebnahme durch OB Andreas März

Bei der offiziellen Inbetriebnahme mit Vertretern der Stadtwerke Rosenheim, der Gazprom NGV Europe GmbH, der OMV Deutschland Marketing & Trading GmbH & Co. KG und der Stadt Rosenheim betankte Oberbürgermeister Andreas März einen Erdgas-Pkw aus dem Fuhrpark der SWRO. „CO₂-Neutralität für Rosenheim ist eines unserer großen Ziele. Im gesamten Konzern Stadt Rosenheim prüfen wir bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen sehr genau, welche Antriebsform die Anforderungen am besten erfüllt. Da spielt Erdgas eine große Rolle“, unterstrich März die Strategie der Stadt bei ihrer Beschaffungspolitik.

Müllfahrzeug fährt CO₂-frei

Das neue Müllfahrzeug des städtischen Baubetriebshofs fährt auch mit Biomethan. Dazu Werner Oeckler, Leiter des Baubetriebshofes: „Wir sind froh, von den Stadtwerken rechtzeitig vor der Bestellung die Bestätigung bekommen zu haben,

dass an der neuen Erdgastankstelle eine ausreichend große Fahrspur für unser neues Müllfahrzeug vorhanden ist. Damit war die Entscheidung für Erdgas klar.“

Null CO₂ – voller Komfort

Die Pächterin der OMV-Tankstelle, Ruth Schuster, sorgt für einen reibungslosen 24/7-Service. Die Tankstelle verfügt neben sämtlichen Kraftstoffen über den vollen Komfort einer OMV: Shop, Waschstraße, Saugere, alle gängigen Bezahlmöglichkeiten und Kundentoiletten. Freies WLAN ist ebenfalls selbstverständlich. Als zusätzlichen Service hat die OMV am Schwaiger Kreisel einen Hermes-Paketshop im Angebot.

Tankanlage in der Kastenuau läuft noch bis Ende April

Die mittlerweile seit gut 16 Jahren von den SWRO betriebene Erdgastankstelle auf dem Betriebsgelände des Regionalverkehrs Oberbayern (RVO) in der Theodor-Gietl-Straße wird aufgrund ihres Alters und der schwierigen Ersatzteilbeschaffung für Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten nicht weiterbetrieben. Die Tankstelle wird zum 30.04.2021 geschlossen.

Gazprom NGV Europe und Stadtwerke bekräftigten ferner ihre Absicht, bei Bedarf auch eine Tankstelle für Lkw und Busse bereitzustellen. □

Stromspeicher als Königsweg zur sicheren Energieversorgung?

„Stromspeicher der Zukunft“ – so lautete das Thema der jüngsten Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie Medien und Digitalisierung im Bayerischen Landtag. Die Experten diskutierten mit den Abgeordneten, wie ein modernes Stromversorgungssystem aus dem intelligenten Zusammenspiel von bedarfsgerechter Erzeugung und Speicherung in Zukunft gestaltet werden kann. Deutlich wurde: Um zukunftsfähig agieren zu können, müssen nicht nur Technologien, sondern auch regulatorische sowie rechtliche Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden.

Speicher für Strom aus erneuerbaren, klimaschonenden Energiequellen, sollen künftig eine wichtige Grundlage für die dezentrale Energiewende bilden. Denn sie ermöglichen regionale Wertschöpfung und garantieren eine sichere Stromversorgung in den Kommunen. Zu den modernen Speichermöglichkeiten zählen Pump- oder Druckluftspeicher, elektrochemische Speicher (Batterien/Akkus), chemische Speicher sowie reine Wasserstoffspeicher. „Stromspeicher werden immer wichtiger, um Zeiten zu überbrücken, in denen Sonne und Wind nicht genügend Energie liefern. Daher werden wir unseren Einsatz auch auf Bundesebene weiter intensivieren, um Kommunen bei Photovoltaik-Anlagen beteiligen zu können und die Akzeptanz für erneuerbare Energien zu erhöhen“, sagte Rainer Ludwig, energiepolitischer Sprecher der Freien Wähler-Landtagsfraktion.

Förderung bringt Zuwächse

In Bayern wurde in den letzten Jahren knapp die Hälfte der benötigten Elektrizität aus heimischen Erneuerbaren Energien gedeckt. Laut Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW kann jedoch nur die volatile Photovoltaik nennenswerte Zuwächse für sich verbuchen und liegt als Spitzenreiter

mittlerweile gleichauf mit der bedarfsgerechten Stromerzeugung aus Wasserkraft. Insgesamt wurden 46 % des Stromverbrauchs im Jahr 2019 regenerativ gedeckt. Nach VBEW-Schätzungen werden es im Jahr 2022 rund 54 % sein. Im vergangenen Jahr wurden in Bayern mehr als 20.000 Photovoltaik-Anlagen durch das Photovoltaik-Speicherprogramm des Wirtschafts- und Energieministeriums gefördert. Ein Schwerpunkt ist dabei das stark frequentierte 10.000 Häuser-Programm gezielt für Kleinanlagen auf Dächern von Privatbauten in Verbindung mit Speichern.

Batterien nutzbarer machen

Die Bevölkerung ist bei der regenerativen Stromerzeugung darauf angewiesen, dass dann genügend Strom vorhanden ist, wenn dieser benötigt wird. Eine stabile Stromversorgung zu jeder Stunde, bei jeder Wetterlage und zu jeder Jahreszeit ist daher die unabdingbare Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Weiterentwicklung in Bayern. Dafür braucht es aber mit dem Abschalten der Kernkraftwerke in Bayern durch die Dezentralisierung der Stromversorgung mehr Erzeugungsanlagen, mehr Speicher und mehr Netzkapazitäten als früher. In der Expertenrunde im Wirtschaftsausschuss kün-

digte Wolfgang Arlt, Professor im Ruhestand an der Universität Erlangen an, dass Bayern immer Energie aus Ländern mit mehr Wind oder mehr Sonne importieren werden müsse, um den Energiebedarf zu decken. Prof. Michael Sterner von der OTH Regensburg forderte, dass Batterien in Häusern und Autos daher verstärkt als Speicher nutzbar gemacht werden sollten, um Netzstabilität zu gewährleisten – was aber bisher nicht erlaubt sei.

Forschungsbedarf nötig

Zudem sei im Bereich der Sicherheit von großen Batterien noch Forschungsbedarf nötig. „Bei einer stationären Stromspeicherung ist die Lebensdauer einer Lithium-Ionen-Batterie einer der wichtigsten Punkte“, sagte Professor Hubert Gasteiger von der LMU München. Um Energie langfristig zu speichern, sei vor allem die Wasserstofftechnologie eine Möglichkeit, erläuterte Professor Markus Brautsch von der OTH Amberg-Weiden. Denn klimafreundlich hergestellter Wasserstoff ermöglicht es, die CO₂-Emissionen vor allem in Industrie und Verkehr dort deutlich zu verringern, wo Energieeffizienz und die direkte Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien nicht ausreichen. In diesem Bereich gebe es jedoch ebenfalls noch Forschungsbedarf.

Heinrich Gärtner, Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes Energiespeicher (BVES) betonte, Wind und Solarenergie seien unerschöpfliche Ressourcen. Speicher stünden heute schon bereit. Das Problem allerdings seien veraltete Gesetze. Anders als noch vor ein paar Jahren gebe es heu-

te Techniken, um Strom zu speichern, verteidigte Dr. Kathrin Gollammer, Geschäftsführerin des Reiner Lemoine Instituts in Berlin, den aktuellen Forschungsstand. Welche Technologien angewendet werden, sei allerdings immer eine Kostenfrage.

Infrastruktur und Backup-System

Professor Gerhard Sextl von der Julius-Maximilians-Universität Würzburg schlug vor, Photovoltaik-Module zur Stromgewinnung an den bayerischen Autobahntrassen zu installieren. Bayern habe großes Potenzial, müsse aber in die Infrastruktur investieren. „Der Energiewende liegt kein Masterplan zugrunde, sonst säßen wir heute nicht hier“, sagte Ingenieur und Buchautor Frank Hennig. Speicher seien eine Lösung, um ein Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen. Es müsse ein „Backup-System“ für die gesamte Leistung aufrechterhalten werden.

Mehr Bürokratieabbau

In der anschließenden Aussprache stellte Annette Karl (SPD) fest, dass die Regierung nach dem Ausstieg aus Atomkraft und Kohle zum Gelingen der Energiewende verdammt sei. Dabei werde jedoch deutlich, dass das System den Anforderungen nicht mehr gerecht werde, kritisierte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Martin Stümpfig (Bündnis 90/Die Grünen). Walter Nussel (CSU), Beauftragter für Bürokratieabbau, bat die Experten, Rückmeldungen zu geben, wo Regularien Hindernisse seien zum Ausbau einer sicheren Energieversorgung. **red**

Bürgerenergie spielt weiter Schlüsselrolle

Die Bürgerenergie ist immer noch das zentrale Standbein der Energiewende. Deren Anteil an der gesamten installierten Leistung Erneuerbarer Energien wird aber kleiner. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Instituts trend:research.

Vor zehn Jahren, als die Eigentümerstruktur der Erneuerbaren Energien erstmals untersucht wurde, war mehr als die Hälfte der installierten Leistung in der Hand von Privatleuten und Landwirten. Bis zum Jahr 2016 sank der Anteil der Bürgerenergie auf 42 Prozent, 2019 ging er nochmal leicht zurück auf 40,4 Prozent. Der Anteil Gewerbetreibender, großer Unternehmen, von Energieversorgungsunternehmen sowie von Fonds und Banken hat sich dagegen erhöht.

„Zu Beginn der Energiewende waren es vor allem die Bürger in Deutschland, die die wirtschaftlichen Chancen der Erneuerbaren Energien erkannt haben. Dass sich nun auch finanzkräftige Investoren mehr für eine klimaschonende Energieerzeugung engagieren, ist durchaus erfreulich. Doch die Bürgerenergie muss unbedingt weiter ihren Platz im Fortgang der Energiewende finden. Denn Beteiligungsmöglichkeiten fördern die Akzeptanz“, betont der Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien, Dr. Robert Brandt.

Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Bürgerenergie bei der Windenergie an Land, Photovoltaik und bei Biogas. Privatleute und Landwirte bringen es bei der Windenergie an Land auf einen Anteil von 40,6 Prozent. Beim Solarstrom vereinen sie sogar 48 Prozent der installierten Leistung auf sich. Diese Form der Stromerzeugung ist aber auch für Ge-

werbtreibende besonders attraktiv. Diese sind hier mit rund 25 Prozent ebenfalls stark vertreten. Drei Viertel der Biogasanlagen entfallen auf landwirtschaftliche Betriebe. Anders als die Windenergie an Land wird die Offshore-Windenergie von den Energieversorgern sowie von Fonds und Banken dominiert. Auf erstere entfallen fast zwei Drittel der Offshore-Kapazitäten, auf letztere das restliche Drittel.

Ein Blick auf die Anteile am Zubau offenbart, wie sehr sich die Eigentümerstruktur von der Bürgerenergie zugunsten größerer Investoren verschiebt. Erstmals bildeten die Privatpersonen 2019 mit 18 Prozent nicht mehr die größte Gruppe beim Bau neuer Anlagen. Den Spitzenplatz übernahmen mit 21 Prozent Fonds und Banken. Rechnet man die Landwirte hinzu, kommt die Bürgerenergie bei den Neuanlagen nur noch auf etwa ein Viertel. Das sind etwa 15 Prozentpunkte weniger als im Bestand.

Deutlich stärker engagieren sich insbesondere die großen und internationalen Energieversorger. Zusammen waren sie im Jahr 2019 für knapp ein Drittel des Zubaus verantwortlich. 2016 waren es erst 22 Prozent. Gewerbe konnten ihren Anteil von ca. 12 auf 16 Prozent steigern. Am stärksten verloren die Projektierer. Ihr Anteil sank von ca. 16 auf sieben Prozent, was auf den schwachen Ausbau der Windenergie an Land zurückzuführen ist. **DK**

Klimafreundlicher Strom aus der Nachbarschaft

Erster Real-Betrieb einer stationären Brennstoffzelle von Bosch und den Stadtwerken Bamberg

Gemeinsam mit den Stadtwerken Bamberg zeigt Bosch jetzt erstmals in der Bamberger Innenstadt mit seiner stationären Brennstoffzelle, wie eine dezentrale, klimafreundliche Energieversorgung der Zukunft aussehen kann. Am Zentralen Omnibus-Bahnhof (ZOB) wurde ein Kleinkraftwerk auf Basis einer Festoxid-Brennstoffzelle (Solid Oxide Fuel Cell, kurz SOFC) in Betrieb genommen.

Die zwei Meter hohe kühl-schrankgroße Anlage erzeugt rund 10 Kilowatt Strom, mit dem der Strombedarf von mehr als 20 Vier-Personen-Haushalten im Stadtquartier um den Busbahnhof gedeckt werden kann. Diese stationäre Brennstoffzelle ist mit einem Wirkungsgrad von 60 Prozent für die Stromerzeugung und von mehr als 85 Prozent bei zusätzlicher Wärmenutzung anderen Energiewandlern gleicher Größe deutlich überlegen.

Die produzierte Wärme nutzt eine Bäckerei am Busbahnhof zum Heizen und zur Warmwasseraufbereitung: „Der dezentralen Energieversorgung kommt mit der Energiewende eine große Bedeutung zu. Die stationäre Brennstoffzelle ist hervorragend für den Ausbau der lokalen Strom- und Wärmeversorgung in Stadtquartieren geeignet“, berichtet Dr. Wilfried Kölscheid, verantwortlich für die stationäre Brennstoffzelle bei Bosch. „Wir freuen uns, mit den Stadtwerken Bamberg einen Partner gefunden zu haben, mit dem wir gemeinsam zeigen können, wozu unsere stationäre Brennstoffzelle in der Lage ist.“

Der Einsatz der stationären Brennstoffzelle in einem Stadtquartier ist nicht nur für Bosch ein wichtiges Anwendungsfeld, auch die Stadtwerke Bamberg sehen in der Technologie eine nachhaltige Lösung für die Ener-

gieversorgung im Bestand und bei der Entwicklung neuer Quartiere. „Mit der Brennstoffzelle werden wir Erfahrungen sammeln, die künftig bei der Energieversorgung bestehender Gebäude und neuer Quartiere einen nachhaltigen Nutzen schaffen sollen“, ist sich Dr. Michael Fiedeldey, Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg, sicher.

Technik erlebbar machen

„Zugleich wollen wir die neue Technik für alle Bürger erlebbar machen. Deshalb stellen wir sie nicht in irgendeinem Keller, sondern mitten auf den ZOB als Verkehrsdrehscheibe für über 20.000 Menschen am Tag.“ Sobald es die Situation wieder zulässt, wird das InnoLab am Busbahnhof regelmäßig für interessierte Gäste geöffnet sein. Experten der Unternehmen stehen dann Rede und Antwort. Einen virtuellen Blick in das Labor gibt es unter www.stadtwerkebamberg.de/innolab.

Die SOFC-Anlage wird von den Stadtwerken Bamberg mit Erdgas betrieben, ist sehr leise und heute schon geeignet für Wasserstoff. Im Vergleich zum Strom-Mix in Deutschland spart ein SOFC-System selbst beim Betrieb mit Erdgas fast bis zu 40 Prozent an klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Wird die Brennstoffzelle mit Wasserstoff betrieben, fallen keine direkten

CO₂-Emissionen mehr an. Für Städte und Ballungszentren mit hohem Energiebedarf können SOFC-Anlagen daher die Energieversorgung nachhaltig sicherstellen, indem die Leistung der stationären Brennstoffzelle bedarfsgerecht geregelt werden kann. Außerdem kann die vorhandene Gas-Infrastruktur in Kombination mit vielen vernetzten Brennstoffzellen zur Entlastung des Stromnetzes genutzt werden. So lassen sich weitere Strombedarfe durch Erzeugung vor Ort decken.

Die SOFC-Anlage in Bamberg ist zudem über die Bosch IoT-Cloud vernetzt: 20 Sensoren innerhalb der Brennstoffzelle liefern kontinuierlich Daten zu Stromproduktion und Betriebsstatus. Diese Daten helfen auch, um die Technologie weiterzuentwickeln. Zukünftig können über die Cloud-Lösung verschiedene stationäre Brennstoffzellen miteinander vernetzt und durch intelligente, selbstlernende Software digital gesteuert werden – dies schon Umwelt und Ressourcen.

Bambergers Oberbürgermeister Andreas Starke begrüßt die Kooperation und die bürgernahe Installation am Bamberger ZOB: „Wir sind stolz darauf, dass Bosch und die Stadtwerke Bamberg mit der stationären Brennstoffzelle eine klimafreundliche und gleichzeitig wirtschaftliche Technologie umsetzen. Diese innovative Energieversorgung ist ein wichtiger Baustein im Transformationsprozess des Wirtschaftsstandorts Bamberg, um für die Zukunft Arbeitsplätze zu sichern.“ **□**

Für den Bürgerenergiepreis 2021 suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayernwerk.de/buergerenergiepreis



bayernwerk



Will der Naturschutz die Wasserkraft zerstören?

VWB und LVBW weisen plakative Schuldzuweisungen von Umwelt- und Wassersportverbänden zurück und laden zum Gespräch ein

Einmal mehr haben der WWF, der BUND Naturschutz in Bayern, der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), der Landesfischereiverband Bayern sowie der Bayerische Kanu-Verband zur Kritik gegen die kleine Wasserkraft ausgeholt, nun mit dem Positionspapier „Acht Mythen zur Kleinwasserkraft“. „Es ist uns unverständlich, weshalb wir dermaßen in das Visier der Umwelt- und Wassersportverbände geraten sind“, sagt Fritz Schweiger, Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V.

„Es wird der Eindruck vermittelt, dass neue Wasserkraftanlagen wie Pilze aus dem Boden schießen. Dabei gab es so gut wie keine Neubauten in den vergangenen Jahrzehnten. Und wir haben auch nicht vor, neue Anlagen in unberührten Gewässern zu bauen.“ Vielmehr haben die Anlagenbetreiber in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass sowohl die Durchgängigkeit für Fische als auch die Umgebungsbedingungen verbessert wurden und sie arbeiten weiter daran.

Wenn die Umwelt- und Wassersportverbände zudem die mangelhafte Durchgängigkeit an bestehenden Querbauwerken beklagten, so solle bedacht werden, dass rund 90 Prozent davon im staatlichen Eigentum sind und es dort keine Wasser-

kraftanlagen gibt. „Davon weichen wir allerdings nicht ab: Es ist sinnvoll, bereits bestehende Querbauwerke, die zum Beispiel zur Sohlstabilisierung und für den Hochwasserschutz errichtet wurden, noch zusätzlich für die erneuerbare und ökologisch verträgliche Stromerzeugung zu nutzen“, betont Schweiger. Immerhin reduziert jede Kilowattstunde, die mit Wasserkraft produziert wurde, klimaschädliche Emissionen. „In dem Zusammenhang möchten wir an das Pariser Klimaschutzabkommen und die darin vereinbarte CO2-Reduktion erinnern.“

Heimischer regenerativer Strom statt importiertem Kohle- und Atomstrom

Auch mit Blick auf den 10. Jah-

restag von Fukushima halten die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG Forderungen, bestehende Erneuerbare-Energien-Anlagen zurückzubauen, für den falschen Weg. „Es ist nicht nachvollziehbar, wenn am Ende des Tages unser Stromverbrauch nur mit Stromimporten aus Atom und Kohle gedeckt werden kann, weil man sich hierzulande gegen einzelne Erneuerbare-Energien-Technologien ausspricht“, erklärt Hans-Peter Lang, Vorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. „Jede Kilowattstunde, die wir nicht heimisch erzeugen, muss aus Atom- und Kohlekraftwerken importiert werden.“

„Wir wissen es zu schätzen, dass die Verbände sich intensiv mit unseren Argumenten und unserer Technologie auseinandersetzen, wie es an dem neuen Positionspapier zu erkennen ist“, so Lang weiter. „Allerdings bedauern wir es sehr, dass sie nicht das Gespräch mit uns suchen, sondern sich stattdessen

in aufmerksamkeitsheischenden Veröffentlichungen an die Medien wenden. Wir sind gesprächsbereit und plädieren dafür, gemeinsam Lösungen zu finden und eine Strategie für mehr Klima- und Gewässerschutz zu erarbeiten, anstatt auf einseitigen plakativen Schuldzuweisungen zu beharren.“

Gemeinsame Forderungen

Selbstverständlich ist ein weiterer Zubau von Photovoltaik- und Windenergieanlagen nötig, auch Speichertechnologien müssen dringend weiterentwickelt und in die Breite gebracht werden. Dieser Meinung sind auch die VWB und der LVBW. Bis Speicher auf Wasserstoffbasis, wie sie als eine Lösung genannt werden, allerdings marktfähig sind, werden noch Jahrzehnte vergehen.

Dagegen produziert die etablierte Wasserkrafttechnologie heute schon CO2-freien, qualitativ hochwertigen Strom. „Nach Abschaltung der nuklearen und fossilen Kraftwerke wird die Wasserkraft rund 50 Prozent der wichtigen stabilen und gesicherten Energieerzeugung in Bayern leisten. Die kleine Wasserkraft hat daran immerhin einen Anteil von rund zehn Prozent und ist damit systemrelevant“, betont Lang.

Technologiemix: Miteinander statt gegeneinander

Den bayerischen Wasserkraftverbänden liegt es fern, Erneuerbare-Energien-Technologien gegeneinander auszuspielen. Das Miteinander ist notwendig, aber selbstverständlich auch Maßnahmen wie höhere Energieeffizienz und mehr Energieeffizienz. „Da sehen wir wichtige Berührungspunkte“, erklärt Schweiger mit Bezug auf das Positionspapier.

Die Allianz, die sich mit einer Kampagne gegen die kleine Wasserkraft gebildet hat, ist zu hinterfragen. „Es ist ja nicht so, dass Sportangler keinen Einfluss auf den Fischbestand haben. Und auch Kanuten bewegen sich im und am Wasser“, betont Lang. „Wir sehen keinen Grund, dies zu beklagen oder dagegen Stimmung zu machen. Aber wir erheben den Anspruch, dass man uns mit einer bewährten, laufend modernisierten Technologie weiter regenerativen Strom erzeugen lässt und auch die Wirtschaftlichkeit, die für viele kleine und mittelständische Anlagenbetreiber ohnehin gefährdet ist, nicht durch weitere überzogene Auflagen beeinträchtigt.“

Bitte um ausgewogene Berichterstattung

An die Medien appellieren die bayerischen Wasserkraftverbände, ausgewogen zu berichten und auch die Argumente der Wasserkraftseite in ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen. „Auch hier gilt unser Gesprächsangebot und wir laden Journalistinnen und Journalisten herzlich zum Besuch von Wasserkraftanlagen ein, damit sie sich selbst ein Bild machen können. Und selbstverständlich stehen wir immer für Fragen und Erklärungen zur Verfügung“, unterstreicht Fritz Schweiger.

Was die Naturschutzverbände betrifft, so vertrauen der LVBW und die VWB darauf, dass sie sich auch mit der Tatsache auseinandersetzen werden, dass die Wasserkraft einen wertvollen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz leistet. Letztlich tragen Wasserkraftanlagen durch die Reduktion von CO2-Emissionen auch zum langfristigen Erhalt der Lebensbedingungen für Fische, andere Lebewesen und Pflanzen in Gewässern bei. □



Kleine Wasserkraftanlagen erzeugen dezentral, nachhaltig und CO2-neutral Strom. Bild: Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB)

Weg frei für die Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH

In der Gesellschafterversammlung des EBERwerks haben die Gesellschafter, 19 Kommunen im Landkreis Ebersberg, den Weg für die Gründung der „Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH“ geebnet.

Dem Beschluss in der EBERwerk-Gesellschafterversammlung vorangegangen sind Beschlüsse in den 19 Stadt- und Gemeinderäten mit dem Ziel, eine per EBERwerk-Satzung erforderliche Mandatierung der Bürgermeister*innen freizugeben, damit diese einen Beschluss in der Gesellschafterversammlung des EBERwerks fassen können. Mit Ausnahme der Gemeinde Forstinning haben sich die Stadt- und Gemeinderät*innen dafür ausgesprochen.

Mit einem klaren Votum bei einer Gegerstimme stimmten nun die Vertreter*innen in der Gesellschafterversammlung für eine gemeinsam mit der Bürgerenergie im Landkreis Ebersberg eG zu gründende „Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH“, mit dem Ziel, die kurz vor Inbetriebnahme befindliche Freiflächenphotovoltaik-Anlage in Haus bei Markt Schwaben zu betreiben.

Der Name der Gesellschaft deutet auch den Zweck dieser Mission an: Zum einen soll die Ökostromproduktion aus Erneuerbaren Quellen im Landkreis ausgebaut werden und unter dem Namen EBERstrom für Bürger*innen und Unternehmen im Landkreis erhältlich sein.

Landkreis Regensburg:

Sonne, Wind und Wasser decken Großteil des Strombedarfs

Seit Sommer 2019 bietet der Landkreis Regensburg auf seiner Homepage mit dem EnergieMonitor des Bayernwerks ein kostenfreies nutzbares Online-Tool, um sich über die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien im Landkreisgebiet zu informieren. Tagesaktuell wird die Stromerzeugung dem Gesamtstromverbrauch gegenübergestellt und vermittelt einen anschaulichen Eindruck zum Beitrag erneuerbarer Energien für die Stromversorgung der Region.

Für den EnergieMonitor kooperieren die fünf regionalen Netzbetreiber Bayernwerk (Tool-Anbieter), die Energieversorgung Heider, die REWAG Netz GmbH, die Stadtwerke Hemau und die Stromversorgung Schierling eG.

Durch den EnergieMonitor liegt nun erstmals eine Jahresauswertung der Strombilanz des Landkreises Regensburg auf der Basis der Netzabsatzdaten für das Gesamtjahr 2020 vor. Demnach konnten – rein rechnerisch – fast 90 Prozent des Gesamtstrombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Photovoltaik hat mit 57 Prozent den größten Anteil an der Jahresstromerzeugung, gefolgt von der Wasserkraft (28 Prozent), der Windenergie (9 Prozent) und der Bioenergie (5 Prozent).

„Wir betreiben im Landkreis seit vielen Jahren eine aktive und engagierte Klimaschutz- und Energiepolitik“, so Landrätin Tanja Schweiger. „Auch wenn wir hier schon auf einem guten Weg sind – für das Gelingen der Energie-

Photovoltaik-Anlage wird damit zu einem Bestandteil des bestehenden Erzeugungs-Pools aus Biogas-, Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen. Unter www.eberstrom.de können Interessent*innen sich über den EBERstrom-Tarif informieren und einfach und unkompliziert den Wechsel zum EBERstrom abschließen.

Finanzielle Beteiligung ermöglichen

Zum anderen soll über die Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH eine finanzielle Beteiligung von Bürger*innen ermöglicht werden. Hierfür ist eine Zusammenarbeit des EBERwerks und der Genossenschaft Bürgerenergie im Landkreis Ebersberg eG (BEG) geplant, die 49% an der Anlage halten und darüber hinaus ihren Mitgliedern eine finanzielle Beteiligung anbieten soll. Über die Beteiligungsmöglichkeit informiert die BEG ihre Mitglieder zu gegebener Zeit.

Auf diesem Wege möchten BEG und EBERwerk gemeinsam nachhaltigen Strom erzeugen, der in der Region produziert und verbraucht und von Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. □

Große Bühne für den Klimaschutz

Amberg-Sulzbacher Land und Staatsministerium laden zum Energiedialog ein

Jeder kann mitmachen, um die Energiewende voranzutreiben und gemeinsam eine lebenswerte Energiezukunft in den Regionen aufzubauen. Dazu fordern das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und das Amberg-Sulzbacher Land auf und laden alle Interessierten mit diversen Veranstaltungsreihen zum Energiedialog ein.

Unter dem Label Team Energiewende Bayern startet das Ministerium Mitte April die erste von drei Themenwochen, die die öffentliche Aufmerksamkeit jeweils auf ein spezielles energiepolitisches Oberthema lenken soll. Die Stadt Amberg und der Landkreis Amberg-Sulzbach unterstützen das Vorhaben laut einer Pressemitteilung des Landratsamtes unter anderem mit der Klimaschutzwoche, die vom 30. April bis zum 9. Mai unter dem Titel „Raum für Mehr“ über die Bühne geht.

In einem Schreiben an die bayerischen Landräte bittet Staatsminister Hubert Aiwanger darum, „die Initiative Team Energiewende Bayern zu unterstützen, um den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern die Energiewende vor Ort näher zu bringen“. Damit rennt der Minister im Amberg-Sulzbacher Land offene Türen ein. Denn „die Themen Nachhaltigkeit und klimafreundlicher Landkreis haben wir in unserem Leitbild Deine Zukunft. 2030 fest verankert. Das bedeutet, dass wir dem Klimaschutz seit Jahren eine große Bühne geben und ihn mit vielen Mitstreitern auf verschiedenen Ebenen strategisch vorantreiben. Umso mehr freuen wir uns darauf, die Initiative Team Energiewende Bayern aktiv zu unterstützen“, erklärt Landrat Richard Reisinger.

Als aktuelles Beispiel nennt der Landkreischef die anstehende Klimaschutzwoche, zu der Reisinger gemeinsam mit der Stadt Amberg und dem Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit e.V. (ZEN) zum vierten Mal einlädt. „Vom 30. April bis zum 9. Mai 2021 wird es eine Reihe von Vorträgen und Aktionen geben, die sich mit diversen Facetten der Energiewende befassen“, berichtet der Klimaschutzkoordinator des Landkreises Amberg-Sulzbach, Joachim Scheid. So sieht das Programm beispielsweise Wanderungen und Fahrradtouren für die ganze Familie, eine Holzhausbesichtigung, Web-Konferenzen zu „Nachhaltigen Geldanlagen“ so-

wie Podcasts und Online-Vorträge rund um den Dreiklang Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energiequellen vor. „Dieses Jahr verlegen wir alle Informationsveranstaltungen ins Internet, so dass wir sie definitiv anbieten können, egal wie sich das Infektionsgeschehen weiterentwickelt“, ergänzt die Amberger Klimaschutzmanagerin Corinna Loewert. Vergangenes Jahr musste die Klimaschutzwoche kurzfristig aufgrund der Virusausbreitung abgesagt werden.

Auftakt mit Pressegespräch

Den Auftakt bildet am Freitag, den 30. April, das Pressegespräch mit Landrat Richard Reisinger, Oberbürgermeister Michael Cerny, der Klimaschutzmanagerin der Stadt Amberg, Corinna Loewert, dem Klimaschutzkoordinator des Landkreises, Joachim Scheid, und dem ZEN-Vorsitzenden Florian Junkes. Bei dem anschließenden ökumenischen Gottesdienst im Maltesergarten mit Dekan Brunner von der Pfarrei St. Georg in Amberg sowie Dekan Schötz von der Christuskirche in Sulzbach-Rosenberg werden die Fahrräder geweiht, die gleich danach beim Amberger „Stadtradeln“ zum Einsatz kommen können. Das genaue Programm der Amberg-Sulzbacher Klimaschutzwoche ist unter www.zen-ensdorf.de eingestellt.

Erste Themenwoche

Schon gut zwei Wochen vorher lädt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Rahmen von Team Energiewende Bayern zu seiner ersten Themenwoche ein. Bis zum 25. April geht es in allen bayerischen Kommunen und Landkreisen, die daran teilnehmen, um die „Mobilität“.

Zusammen mit Partnerinitiativen will das Ministerium informieren und Fakten vermitteln, Leuchtturmprojekte vorstellen, zum Mitmachen anregen und Akzeptanz

fördern. Mit dabei ist das Amberg-Sulzbacher Land. „Die Frage, wie wir die Mobilitätsströme in unserem Landkreis zukunftsfähig und klimafreundlich gestalten, ist ein wesentlicher Aspekt innerhalb unserer Nachhaltigkeitsstrategie und hat bei uns längst Fahrt aufgenommen. Deshalb bringen wir uns hier aktiv mit ein“, kündigt Landrat Richard Reisinger an.

Online-Vorträge zur Mobilität

Unter der Leitung von Regionalmanagerin Katharina Schenk, wurden in Zusammenarbeit mit der Mobilitätswerk GmbH auf Basis von Bürgerbefragungen und Expertengesprächsrunden Maßnahmen für eine zukunftsfähige Mobilität im Landkreis Amberg-Sulzbach und der Stadt Amberg erarbeitet. Das Projekt und die Ergebnisse werden die Mobilitätswerk GmbH und Katharina Schenk am 4. Mai ab 18 Uhr in einem Online-Vortrag vorstellen.

„Es kristallisiert sich heraus, dass neben der möglichen Einrichtung einer Kompetenzstelle Mobilität vor allem in den Bereichen Bedarfsverkehre Verbesserungsbedarf gesehen wird. Zudem sollen bereits bestehende Angebote mehr ins Bewusstsein gerückt werden“, verrät Schenk. Einen Tag später, am 5. Mai, geht es von 17 Uhr bis 18.30 Uhr um die e-Mobilität. In ihrem Online-Vortrag referiert Annette Schwabenhaus, Beraterin für Elektromobilität bei der Handwerkskammer, zum Thema: „So fahren Sie mit Ihrem e-Fahrzeug in die Welt.“

Reinhören kann man ohne Voranmeldung ganz einfach unter dem Link www.zen-ensdorf.de/klimaschutzwoche.html.

Schon im Juli folgt unter der Regie des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie die nächste Themenwoche. Vom 12. bis 25. Juli steht das Thema „Wärme“ im Rampenlicht, vom 15. bis 28. November richtet sich der Fokus auf das Thema „Strom“.

Nähere Infos stellt das Ministerium unter www.TeamEnergie-wende.bayern bereit. Alle Präsenzveranstaltungen finden unter Berücksichtigung der gültigen Corona- und Hygieneschutzmaßnahmen statt. □

Bayernwerk feiert runden Geburtstag:

100 Jahre Energie für Bayern

Regensburg. Vor genau 100 Jahren wurde das Bayernwerk auf Initiative von Oskar von Miller gegründet. Die Vision des Gründers und berühmten Energiepioniers war es, Strom aus Wasserkraft über bayernweite Netze zu verteilen. Mit dem Bayernwerk nahm sie eine konkrete Form an. Es war am 5. April 1921, als die Gründung des Unternehmens auf Initiative von Oskar von Miller in München schriftlich besiegelt wurde.

100 Jahre Bayernwerk sind für das heutige Energieunternehmen mit Sitz in Regensburg vor allem ein Anlass, nach vorne zu schauen: „Oskar von Miller hat sich die Elektrifizierung Bayerns zur Lebensaufgabe gemacht und mit dem Bayernwerk das gesellschaftliche Leben verändert. 100 Jahre später geht es wieder um grundlegende Veränderungen unserer Energieversorgung. Wieder lautet die Aufgabe, ein neues Energiesystem zu schaffen, das auf Basis Erneuerbarer Energien ein nachhaltiges Leben ermöglicht. Wieder spielen Energienetze eine zentrale Rolle. Und wieder sehen wir uns als heutiges Bayernwerk in der Verpflichtung, Energiezukunft zu gestalten“, richtet Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, den Blick in die Zukunft.

Jahrzehnt der Veränderung: Eine CO2-freie Energiezukunft im Blick

Das Energiesystem der Zukunft vernetzt die Gesellschaft. „Schon jetzt haben wir mehr als 300.000 regenerative Erzeugungsanlagen in unser Netz integriert und es werden ständig mehr. Das ist aber nur eine Seite. Eine CO2-freie Zukunft erreichen wir nur, wenn mehrere Sektoren wie Erzeugung, Mobilität und der Lebensraum der Menschen ineinandergreifen. Digitalisierung, Modernisierung und der Ausbau unserer Stromnetze spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle. Die Energiezukunft braucht eine innovative Infrastruktur. Und die entsteht jetzt“, sagt Dr. Egon Westphal, Technikvorstand des Bayernwerks.

Personalvorstand Andreas Ladda betont, dass man sich am Anfang eines Jahrzehnts der Veränderung befinde. „Die rasanten technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen müssen wir in unserer Arbeitswelt begleiten. Für unsere Zukunft brauchen wir attraktive, moderne, flexible und digitale Arbeitsmöglichkeiten. Dass das Bayernwerk über so viele Jahrzehnte Pionierarbeit leistet, liegt auch an den hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Unsere Energie lebt stark von deren Nähe zur Region. Das zeichnet uns aus“, erläutert Andreas Ladda, Personalvorstand beim Bayernwerk.

Der Blick nach vorn ist auch ein Blick zurück

Im Laufe der hundertjährigen Geschichte des Bayernwerks kam es zu immer größeren Zusammenschlüssen. Als im Jahr 2000 VIAG und VEBA zu E.ON fusionierten, entstand aus dem Bayernwerk und PreussenElektra gemeinsam E.ON Energie. Der Name „Bayernwerk“ war für einige Zeit sogar ganz aus den Köpfen der Menschen verschwunden. Im Jahr 2013 wurde die E.ON Bayern AG offiziell umfirmiert und es schlug die Geburtsstunde des „neuen“ Bayernwerks. Seitdem arbeitet das Unternehmen an der Energiewende Bayerns.

„Dezentralisierung“ heißt eines der Schlagworte der Energiezukunft. Das betrifft nicht nur die Unternehmensorganisation, sondern auch die Logistik der Energieversorgung. Wenn Energie in Zukunft zu einem großen Teil aus Sonne, Wind oder Bio-

masse entstehen soll, braucht es zahlreiche kleine Anlagen, die über das ganze Land verteilt sind. „Wie seinerzeit Oskar von Miller befinden auch wir uns im Aufbruch“, sagt Dr. Egon Westphal. „Im Grunde gehen wir zurück zu den Anfängen, denn auch damals gab es viele einzelne Kraftwerke, aus denen erst später größere Verbände wurden“, ergänzt Reimund Gotzel.

Energieversorgung für sieben Millionen Menschen

Heute ist die Bayernwerk AG Dachgesellschaft für die Tochterunternehmen Bayernwerk Netz GmbH, Bayernwerk Natur GmbH und weitere Tochtergesellschaften. Mit seinen Energienetzen versorgt das Unternehmen rund sieben Millionen Menschen in Bayern mit Energie. Das Stromnetz umfasst 156.000 Kilometer, das Gasnetz 6.000 Kilometer und das Straßenbeleuchtungsnetz 34.600 Kilometer. In den Energienetzen verteilt das Unternehmen zu 70 Prozent elektrische Energie aus erneuerbaren Quellen.

Der Pionier Oskar von Miller

Der 1855 geborene Oskar von Miller hatte sich schon früh als Bauingenieur und Elektrotechniker einen Namen gemacht. Besondere Aufmerksamkeit wurde ihm zuteil, als er zusammen mit seinem französischen Kollegen Marcel Deprez 1882 die erste elektrotechnische Ausstellung in München organisierte, bei der die erste Fernübertragung von Starkstrom über ein Gleichstromnetz von Miesbach bis zum Glaspalast in München gelang. Mit dem Strom sollte über eine Pumpe ein künstlicher Wasserfall in der Ausstellung in Gang gesetzt werden.

Mit dieser Sternstunde der Energieversorgung leitet auch die Publikation „100 Jahre Energie – Bayernwerk“ in verschiede-

ne Essays zur Energiegeschichte ein. Dort heißt es dazu: „Es war 11 Uhr abends am 25. September 1882. Die Besucher hatten die Elektrizitätsausstellung im eindrucksvollen Münchner Glaspalast bereits verlassen. Die bunten Glühbirnen im mächtigen Theaterbau waren erloschen, auch die nachgebaute Bibliothek, das Restaurant und die Kapelle lagen im Dunkeln. Nur in einer Ecke herrschte Aufmerksamkeit und Betriebsamkeit. Eine kleine Gruppe stand um einen hell erleuchteten künstlichen Felsen, umgeben von hohen Bäumen. Die Zuschauer hielten gespannt den Atem an. Und plötzlich – begann der Motor sich zu drehen, die Pumpe arbeitete und Wasserfall ergoss sich über den Felsen. Begeistert und erleichtert vielen sich zwei Ingenieure in die Arme, was für ein Durchbruch!“

Elektrifizierung Bayerns als Lebensaufgabe

Die Elektrifizierung Bayerns hatte sich von Miller zur Lebensaufgabe gemacht. Schon um die vorletzte Jahrhundertwende hatte er der Bayerischen Staatsregierung entsprechende Pläne vorgelegt. Mit dem Walchenseekraftwerk entstand das damals größte Hochdruckspeicherkraftwerk der Welt. Als es im Januar 1924 den ersten Strom erzeugte, wurde dieser über 1.100 Kilometer lange Leitungen in ganz Bayern verteilt. Noch heute wird dem Gründervater beim Bayernwerk Rechnung getragen. So trägt etwa eine der jüngsten Innovationen des Energieversorgers, ein mobiler Speichercontainer aus den Akkus einiger Elektro-Testfahrzeuge, den Namen „Oskar II.“



Die Bayernwerk-Vorstände Dr. Egon Leo Westphal, Reimund Gotzel (Vorsitzender) und Andreas Ladda (v.l.) blicken auf auf die 100-jährige Unternehmensgeschichte zurück. Bild: Angelika Reitingner/Bayernwerk AG

Beschluss des BDEW-Vorstands:

Leitlinien für die Umsetzung der Wärmewende

Der BDEW-Vorstand hat in seiner Sitzung Leitlinien für die Umsetzung der Wärmewende durch die Energiewirtschaft verabschiedet. In dem Beschluss heißt es: „Der BDEW bewertet eine kosteneffiziente, sichere und ressourcenschonende Wärmeversorgung als gesellschaftliche Notwendigkeit.“

Zudem werden vier Kompetenzfelder definiert, deren Ausgestaltung die Branche als vorrangig betrachtet:

- Bereitstellung von klimaneutralen und zunehmend grünen Energie- und Wärmeträgern,
- ressourcenschonende Nutzung und Weiterentwicklung bestehender Anlagen und Infrastrukturen unter Beachtung der individuellen Gegebenheiten vor Ort,
- die integrierte Betrachtung von Gebäudesystemen, -quartieren und sektorübergreifenden Lösungen inklusive der Ausnutzung der Potenziale der KWK und der Abwärme,
- Bereitstellung eines effizienten Energie- bzw. Wärmenetzesystems

„Für eine erfolgreiche Wärmewende brauchen wir individuel-

le, sozialverträgliche und effiziente Versorgungsoptionen, Dienstleistungen und zunehmend digitale Anwendungen. Dafür setzt sich der BDEW ein“, erklärt BDEW-Präsidentin Marie-Luise Wolff.

„Die Wärmewende ist eine der Herkulesaufgaben der kommenden Jahre. Um das Ziel einer klimaneutralen Wärmeversorgung zu erreichen, braucht es grüne Energie, effiziente Systemtechnik und die Nutzung vorhandener Infrastrukturen. Dies macht den Wärmemarkt schnell und bezahlbar klimaneutral. Die Energiewirtschaft sieht sich als Gestalter dieses Prozesses. Durch wertschöpfungsübergreifende Zusammenarbeit möchten unsere Unternehmen die Wärmewende zum Erfolg machen“, betont Wolff.

SEW Systemtechnik für Energierecycling und Wärmeflussbegrenzung:

Modernste Technologie für das Klima von morgen

Green Deal, Luft als Lebensmittel oder Hygienewelle im Bad: Die erste digitale Ausgabe der ISH, Weltleitmesse für Wasser, Wärme, Klima, platzierte gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich relevante Themen. Insgesamt präsentierten 373 beteiligte Unternehmen dazu ihre Produktinnovationen, darunter die Firma SEW Systemtechnik für Energierecycling und Wärmeflussbegrenzung GmbH in Kempen.

Seit 1983 rüstet SEW Lüftungs- und Klimaanlagen zur keim- und schadstoffübertragungsfreien Wärmerückgewinnung und FCKW-freien Naturkühlung mit hocheffizienter GSWT-Technologie aus. Nach mehr als 1.700 ausgeführten Wärme- und Kälterückgewinnungssystemen sind der Name SEW und die GSWT-Technologie heute ein Synonym für:

- Multifunktionale Kreislaufverbundsysteme
- Keim- und schadstofffreie Wärmeübertragung
- Hohe Rückwärmzahlen und hohe Effizienz
- Hohe Redundanz und Betriebssicherheit
- Substitution von Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistung
- Zerlegbarkeit und Vorortmontage unter beengten Verhältnissen
- Geringe Verschmutzungsneigung und desinfizierbar
- KVS-Systemhersteller mit Wärmetauscher, Hydraulik, Steuerung
- Werksinbetriebnahme und Werkservice

Auch in Bayern kamen die Produkte von SEW bereits vielfach erfolgreich zum Einsatz. So

wurde in der Saturn-Arena in Ingolstadt in multifunktionales und hocheffizientes GSWT-System zur Wärme- und Kälterückgewinnung installiert. Zusätzlich integrierte man die erforderliche Kälteerzeugung zur Luftaufbereitung einschließlich deren Rückkühlung. Das System ist auf Eishockeyspielbetrieb wie auch für Großveranstaltungen ausgelegt. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Entfeuchtung gelegt, um sicher zu vermeiden, dass es bei Eishockeyspielen nicht zur gefürchteten Nebelbildung auf der Eisfläche kommt.

Beispiel: Dräxlmaier Technologiezentrum

Die Vorgabe des Bauherrn, keine sichtbare Technik am Neubau des Dräxlmaier Technologiezentrums in Vilsbiburg zu installieren, konnte durch den Einbau des GSWT-Wärmerückgewinnungssystems realisiert werden. Die Rückkühlung der Kältemaschinen erfolgt dabei über die Fortluft-Einheit der Wärmerückgewinnung in den Klimageräten. Dies spart rund

200 qm an Technikfläche ein. Durch den Verzicht auf Kältemaschinen-Rückkühlwerke werden ca. 1.020 kW Rückkühlleistung eingespart.

Deutsche Flugsicherung

In der DFS Deutschen Flugsicherung in München wurden durch den Einsatz der GSWT-Wärmerückgewinnungstechnologie zur Lufterwärmung und Luftkühlung für die Lüftungstechnischen Anlagen nicht nur erhebliche Leistungseinsparungen erzielt. Die DFS setzt hier vor allem auf höchste Betriebssicherheit. Vier Sicherheitsrückkühlwerke auf reiner Wasserbasis ohne Frostschutzmittel sowie Raumluftkühlgeräte mit zwei separaten Kühlkreisläufen garantieren ein hohes Maß an Sicherheit.

Knorr-Bremse AG

Auch die Knorr-Bremse AG in München profitiert von der GSWT-Wärmerückgewinnungstechnologie: Für die Lüftungstechnischen Anlagen wurden mit einer Außenluftleistung von ca. 265.000 m³/h enorme Leistungseinsparungen erreicht. Durch die integrierte Rückkühlung vermindert SEW die Rückkühlleistung um ca. 3.235 kW. Die Boostfunktion sorgt dafür, dass zusätzlich 4.160 kW und durch die Freie Kühlung 639 kW eingespart werden. DK



WIR FÖRDERN DRUNTER UND DRÜBER

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch Investitionen in die Infrastruktur und in zukunftsweisende Projekte von Kommunen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

Lfa Förderbank Bayern

LBS Bayerische Landesbausparkasse:

Verstärkte Nachfrage nach Wohnimmobilien

Marktspiegel der Sparkassen-Finanzgruppe veröffentlicht

Seit Beginn der Corona-Pandemie hat die Nachfrage nach Wohnimmobilien in Bayern zugenommen. „In den vergangenen zwölf Monaten haben sich insgesamt knapp 190.000 Interessentinnen und Interessenten mit einem konkreten Wohnimmobilien-gesuch bei Sparkassen und LBS in Bayern vormerken lassen. Das waren gut 10.000 mehr als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor. Insbesondere spüren wir seit Mai 2020 mit dem Ende des ersten Lockdowns eine nochmals verstärkte Nachfrage für Wohnimmobilien“, sagte Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungsgesellschaft, bei der Vorstellung des aktuellen Marktspiegels der Sparkassen-Finanzgruppe.

„Mit dem Marktforscher Feed-baxx hat die LBS-Gruppe im vergangenen August Menschen im Alter von 20 bis 45 Jahren befragt. In Bayern waren 84 Prozent der Meinung, dass ein schönes Zuhause durch Corona wichtiger denn je ist. 38 Prozent der Mieter sagten, dass die Pandemie ihren Wunsch nach einer eigenen Immobilie verstärkt hat“, erklärte Erwin Bumberger, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern.

Insgesamt konnten die Makler von Sparkassen und LBS im vergangenen Jahr 8.129 Kaufimmobilien mit einem Gesamtwert von 3,2 Milliarden Euro vermitteln. „Mit der Steigerung des vermittelten Objektvolumens um vier Prozent wird unsere Position als größter Makler im Freistaat erneut bestätigt“, so Fraunholz.

Preisanstieg hat sich fortgesetzt

Der durchschnittliche Kaufpreis für Häuser und Wohnungen aus dem Bestand, die LBS und Sparkassen im vergangenen Jahr vermittelt haben, ist um elf Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen auf 338.220 Euro. Insgesamt betrug der Preisanstieg für gebrauchte Wohnimmobilien in Bayern in den vergangenen zehn Jahren 123 Prozent. Basis dieser Berechnung sind mehr als 58.000 in diesem Zeitraum vermittelte Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen.

Die Immobilienpreise unterscheiden sich regional erheblich. Grundsätzlich sind Häuser und Wohnungen im Norden Bayerns deutlich erschwinglicher als im

Süden. Ein übliches gebrauchtes Einfamilienhaus in einer mittleren bis bevorzugten Lage kostet in 13 bayerischen Landkreisen in der Regel weniger als 250.000 Euro. Ein Vielfaches, nämlich mehr als 800.000 Euro kostet ein solches Haus dagegen im Stadtgebiet von Erlangen sowie in den Landkreisen Erding, Freising, Dachau, Rosenheim und Lindau. Mehr als eine Million Euro muss investiert werden, um ein vergleichbares Haus am Tegernsee, in Garmisch-Partenkirchen, Rosenheim oder in den stadtnahen Gemeinden der Landkreise Ebersberg, Fürstfeldbruck oder Bad Tölz-Wolfratshausen kaufen zu können. In der Stadt und im Landkreis München sowie im Landkreis Starnberg liegen die Preise nochmal etwa zwanzig Prozent höher.

Detaillierte Preislandkarten und Tabellen für jeden Regierungsbezirk

Detailliert gibt der neue Marktspiegel der Sparkassen-Finanzgruppe Auskunft zu den Preisen vor Ort. Dieser enthält die Preisspannen für Baugrundstücke, Häuser und Eigentumswohnungen in allen bayerischen Landkreisen einschließlich ihrer verschiedenen Teilregionen. Ab sofort ist der Marktspiegel mit allen Informationen abrufbar im Internet unter www.sparkassen-immo.de. Die flächendeckende Präsenz der Makler von Sparkassen und LBS ermöglicht diese in Bayern einmalige Kaufpreissammlung.

Eine wesentliche Ursache für die seit Jahren hohe Nachfrage

nach Wohnimmobilien in Bayern ist der Zuzug aus anderen Bundesländern und dem Ausland. „Der wichtigste Einflussfaktor für den Immobilienmarkt bleibt: Der Zuzug ist zwar durch die Pandemie gebremst worden. Dennoch prognostiziert das Landesamt für Statistik, dass bis 2039 über 400.000 mehr Menschen in Bayern leben werden als heute“, betonte Bumberger. „Die anhaltend hohe Nachfrage bei einem gleichbleibend zu geringen Angebot kann zu einem erneuten Anstieg der Kaufpreise führen. Sollte sich die Corona-Pandemie über einen längeren Zeitraum auf die Einkommen der Beschäftigten in einzelnen Branchen oder den Arbeitsmarkt insgesamt auswirken, könnte dies die Nachfrage nach Wohnimmobilien im Laufe des Jahres auch negativ beeinflussen“, so Fraunholz.

Die Corona-Pandemie habe den Trend, dass vor allem Familien in das Umland von Ballungsräumen ausweichen, verstärkt. Städtische Lagen würden aber auch künftig gefragt sein, erwartet Fraunholz: „Die jungen, noch ungebundenen Menschen werden auch nach Corona in die urbanen Zentren ziehen. Und wenn die Kinder aus dem Haus sind, wird es für viele Menschen in der

Verein Europäische Metropolregion München:

Preis für Baukultur 2020

Bereits zum dritten Mal hat der Verein Europäische Metropolregion München den Preis für „Baukultur – Wachstum mit Qualität“ verliehen und kürte damit sowohl Orte für gutes Zusammenleben als auch „gemischt genutzte Quartiere, Stadt- und Ortsteilzentren“, die besonders beispielhaft mit der Herausforderung Wachstum umgehen. Insgesamt acht Projekte aus der Metropolregion München erhielten eine Auszeichnung.

Vor mehr als 160 Zuschauern wurden geistige Urheber, Bauherren und politisch verantwortliche Personen der Gewinnerprojekte virtuell gewürdigt. In ihrer Videobotschaft betonte die Schirmherrin, Staatsministerin Kerstin Schreyer, dass „gerade im Kulturstaat Bayern die Baukultur eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe“ sei. „Beim Bauen darf Quantität nicht vor Qualität gehen, das gebaute Umfeld und damit die Baukultur haben schließlich große Auswirkungen auf die Menschen“, so Schreyer. Wie Baukultur auch weiterhin gestärkt werden kann, stellte Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk in ihrem Impulsvortrag zur geplanten Internationalen Bauausstellung in der Metropolregion vor.

Neue Dorfmitte Denklingen

Der Preis für Baukultur ging an das Projekt „Neue Dorfmitte Denklingen: Gasthof Hirsch – Umnutzung zum Rathaus und Bürgersaal“ (Bauherr: Gemeinde Denklingen). Der unter Denkmalschutz stehende Gasthof Hirsch wurde im Jahr 1668 errichtet und stand im Jahr 2014 zum Verkauf. Auf der Basis zweier Machbarkeitsstudien und begleitender, intensiver Bürgerbeteiligung kaufte die Gemeinde den leerstehenden Gasthof in der Ortsmitte, um ihn zum neuen Rathaus mit Bürgersaal umzubauen.

Das Rathaus bildet gemeinsam mit dem umgebenden Rathausplatz, für den im Jahr 2017 ein zweistufiger Realisierungswettbewerb im Rahmen des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) durchgeführt wurde, die neue Ortsmitte der Gemeinde. Gefördert wurde die Sanierung des Gebäudes

sogenannten Empty-Nest-Phase wieder attraktiv, an den Stadtrand bzw. in die Zentren zu ziehen. Dieser Trend wurde durch die Corona-Pandemie zwar unterbrochen, doch wir sind uns sicher, dass die Lebendigkeit und die Erlebnisstärke in den Städten ihre Anziehungskraft wiedergewinnen werden.“

Förderung von Wohneigentum

Bumberger betonte, es sei weiterhin eine wichtige Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass mehr Wohnraum entsteht. „Da auch die Stärkung von Vermögensbildung und privater Altersvorsorge auf der politischen Agenda steht, ist eine logische Folgerung, dass es für die Menschen leichter werden muss, Wohneigentum zu erwerben. Dafür ist es erforderlich, an den richtigen Orten genug zu bauen, Erwerbsnebenkosten und Baukosten zu verringern, attraktive Regionen zu schaffen, um Druck aus den Städten zu nehmen, und die Eigenkapitalbasis von angehenden Wohneigentümern zu stärken.“

Das bis März erhältliche Baukindergeld sowie die bayerische Eigenheimzulage hätten dazu erfolgreich beigetragen. Bumberger: „Deshalb würden wir eine Neuauflage dieser Maßnahmen, von der in großer Zahl Menschen mit mittleren und geringen Einkommen profitiert haben, sehr begrüßen. Auch die Verbesserung der Wohnungsbauprämie ist ein wichtiger Beitrag dazu, das Sparen zu fördern und die Eigenkapitalbildung zu stärken.“

Masse mit Klasse

Positionen von BAK, BlnGK, BDA und dena zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums

Die Planerverbände Bundesarchitektenkammer (BAK), Bundesingenieurkammer (BlnGK), Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA und Deutsche Energie-Agentur (dena) haben ein gemeinsames Positionspapier „Quantität nie ohne Qualität – gebaute Umwelt zukunftsgerecht gestalten“ erstellt. Beschrieben werden zentrale Anforderungen, um bezahlbaren Wohnraum bedarfsgerecht, nachhaltig und schnell zu schaffen.

Nach Auffassung der Planerverbände sind die bisherigen Aktivitäten der Bundesregierung, zum Beispiel mit der Baulandkommission, eine geeignete Grundlage für die Schaffung eines adäquaten Angebots an bezahlbarem Wohnraum. Zugleich bedürfe es hierzu dringend weiterer staatlicher Maßnahmen und Investitionen. Passende Förderinstrumente und steuerliche Anreize, insbesondere mehr Flexibilität auf der planungs- und bauordnungsrechtlichen Ebene könnten die benötigten Potenziale für mehr bezahlbaren Wohnraum, aber auch für Baukultur und Nachhaltigkeit aktivieren. Das gemeinsame Positionspapier formuliert hierzu vier Prämissen und benennt konkrete Maßnahmen.

1. Qualität des Wohnens schafft Baukultur: Gebaute Umwelt wirkt langfristig. Quantität muss zwingend mit Qualität einhergehen. Insbesondere kommunale Auslober wie Wohnungsbauunternehmen sollten zur Anwendung qualitätsorientierter Kriterien bei der Vergabe verpflichtet werden. Öffentliche Kredit- und Fördermittel im Wohnungsbau

sind an die verbindliche Auslobung von Planungswettbewerben und konkurrierende Vergabeverfahren zu binden.

2. Potenziale im Bestand nutzen: Klima schützen und Ressourcen schonen: „Umbaukultur“ implementieren, damit die Potenziale des Bauens im Bestand – Umnutzungen, Aufstockungen, Verdichtungen – aktiviert werden können. Potenziale und Hindernisse bei Aufstockungen und Umnutzungen verifizieren, z.B. durch wettbewerblich ermittelte Modellprojekte „Bauen ohne Grundstück“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau. Ökologischen Fußabdruck unter Beachtung der grauen Energie als zusätzliche Ziel-, Planungs- und Nachweisgröße etablieren.

3. Integrierte Entwicklungskonzepte und soziale Bodenpolitik sind Grundlage bezahlbaren Wohnungsbaus: Um gemischte und lebendige Städte und Quartiere auch mit Blick auf Freiräume und Mobilitätskonzepte zu fördern, sollten alle Hindernisse für die Nutzung integrierter Stadtentwicklungsinstrumente beseitigt werden und die Baunutzungsverordnung, die nach wie vor vom Gedanken der Funktionstrennung geprägt ist, an veränderte Rahmenbedingungen – Klimaschutz, Migration, Mobilität und Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung – angepasst werden. Zudem bedarf es neuer Konzepte zur Belebung der Innenstädte, unter anderem durch verstärkte Integration von Wohnungen und wohnverträglichen Arbeitsplätzen, um Vielfalt und damit die Stadt der „kurzen Wege“ zu ermöglichen. Ideen- und Planungswettbewerbe sind hierfür bewährte Instrumente.

Die Implementierung einer sozial gerechten Bodenordnung ist eine drängende Grundsatzfrage. Baulandnachfrage und -spekulation bestimmen maßgeblich den Preis von Boden. Im Gegensatz zu anderen „Konsumgütern“ ist Boden nicht vermehrbar. Hier ist u.a. dringend eine Grundsteuerreform, hin zu einer Bodenwertsteuer, notwendig. Insbesondere aus Nachhaltigkeitsaspekten sollte das Ziel weiterverfolgt werden, den Flächenverbrauch zu minimieren („30-ha-Ziel“).

4. Qualifizierung sicherstellen und Nachwuchs fördern: Initiative analog „Industrie 4.0“ auch für das Planungs- und Bauwesen schaffen. Angebote der öffentlichen Hand für eine Verwaltungslaufbahn erhöhen und Leitungsfunktionen mit qualifizierten Architekten und Ingenieuren besetzen. Eine mittelstandsfreundliche Ausschreibungs- und Vergabeprozess muss sicherstellen, dass sich qualifizierte Planer auch aus kleineren und mittleren Büros in den Planungs- und Bauprozess einbringen können. Unangemessen niedrige Schwellenwerte für Planungsleistungen, überzogene Zugangskriterien und zu aufwändig gestaltete Vergabeverfahren verhindern die Beteiligung qualifizierter kleinerer und mittlerer Büros an Ausschreibungen.

BAK, BDA, BlnGK und dena gehen davon aus, dass die von der Baukostenenkommision, dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen sowie im Rahmen der Wohnraumoffensive und der Baulandkommission erarbeiteten Vorschläge und Maßnahmenempfehlungen konsequent weiterverfolgt und umgesetzt werden. **DK**

Digitales Gründerzentrum ANSWERK geht an den Start

Start frei für das Digitale Gründerzentrum ANSWERK von Stadt und Landkreis Ansbach: Ab Mai 2021 soll es dazu beitragen, die Region zu einer Vorbildregion für Innovation und Digitalisierung im ländlichen Raum zu entwickeln. Dabei stehen die Beratung zu Unternehmensgründung und digitaler Transformation sowie die Vernetzung von Unternehmen aus der Region mit Gründerteams im Vordergrund.

Das vom Freistaat Bayern geförderte Gründerzentrum befindet sich an zwei Standorten: In der Stadt Ansbach im Posthof sowie am Innovationscampus Merkendorf der Hochschule Weihestephan-Triesdorf. Partner des Projekts sind Stadt und Landkreis Ansbach, die IHK Nürnberg für Mittelfranken, die Handwerkskammer für Mittelfranken sowie die Hochschulen Ansbach und Weihestephan-Triesdorf.

Nach den Worten von Ansbachs Oberbürgermeister Thomas Deffner „ist das neue digitale Gründerzentrum für die Stadt und den Landkreis Ansbach ein großer Gewinn. Ich wünsche mir, dass sich das ANSWERK mit seinen modernen Räumen zu einer Anlaufstelle für die digitale Szene und einem Inkubator für innovative Geschäftsmodelle entwickelt.“

Für Landrat Dr. Jürgen Ludwig handelt es sich hier um einen großen Erfolg, da es dadurch möglich ist, auch für den Hochschulstandort Triesdorf weitere Flächen für das digitale Gründerzentrum anzubieten. „Der gemeinsam ge-

tragene Prozess ist ein weiterer wichtiger Schritt, jungen Menschen in der Region weitere Perspektiven im Gründungsbereich bieten zu können.“

Das ANSWERK soll Gründer, Unternehmen und Schüler ansprechen. Es bietet nicht nur einen Ort für Kreativität, Austausch, Vernetzung und Beratung, sondern auch ein Zentrum, an dem gemeinsame Projekte umgesetzt, Innovationen entstehen und Unternehmen gegründet werden sollen. Gründungsinteressierte sowie die Unternehmen aus der Region sind herzlich eingeladen, sich über das für sie passende Angebot zu informieren.

OB Deffner sieht ein großes Potenzial im neuen Gründerzentrum: „Rund die Hälfte der deutschen Bevölkerung lebt nicht in Großstädten, während viele digitale Innovationen in den Ballungszentren entwickelt werden. Die Gründer*innen im ANSWERK können mit ihren Ideen noch wegweisende Innovationen mit großem Nutzen auf den Weg bringen.“ **DK**

Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V.

Wer schützt die gebaute Heimat?

Plädoyer für eine systematische Innenentwicklung

Der im Jahr 2017 eingeführte neue Paragraf § 13b Baugesetzbuch (BauGB) schuf ein vereinfachtes, beschleunigtes Verfahren zur Ausweisung von Neubaugebieten an Ortsrändern für den Wohnungsbau. Der Paragraf war bis Ende 2019 befristet, wurde aber im Zuge des Baulandmobilisierungsgesetzes bis Ende 2022 verlängert. Der Landesverein für Heimatpflege e.V. beobachtet die daraufhin entstandene „Goldgräberstimmung“ um die Ausweisung von Bauland, vor allem in den ländlichen Kommunen, im Hinblick auf Klimaschutz und Flächenverbrauch mit Sorge.

„Das Bauwesen verantwortet aktuell einen Anteil von mehr als einem Drittel am heimatischen Ressourcenverbrauch und der Energieaufwand für den Betrieb des Gebäudebestandes nimmt weiter zu. Fossile Energieträger, die nach wie vor den Großteil des Bedarfs decken, aber auch Baumaterialien und nicht zuletzt Grund und Boden stehen nun einmal nur endlich zur Verfügung“, erklärt Prof. Dipl.-Ing. Florian Nagler, Inhaber des Lehrstuhls für Entwerfen und Konstruieren an der TU München und Vorstandsmitglied des Landesvereins.

Am Ortsrand und im Außenbereich der ländlichen Räume sollte daher grundsätzlich auf die Ausweisung von Neubaugebieten verzichtet werden. Schon seit längerem nämlich ist insbesondere auf dem Land die Tendenz einer Entvölkerung der Ortskerne festzustellen.

Potenziale in den Ortskernen

Maßgebliche Ursache hierfür sind wachsende und ausufernde Einfamilienhausgebiete und Handelsstandorte in den Außenbereichen. Dabei bilden leerstehende alte Wohngebäu-

de oder nicht mehr bewirtschaftete Höfe für die Wiederbelebung der Ortsmitte ein großes und wertvolles Potenzial. Darüber hinaus gilt es, das Wohnen – auch für Senioren – in den gewachsenen Ortszentren zu sichern. Dies kann nur über eine entsprechende Attraktivität in den Ortskernen mit ihren historischen Gebäuden, den öffentlichen Aufenthaltsräumen und privaten Freibereichen gelingen.

Innenentwicklung vor Außenentwicklung

In diesem Sinne setzt sich der Landesverein vorbehaltlos für die Verwirklichung des Grundsatzes „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ein und dies schließt auch die Deckung des Wohnraumbedarfs ein.

„In den meisten Gemeinden stehen umfangreiche Potenziale zur Entwicklung im Bestand bereit: Baulücken, Brachflächen, Leerstände, untergenutzte Gebäude etc. Diese müssen für eine flächensparende Siedlungsentwicklung zunächst durch ein systematisches kommunales Innenentwicklungsmanagement erfasst und mobilisiert werden, bevor neues Bauland ausgewiesen wird“, so Dipl.-Ing. Andrea Gebhard, Vorsitzende der Initiative „Wege zu einem besseren Landesentwicklungsprogramm in Bayern“ und ebenfalls Vorstandsmitglied.

Unterschiedliche Leitbilder

Im Baulandmobilisierungsgesetz hingegen ist keine Gewichtung zwischen diesen beiden Entwicklungsformen erkennbar. Dies bewertet der Landesverein als großen Mangel. Denn gerade in den ländlichen Lebensräu-

men sollten für die Dörfer mit ihren Ortskernen und für die Außenbereiche mit den Dorfrändern und Zwischenräumen unterschiedliche Leitbilder angestrebt werden. Darüber hinaus sollten leistungsfähigere Formen des flächeneffizienten und verdichteten Wohnungsbaus mit der Ausrichtung auf unterschiedliche Wohnungsgrößen und -formen als Alternativen zum üblichen freistehenden Einfamilienhaus angestrebt werden.

Fehlende Identifikationsmerkmale

Generell wurden und werden die neuen Wohnbauflächen in den ländlichen Räumen gleichmäßig mit Einfamilienhäusern aufgefüllt. Ihr Erscheinungsbild hat in der Gesamtbetrachtung nichts mit der gewachsenen Größenordnung und der Raumbildung in den Ortsmitte gemein. Diese Entwicklung führt zu beliebig anmutenden Ortsrändern ohne Identifikationsmerkmale für die Dorfgemeinschaft. „Wenn sich unsere Baukultur in Zukunft mehr an historischen Beispielen orientiert, werden wir nicht nur einen Beitrag zum verantwortungsvollen Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen leisten, sondern auch einen zeitgemäßen architektonischen Ausdruck finden, der auf Bewährtem aufbaut“, fügt Prof. Florian Nagler hinzu.

Angesichts des demografischen Wandels und der Zunahme kleinerer Haushaltsgrößen lässt sich zudem die Sinnhaftigkeit des klassischen Einfamilienhauses hinterfragen. „In verdichteten Wohnformen anstelle im Einfamilienhaus zu leben, erfordert Mut und Überwindung. Sich darauf einzulassen, kann aber auch neue Freiheiten bezüglich der Aufenthaltsqualität im Freiraum zutage fördern. Gemeinschaftliche autofreie Erschließungs- bzw. Freiräume dienen als entspannte Treffpunkte und schaffen Möglichkeiten für unterschiedliche Aktivitäten aller Altersgruppen.“

Private Freiräume

Voraussetzung dazu ist eine kompetente Planung, die auch sichtgeschützte private Freiräume wie Gärten, Terrassen oder Loggien verwirklicht“, erläutert Dr. Vinzenz Dufter, Referent für Baukultur im Landesverein.

Am Ende nämlich sind Fragen um Bauen und Wohnen auch Fragen des Zusammenlebens und der Gemeinschaft, sodass sich durchaus die, insbesondere an die kommunale Politik gerichtete, Frage formulieren lässt: Wer schützt unsere gebaute Heimat? □

Kostengünstige Straßensanierung:

Intelligente Nanotechnologie

Jetzt hält auch im Tiefbau die Nanotechnologie Einzug. Das bayerische Unternehmen Panmax mit Sitz in Lengdorf nutzt ein intelligentes Verfahren, um Verkehrswege auf besonders umweltschonende und kostengünstige Art zu sanieren. Nicht mehr der aufwändige Bodentausch steht im Vordergrund, sondern die Stabilisierung von Straßenkörper und Tragschichten mit Nanopartikeln und handelsüblichem Zement.

Das Know-how von Panmax empfiehlt sich besonders für den kommunalen Bereich, deshalb setzen bereits viele Gemeinden auf diese elegante Art der Restaurierung von Belägen auf Autostraßen, Fahrradwegen, Parkplätzen, Wirtschaftswegen und Lagerflächen. Die geballte Hightech überzeugt immer mehr Auftraggeber. Neben den reduzierten Kosten im Vergleich zur herkömmlichen Methode kann die Bauzeit erheblich verringert werden. Zugleich wird eine deutlich längere Lebensdauer der so erneuerten Straßen erreicht. Auch die Ökologie kommt nicht zu kurz: Das beim Abtragen der obersten Decke anfallende Material wird vor Ort recycelt und mit einem Silizium-Polymeradditiv sowie Zement aufgepeppt. Das Ergebnis ist ein herausragender Belag mit gesteigerter Tragfähigkeit, verbesserter Elastizität und hoher Frost- bzw. Taubeständigkeit. Besonders attraktiv ist die Tatsache, dass selbst kontaminierte Böden verarbeitet werden können. Das ökologisch unbedenkliche Produkt, vollkommen frei von Mikroplastik, kann überdies in Umweltschutzzonen eingesetzt werden.

Kosten sparen, Zeit gewinnen

Bereits abgeschlossene Projekte bestätigen die Stärken des innovativen Systems. Eine bayerische Gemeinde entschloss sich, die Zufahrt zu einem Ortsteil zu sanieren. Der nicht ausreichend tragfähige Unterbau der Straße befand sich in desolatem Zustand. Vorhandene Böden und die 14 cm dicke Asphalttschicht konnten wiederverwendet werden. So wurde ein ressourcenfressender Bodentausch vermieden. Die Techniker von Panmax schafften die Wiederherstellung von 3.000 qm Fläche in nur einem Tag, und nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit rollte der Verkehr wieder durch die Gemeinde. □

Streifzug durch Mittelfrankens Baugeschichte

Ansbach – Ein einzigartiger Streifzug durch die mittelfränkische Baugeschichte ist die Denkmalprämierung des Bezirks Mittelfranken. Die Veranstaltung ist Dank und Anerkennung für die Preisträgerinnen und Preisträger, die oft über viele Jahre hinweg mit viel Engagement und finanziellem Aufwand die steinernen Zeugen vergangener Zeiten sanieren. Wegen der Corona-Pandemie können die ursprünglich im März geplanten Ehrungsfeiern leider nicht stattfinden. Die von Bezirksstagspräsident Armin Kroder unterzeichneten Dankurkunden werden per Post versandt.

Für die Denkmalprämierung „Dadurch soll nicht nur das öffentliche Bewusstsein für die Wichtigkeit denkmalpflegerischen Handelns und die Leistungen der Akteure gestärkt, sondern auch der hohe Wert einer intakten historischen Baukultur für die Attraktivität einer Region vor Augen geführt werden.“ Bezirksheimatpflegerin und Kulturreferentin Dr. Andrea M. Kluxen stellt in ihrer Einleitung klar: „Ohne Denkmäler wäre unsere Kulturlandschaft nicht nur ärmer, sondern wäre auch keine Kulturlandschaft im eigentlichen Sinne mehr.“

Der Band „Denkmalpflege in Mittelfranken 2020“, ISBN 978-3-7689-0309-7, ist zum Preis von 15 Euro plus Porto per E-Mail: bezirksheimatpflege@bezirk-mittelfranken.de, zu beziehen. □



Die Wohnhausgruppe in der Gemeinde Haundorf in Mittelfranken stellt ein zeitgemäßes Beispiel für flächensparendes Bauen im ländlichen Raum dar. Die beiden langgestreckten Wohngebäude, die jeweils drei Wohneinheiten aufnehmen, übersetzen zugleich die Merkmale der fränkischen Kulturlandschaft in die Gegenwart.

Foto: Thomas Lauer

Barrierefrei 2023. In Günzburg.

Auszeichnung für das Konzept zur barrierefreien Stadt

„Bayern Barrierefrei 2023“ – an diesem Modellprojekt des Freistaates Bayern nahm die Stadt Günzburg erfolgreich teil. Als eine von 16 Modellkommunen wurde in der Großen Kreisstadt gemeinsam mit Betroffenen ein Konzept für die barrierefreie Erreichung entwickelt. Dafür gab es jetzt die Auszeichnung „Bayern barrierefrei“.

Nach umfangreicher Recherche und Planung konnten im Rahmen des Modellprojekts zahlreiche Maßnahmen umgesetzt werden. Insbesondere im Bereich des öffentlichen Raums wurden bedeutende Verbesserungen geschaffen.

Barrierefreier Aufgang Altstadt und Laufwege

Neben dem barrierefreien Aufgang in die Innenstadt einschließlich Lift wurde 2020 im südlichen Teil der Altstadt das bestehende Kopfsteinpflaster durch barrierefreie Laufwege aus Granitplatten ersetzt. Der Umbau bietet nicht nur ei-

nen Vorteil für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, sondern auch ein Mehr an Komfort für Kinderwagen und Fahrräder. Durch die Beschaffenheit des Plattenbelags wurde zusätzlich eine bessere Orientierungsmöglichkeit für Sehbehinderte geschaffen. In den kommenden Monaten gehen die Bauarbeiten in den übrigen Bereichen der Altstadt weiter. „Mit unserer Teilnahme an ‚Bayern barrierefrei2023‘ haben wir uns ins Konzept geschrieben, den Betroffenen die Teilhabe am alltäglichen Leben zu erleichtern. Dazu gehören auch das Erleben und die Teilhabe an unserer malerischen Altstadt. Deshalb ist

die Verbesserung der Zugänglichkeit der Altstadtgassen ein wichtiger Baustein unseres Modellprojekts“, sagt Oberbürgermeister Gerhard Jauernig.

Barrierefreier Zugang städtischer Friedhof

Ein weiteres Augenmerk galt der barrierefreien Umgestaltung des Friedhofs in Günzburg. Die Treppenanlage am Haupteingang wurde im vergangenen Jahr zurückgebaut, sodass nun ein ebenerdiger Zugang möglich ist. Ferner wurden die Hauptwege zu Kapelle, Aussegnungshalle und Durchquerung der Anlage durch den Einbau von bituminösen Wegen – anstatt der bisherigen Kieswege – für mobilitätseingeschränkte Bürger leichter nutzbar. Thomas Burghart, Behindertenbeauftragter der Stadt Günzburg, ist froh über die gelungene Umgestaltung: „Endlich ist der Zugang auch mit dem Rollstuhl problemlos, also ohne im Kies stecken zu bleiben, möglich.“

Informationen zu barrierefreien Angeboten in Günzburg (z. B. ÖPNV, Behindertentoiletten, Parkplätze) sind auf dem im Wesentlichen barrierefreien Internetauftritt der Stadt Günzburg zu finden. Gemeinsam mit dem städtischen Behindertenbeauftragten Thomas Burghart sowie den Vertretern des Arbeitskreises „Barrierefreiheit“ wird das Thema „Barrierefreiheit“ konsequent weiterverfolgt. Insbesondere der barrierefreie Ausbau der malerischen Altstadt mit optimaler Anbindung an den ÖPNV steht auf der Agenda ganz oben. □



Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, Behindertenbeauftragter Thomas Burghart und Georgine Fäßler von der Stadtverwaltung Günzburg freuen sich über die Auszeichnung „Bayern barrierefrei“ für die Stadt Günzburg.

Bild: Julia Ehrlich/ Stadt Günzburg

PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

LANGLEBIGER • SCHNELLER • TRAGFÄHIGER • GÜNSTIGER • ÖKOLOGISCHER

Tel. 08083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Landkreis Miesbach:

Krankenhaus Agatharied fit für die Zukunft

Von Kreiskämmerer Gerhard de Biasio, Miesbach, und RA Dr. Stefan Detig, M.B.A., Pullach

In seiner März-Sitzung verabschiedete der Kreistag des Landkreises Miesbach einstimmig ein großes Umstrukturierungsprogramm und legte damit den Grundstein für zahlreiche Großinvestitionen im und um das Krankenhaus Agatharied in Hausham.

Dort bestehen signifikante Investitionserfordernisse, die einerseits aus einer defizitären quantitativen Raumsituation, jedoch andererseits auch aus qualitativ-strukturellen Problemen resultieren. Das Krankenhaus ist seit über 20 Jahren in Betrieb. Viele Prozesse und Anforderungen haben sich in der Zwischenzeit verändert, wie beispielsweise neu zu integrierende Berufsgruppen (Kodierfachkräfte, Hygienefachkräfte, etc.), geänderte Hygienevorgaben (Einzelboxen auf Intensivstation, geän-

derte Prozesse bei der Aufbereitung von Instrumentarien, etc.) oder auch neue Erkenntnisse, die Standardprozesse beschleunigen und wirtschaftlich optimieren könnten (präoperative Holding, Trennung Einleitung-Saal, Einleitungsholding, etc.). Dazu kommt, dass die auf eine rein stationäre Versorgung von Patienten ausgerichtete Gebäudestruktur den Anforderungen an eine zunehmende Ambulantisierung ebenso nicht gerecht werden kann, wie die Ansiedelung neuer und andersartiger Aufgabenfelder in

den Bereichen Rehabilitation, Spezialpflege und Notfallzentrum.

Hohe Investitionen erforderlich

Diese Anpassung der räumlichen Strukturen des Krankenhauses werden in den kommenden Jahren hohe Investitionen erfordern. Darüber hinaus sind erhebliche Investitionen in die Infrastruktur des Krankenhauses, d.h. BHKW, Parkdeck und Personalwohnungen notwendig. Diese überfordern die Möglichkeiten des bislang zuständigen Kreishaushalts bzw. genauer gesagt den „Eigenbetrieb zur Förderung und Entwicklung des

Landkreises Miesbach“. Dieser bestand seit 2002 aus dem Sondervermögen Krankenhaus Agatharied (Immobilien), dem Sondervermögen Seniorenzentrum „Der Schwaighof“ (Immobilien), dem Sondervermögen gemeinnützige Zwecke sowie dem Sondervermögen Energiegewinnung (u.a. BHKW).

Mit den aktuellen Kreistagsbeschlüssen regelte der Kreistag drei Bereiche grundlegend neu:

Das Eigentum am Krankenhausgebäude wird aus dem Besitz-Eigenbetrieb in die Betriebs-GmbH ausgegliedert. Dabei wird eine neue Grunderwerbsteuerregelung genutzt, um eine Steuerbelastung zu vermeiden. Anschließend wird die GmbH in ein Kommunalunternehmen umgewandelt, um für die anstehenden Investitionen in die dann eigenen Immobilien günstige Darlehensbedingungen zu erzielen. Auf diesem Weg waren neben kommunalrechtlichen, insbesondere auch gemeinnützigkeitsrechtliche Fragestellungen mit der Kommunalaufsicht und den Finanz-



Bild: Krankenhaus Agatharied

ämtern zu klären. Vorausgegangen war eine Auflösung der Miteigentümerstellung mit dem Bezirk Oberbayern, die in den 1990er Jahren entstand, da auf dem ehemals gemeinsamen Areal auch der Bezirk investierte. Eine extern vorgeschlagene Realteilung löste die komplexen zivilrechtlichen Fragestellungen schließlich, die sich bei den anstehenden Großinvestitionen noch vergrößert hätten. Die Herausforderung war hierbei keine Grunderwerbsteuerbelastung auszulösen, was im Ergebnis gelang.

Ferner beschloss der Kreistag die Bereiche Wohnen, Parken und Energie auf eine neue GmbH auszugliedern, die anschließend ebenfalls in ein Kommunalunternehmen formgewechselt wird. Mit weiteren, staatlich geförderten Personalwohnungen wird u.a. kompetentes Klinikpersonal gehalten und sollen neue Mitarbeiter im Wettbewerb mit anderen Kliniken gewonnen werden. Das Kommunalunternehmen soll zudem ein Parkhaus sowie Blockheizkraftwerke und Biomasseanlagen errichten und betreiben. Und schließlich wird die kreiseigene Seniorenzentrum „Der Schwaighof“ GmbH in Tegernsee Eigentümerin der seit Jahrzehnten selbst genutzten Immobilien.

Breite Zustimmung

Landrat Olaf von Löwis konnte zu den sehr umfangreichen Beschlussvorschlägen und Dokumenten aus den Wortmeldungen der Kreistagsmitglieder breite Zustimmung aus allen Gruppierungen feststellen. „Nach lan-

ger und sorgsamer Vorbereitung wurde heute ein historischer Meilenstein für die zukunftsweisende medizinische Versorgung im Landkreis Miesbach passiert, der großen Nutzen für unsere Bürgerinnen und Bürger stiften wird“, fasste von Löwis die einstimmigen Beschlüsse freudig und stolz zusammen. □

Eifelkreis Bitburg-Prüm:

Landrat verklagt Landkreis

Wie die Tageszeitung „Die Welt“ berichtet, will Landrat Joachim Streit die Ausgangssperren nicht durchsetzen. Als Privatperson zieht er gegen die Verordnung vor Gericht, die er selbst anordnen musste.

Im Umfeld einer Firma war es zu 32 Infektionen gekommen, was die Inzidenz in der dünn besiedelten Gegend auf über 100 steigen ließ und eine Ausgangssperre habe verhängt werden müssen. Von der Landesregierung Rheinland-Pfalz sei die Landkreisverwaltung dazu verpflichtet worden. Streit kritisiert laut der Zeitung, dass es keinen Sinn mache „in dem ländlich geprägten Kreis abendliche Spaziergänge zu verbieten.“ □

Klinikum Fürth:

Spatenstich für „gewaltiges Modernisierungsprojekt“

Am Klinikum Fürth ist der Spatenstich für den ersten Bauabschnitt der Erweiterung erfolgt. Im Zuge des Strategiekonzepts „Klinikum 2030“ sind umfangreiche Um- und Neubaumaßnahmen geplant. Gefördert wird das 140 Mio. Euro teure Projekt mit 110 Mio. Euro durch den Freistaat. Damit handelt es sich um eine der größten bislang in Bayern geförderten Einzelmaßnahmen im Krankenhausbereich.

Im ersten Bauabschnitt entsteht ein Funktionstrakt mit einer um vier Operationssäle erweiterten OP-Abteilung und einer vergrößerten Sterilisation. Erstmals wird es am Klinikum Fürth eine eigenständige Intermediate-Care-Station geben für Patienten, die intensivpflegerisch überwacht werden müssen. Hinzu kommt ein prä- und poststationäres Zentrum.

In einem zweiten Bauabschnitt soll das Klinikum Fürth vor allem ein neues Bettenhaus erhalten, mit dem die Gesamtkapazität um fast 100 Betten aufgestockt wird. Im dritten Bauabschnitt ist ein weiterer Neubau insbesondere

für Notaufnahme, Diagnostik, Urologie, Allgemeinpflege, Intensivmedizin und Aufnahmestation angedacht. Der Neubau soll voraussichtlich 2025 fertig gestellt werden. Damit ist der Umbau des Klinikums aber noch nicht abgeschlossen, noch zwei weitere Neubauten sollen entstehen.

Neue finanzielle Dimension

„Bisher waren die neue Feuerwache und das Fürthermare mit Kosten im Bereich von 30 bis 40 Mio. Euro die teuersten Bauprojekte. Heute stoßen wir mit der Klinikum-Erweiterung in eine neue Dimension vor“, stellte

Oberbürgermeister Thomas Jung fest. Der Ausbau der Bettenkapazitäten von derzeit 800 auf 1000 sei angesichts des demographischen Wandels dringend erforderlich. In Fürth Stadt und Land habe die Bevölkerung in den vergangenen Jahren über 20 Prozent zugenommen, weshalb es nur konsequent sei, das städtische Klinikum zu erweitern. Auch die Generalsanierung des denkmalgeschützten Hauptgebäudes sei notwendig, um weiterhin optimale Bedingungen für die medizinische Versorgung kranker Menschen und die wichtige Arbeit des Pflege- und medizinischen Personals zu schaffen.

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek bezeichnete in einer Pressemitteilung den Neubau am Klinikum Fürth als „gewaltiges Modernisierungsprojekt, das die medizinische Versorgung der Menschen in der Region wesentlich verbessern wird“. Der fortschreitende Ausbau einer medizinisch leistungsfähigen Krankenhausversorgung überall in Bayern sei eines der dezentralen Anliegen der bayerischen Ge-

sundheitspolitik. Dies erfordere kontinuierlich hohe Investitionen in Gebäude und Ausstattung.

Holetschek dankte dem Klinikträger für seine fachlich kompetente Vorbereitung und ergänzte: „Der Freistaat wiederum hat den ersten Bauabschnitt zügig im Jahresbauabschnitt-Bauprogramm 2021 eingeplant und sich anschließend noch dafür entschieden, ihn in das Bauprogramm 2020 vorzuziehen. So konnten wir mit 5,7 Mio. Euro Fördermitteln den Krankenhausträger bereits bei der Vorfinanzierung entlasten.“

Holetschek zufolge sind aktuell 142 Krankenhausbauprojekte mit einem Gesamtvolumen von über drei Mrd. Euro zur Finanzierung vorgesehen. Damit nimmt der Freistaat im Ländervergleich eine Spitzenposition ein. Bereits 2018 wurde der jährliche Krankenhausförderetat um 140 Mio. Euro auf 643 Mio. Euro aufgestockt. „Zusammen mit den Kommunen als Finanzierungspartner werden wir diesen erfolgreichen Weg verlässlich weitergehen“, zeigte sich der Minister optimistisch. DK

GZ BLOG

Der steinige Weg zum neuen Krankenhaus

Wie Greenfield-Management dabei helfen kann, Fehler zu vermeiden und die richtigen Schritte zur richtigen Zeit zu machen.

Auch nach Corona wird die Strukturdebatte um Krankenhausstandorte weitergehen. Gerade kleine Standorte in ländlichen Regionen werden wieder ein Thema werden, insbesondere dann, wenn Sanierungsmaßnahmen anstehen. Die Frage einzelne Standorte zu sanieren oder doch lieber eine zentrale Struktur in einem Neubau zu schaffen wird häufiger zu beantworten sein.

Ein neues Krankenhaus. Am besten auf der grünen Wiese gebaut. Nach neuesten Standards, gleichermaßen attraktiv wie effizient. Viele Parkplätze und gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Ein Krankenhaus auf der grünen Wiese hat viele Vorteile – und soll natürlich vor allem den Bestand der medizinischen Versorgung in der Region sichern, weil dort mehr Patienten behandelt werden. Es soll attraktiv sein für neues Personal und am besten auch mit einem umfassenden medizinischen Angebot und modernster Technik punkten. Platz ist ja da – man baut ja neu.

Allerdings ist ein neues Krankenhaus auch: Zunächst einmal immer ein gigantischer Planungsaufwand. Nicht selten ein Kostengrab. Und ein jahrelanges Mammutprojekt, das nicht nur Geld, sondern riesige Ressourcen etwa in der Verwaltung und im Controlling frisst. Denn wie viel Platz braucht man ei-

gentlich? Wie viele Patientenzimmer, Funktionsräume, Operationssäle, Zufahrten, Büros, Lager sind notwendig? Wie sind die angeordnet, damit später Mitarbeiter, Patienten und Angehörige optimale Wege vorfinden? Und muss das medizinische Spektrum erweitert werden, nur weil man es nun noch einplanen könnte? Oder umgekehrt gedacht: Sollte die Gelegenheit nicht genutzt werden, Leistungen zu verändern?

Ein Neubau muss umfassend durchdacht werden

Um hier auf der Basis einer breit angelegten Analyse die richtigen Entscheidungen für die Entwicklung eines Neubaus oder die Sanierung einzelner Standorte treffen zu können und diese dann optimal umzusetzen, sollten rechtzeitig neutrale Experten zu Rate gezogen werden, die sich mit dem sogenannten „Greenfield-Management“ aus-

kennen. Im Zentrum muss dabei eine aussagekräftige Machbarkeitsstudie stehen. Zu ihr gehört neben anderen Elementen eine Marktanalyse, die unbedingt notwendig ist, um künftige Potentiale eines Neubaus genau abschätzen zu können. Schließlich ist ein Krankenhaus nicht in einigen Monaten geplant und errichtet – von der Idee bis zur Eröffnung können auch schon einmal 10 Jahre vergehen.

Zudem muss ein Krankenhaus viele Jahre funktionieren und sich idealiter auch künftigen Entwicklungen anpassen können. Der Ermittlung des allgemeinen Marktumsfelds mit demografischer Entwicklung, Krankenhaushäufigkeiten, Inzidenzen, Wettbewerbern und Marktanteilen folgt die Analyse von Patientenströmen, die Zugewinne und Verluste des Krankenhauses im Einzugsgebiet aufzeigt. Detailbetrachtungen, heruntergebrochen bis auf einzelne Krankheitsbilder, zeigen, wie das Krankenhaus mit seinem vorhandenen Leistungsangebot Marktanteile erreicht und wie sich diese verändern.

Das Ergebnis ist die Erstellung einer umfassenden Medizinstrategie. Diese wiederum muss ei-

nen kritischen Blick auf die stationäre Leistungsentwicklung, das Notfallgeschehen sowie vorhandene und ergänzende ambulante Leistungseinheiten werfen.

Erst auf Basis dieser Medizinstrategie kann für einen Neubau eine Fallzahlprognose und somit eine Kapazitäts-, Personal-, Materialkosten- sowie Flächenplanung geliefert werden. Anhand einer Szenarioanalyse werden schließlich Ergebnissen unter Veränderung von verschiedenen Parametern simuliert, um Grenzen zu ermitteln und Unsicherheiten der Zukunft abzubilden. Dieser Stresstest liefert die Entscheidungsgrundlage für die Eckpunkte der späteren Baumaßnahme und hat ein fertiges Betriebskonzept mit Medizinkonzept (stationär, Notfall, ambulant), Personalkonzept, Materialkonzept zum Ergebnis.

Sorgfältige Vorbereitung

All diese Parameter fließen in einen Business Case, der die Ergebnissenentwicklung des Krankenhauses für die nächsten Jahre, und damit die Finanzierbarkeit der Baukosten, aufzeigt. An solchen konkreten Rechnungen und den ihnen zugrundeliegenden Analysen sind übrigens auch die entsprechenden Behörden und Entscheider in den Landesregierungen inter-

essiert, schließlich fließen in solche Bauten auch Steuergelder und deren Verwendung werden genauestens begleitet und kontrolliert. Da Bund und Länder allerdings bereits seit vielen Jahren die notwendigen Fördermittel für die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser nicht mehr aufbringen können, müssen die Krankenhausräger auch Eigenmittel zuschießen. Diese Eigenmittel müssen durch den laufenden Krankenhausbetrieb erwirtschaftet werden – eine sorgfältige Vorbereitung kann deshalb spätere unangenehme Überraschungen verhindern.

Analyse zahlt sich aus

Umfassende vorbereitende Analysen zahlen sich also schnell aus. Auf Grundlage der Machbarkeitsstudie erfolgt die konkrete Bauplanung. Projektsteuerer und Architekten können eine Baukonzeption und eine Ermittlung von Baukosten auf dieser Basis fundiert vornehmen. Bei den meisten Baumaßnahmen wird dieser Schritt jedoch vernachlässigt, was zu späteren Kostenüberschreitungen, Finanzierungsproblemen und Unzufriedenheit bei Mitarbeitern und Patienten führt. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie münden außerdem in ein Raum- und Funktionsprogramm. Hier werden die Fallzahlentwicklung, die Kapazitäts- und Flächenbedarf

fe in ein Raumprogramm übersetzt.

Nach Vorlage der ersten Entwurfsplanung durch den Architekten wird mittels eines Prozessengineering die Anordnung von Räumen und Funktionen simuliert, Folgekosten optimiert und die Wege für Personal, Patienten und Angehörige ideal und wirtschaftlich gestaltet. Einher geht die Planung der technischen Infrastruktur für IT, Medizintechnik sowie eines kompletten Ver-/Entsorgungs- und Logistikkonzepts.

Experten ersparen schmerzhaftes Lernprozesse

Der Weg zum neuen Krankenhaus ist also lang und steinig. Ein durchdachtes Greenfield-Management durch neutrale Experten, die der Geschäftsführung und dem Träger gleichermaßen bei der Etablierung einer umfassenden analytischen Grundlage zur Verfügung stehen und auch den nachfolgenden Prozess der Umsetzung begleiten können, kann deshalb entscheidend dazu beitragen, dass Fehler vermieden und Planungsprozesse verkürzt werden. Träger, die sich rechtzeitig ihrer fehlenden Erfahrung bei der Umsetzung und Begleitung eines solchen Projektes gewahr werden und darauf reagieren, indem sie Experten mit an Bord holen, sparen sich schmerzhaftes und langwieriges Lernprozesse. □

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG.

Alle Beiträge finden Sie auf unserer Internetseite www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog.



Ein multiprofessionelles Team des Bezirkskrankenhauses Passau tauschte sich mit Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (3. v. r.) und Chefarztin Dr. Tanja Hohegger (6. v. r.) zum Thema Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche aus. Bild: Bezirk Niederbayern

Zurück ins Leben

Bezirkstagspräsident sammelt Infos für Schul- und Kindertagesstätten-Öffnungskonzept

Isolation von den Freunden und Klassenkameraden, keine Schule und kein geregelter Tagesablauf und dennoch großer Lern- und Erfolgsdruck im Homeschooling: Die Corona-Krise hinterlässt gewaltige Spuren bei vielen Kindern und Jugendlichen. Beim zweiten Lockdown sind die Folgen sogar noch gravierender und sind zum Teil noch gar nicht abzuschätzen, weil sie in der Gesellschaft noch nicht angekommen sind. Das hat Dr. Tanja Hohegger, Chefarztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik am Bezirkskrankenhaus Landshut, bei einem Termin mit Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich am Bezirkskrankenhaus Passau betont.

In Passau wurde 2003 ein Standort mit Tagesklinik und Intensivambulanz für Kinder und Jugendliche gegründet. Laut Hohegger kommen derzeit gehäuft Notfälle in die Intensivambulanz, die meist gleich stationärer Behandlung bedürfen: „Gerade auch die Suchterkrankungen und Essstörungen nehmen erheblich

zu.“ Heinrich arbeitet an einer Lösung und hat sich daher in Passau informiert, worauf die Politik beim Erstellen von Öffnungskonzepten besonders achten muss. Gemeinsam mit den Landräten der Landkreise Freyung-Grabenau, Passau, Regen, wie auch dem OB der Stadt Passau, hat der Bezirk Niederbayern bereits

in den letzten Wochen ein detailliertes Konzept ausgearbeitet, wie Kindertagesstätten und Schulen auch bei höherer Inzidenz geöffnet werden können. Wissenschaftlicher Leiter des Pilotprojekts ist Prof. Dr. Matthias Keller, Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Kinderklinik in Passau. Er stimmt sich sehr eng mit Prof. Dr. Michael Kabesch vom Krankenhaus Barmherzige Brüder Regensburg ab.

Derzeit liegt der Plan nach der Regierungserklärung von Markus Söder am 7. April noch auf Eis, und doch soll an Öffnungsperspektiven der Zukunft mit Hochdruck gearbeitet werden, betonte der Bezirkstagspräsident bei dem Informationsbesuch: „Wir warten nicht auf Lösungen, sondern wir machen uns selber auf den Weg“, bekräftigte er. Wachsende Verzweiflung in den Familien stehe dem Grundbedürfnis von Pädagogen, Eltern und Kindern nach Sicherheit gegenüber. „Für weitere Monate alles zuzusperren kann keine akzeptable Lösung sein. Es müssen daher politische Vorschläge entwickelt werden, wie man den Kindern und Eltern gerecht wird und trotzdem höchstmögliche Sicherheit gewährleistet.“

Keine Diskussion über Teststrategie

Besonders interessierte es Heinrich, wie die bereits angelaufene Teststrategie in der Tagesklinik in Passau funktioniert. Hohegger hatte einige Vertreter des multiprofessionellen Teams geladen, ihre Erfahrungen zu schildern. Diese gaben die Rückmeldung, dass die Tests bislang völlig unproblematisch laufen. Man versorge die Eltern mit Informationen, und daher gebe es keinerlei Diskussionen über die



In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens: Trägervielfalt in der Krankenhausversorgung

Die Krankenhauslandschaft ist unübersichtlich geworden – vor allem dann, wenn man sich die Gesamtentwicklung in Deutschland ansieht. Verschiedene Träger, Gruppen und Konzerne tummeln sich hier und stellen die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sicher. Vor der eigenen Haustür, im eigenen Landkreis ist es oft kaum einfacher: das kommunale Krankenhaus, das seit Jahr und Tag vom Landkreis betrieben wird, in der Nachbarschaft eine privatisierte orthopädische Fachklinik und ein paar Häuser weiter eine Privatklinik, in der alle Fragen der ästhetischen Chirurgie beantwortet werden. Dazu ein loser Verbund über die Landkreisgrenzen hinweg und über allem schwebt der große Schatten der Universitätsklinik in der Großstadt um die Ecke.

Die Frage der Trägerschaft ist dabei eigentlich am einfachsten zu beantworten: Entweder ist das Haus „kommunal“ – dann also im Besitz der Kommune. Oder frei-gemeinnützig, dann gehört das Haus einer Kirche, einem konfessionellen Verband wie etwa AWO oder Diakonie. Oder schließlich Privat – dann ist das Haus im Besitz eines großen Klinikverbundes wie etwa der Sana Kliniken AG. Für diese drei Trägerformen gilt: Sie alle behandeln alle Bürgerinnen und Bürger in einem Landkreis – der Versicherungsstatus spielt keine Rolle. Anders bei Privatkliniken: Hier gibt es eine breite Trägervielfalt (bis hin zum persönlich haftenden Arzt) und hier gilt das Selbstzahlerprinzip: für die neue Nase zahlt man selbst.

Zudem gibt es Mischformen: Private steigen als Minderheitsbeteiligung in ein kommunales Haus

ein oder bieten einen Managementvertrag an, also die Möglichkeit, ein kommunales Haus ohne Veränderung in der Besitzerstruktur von einem erfahrenen externen Manager führen zu lassen. Denkbar sind auch Verbünde: Häuser aus einer Region kooperieren auf unterschiedlichsten Ebenen und auf unterschiedlichsten Niveaus. Schließlich gibt es auch kommunale Zusammenschlüsse, durchaus über Landkreisgrenzen hinaus – mit allen damit verbundenen Chancen, aber eben auch Risiken.

Intelligente und zukunfts zugewandte Gesundheitsversorgung

Unabhängig von der Form der Trägerschaft ist wichtig, denn die Bedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb eines Krankenhauses haben sich nicht erst seit Corona verschlechtert und werden dies auch weiterhin tun. Patienten wandern ab, die Behandlungsmethoden verändern sich und längst geht es nicht mehr um die Zahl der Betten, die vorgehalten werden, sondern um eine intelligente und zukunfts zugewandte Gesundheitsversorgung.

Künftig wird es deshalb weniger um die Frage gehen, wem das Krankenhaus gehört. Vielmehr wird man fragen müssen, ob es sich wirtschaftlich betreiben lässt, ob man es führen lassen sollte oder ob eine Kooperation mit Dritten sinnvoll sein kann. Denn die Erfahrung zeigt: Menschen ist eine umfassende medizinische Versorgung wichtig – unabhängig davon, wer sie betreibt und ob sie für diese Versorgung eventuell ein paar Kilometer weiterfahren müssen. □

Mehr Tempo bei der Pflegereform

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung aufgefordert, die Pflegereform nicht länger aufzuschieben. Holetschek betonte: „Die Pflegereform darf Corona nicht zum Opfer fallen – das sind wir den Pflegebedürftigen und den Pflegekräften gleichermaßen schuldig, die eine Perspektive brauchen.“

Holetschek kritisierte: „Seit Mitte März ist ein Arbeitsentwurf des Bundesgesundheitsministeriums bekannt. Einen offiziellen Referentenentwurf zum Start des parlamentarischen Verfahrens gibt es aber immer noch nicht.“ Er hatte Mitte März Eckpunkte für einen Reformplan vorgelegt: „Wir brauchen mehr Pflegepersonal und eine Versorgungs- und Finanzreform. Das geht zum Beispiel mit einer Pflegeversicherung, die substantiell finanzielle Risiken der Pflege absichert, mit verbindlichen tariflichen Vergütungsstrukturen und steuerlichen Vorteilen für Pflegepersonal und mit der Stärkung der Versorgungsstrukturen vor Ort ... Uns erreichen regelmäßig Schilderungen von Einzelfällen, die jedem klarmachen müssen, dass es so nicht weitergehen kann. Wenn Angehörige zum Beispiel Post vom Heim erreicht, dass die Preise um über 400 Euro monatlich angehoben werden, kann das Familien in finanzielle Nöte stürzen. Bei der Anpassung der Leistungen der Pflegeversicherung an die Kostenentwicklung müssen wir dringend nachbessern – und zwar vor der Bundestagswahl!“ □

Teststrategie – die Beobachtung sei sogar, dass die Eltern dankbar sind für ein Stück Sicherheit für ihren Nachwuchs. Je klarer man agiere, desto größer sei die Akzeptanz, waren sich die Passauer Mitarbeiter einig. Sie gaben Heinrich als Tipp mit auf den Weg, auch an den Schulen und Kindertagesstätten transparente Regeln einzuführen, die man den Eltern erklärt, denn wenn diese beruhigt seien und diese akzeptieren, dann übertrage sich das auch auf die Kinder. Zudem solle so wenig zusätzlicher schulischer Druck wie möglich auf die Kinder und Jugendlichen ausgeübt werden und größtmögliche Flexibilität müsse das Ziel sein.

Die Problemwelle wird erst noch auf die Region zurollen, sagte Dr. Tanja Hohegger, die sich ebenfalls klar für maßvolles Öffnen unter sicheren Bedingungen ausspricht. „Den Kindern und Jugendlichen fehlt sowohl der soziale Austausch als auch die Arbeit an der Regelakzeptanz und die Einordnung in

ein Gruppengefüge.“ Alle jungen Menschen seien sehr diszipliniert gewesen im vergangenen Jahr: „Aber ich kann verstehen, dass ihnen jetzt die Luft ausgeht – es gibt seit mehr als einem Jahr kein altersentsprechendes Leben mehr.“ Für Dr. Olaf Heinrich zählt nicht nur das Argument, dass die Kinder und Jugendlichen, die gerade nicht zur Schule können, laut immer wieder zitierter Studien rund ein bis drei Prozent ihres Lebenserwartens verlieren. Ihm stellt sich vielmehr die Fragen, ob diese nach der Corona-Krise noch gesund durchs Leben gehen können. Es gelte, auf lokaler Ebene voranzugehen und so vielleicht auch Schule zu machen für den ganzen Freistaat. „Wenn wir riskieren, dass wegen Quarantänemaßnahmen zehn Prozent des Unterrichts ausfällt, aber 90 Prozent möglich sind, dann wäre das für mich in Ordnung. Alles zuzulassen ist dagegen auf Dauer für alle Beteiligten untragbar.“ Heinrich hält es für unverzicht-

bar, schnellstmöglich den Kindern und Jugendlichen wieder zu ermöglichen, in ihre Einrichtungen zu gehen, dort Freunde zu treffen, eine Tagesstruktur zu erleben und auch zu lernen. „Dies wird, trotz immer mehr Impfungen, vor allem dann möglich sein, wenn ein sicherer Besuch von Schulen und Kindertagesstätten auch bei höherer Inzidenz, wissenschaftlich begleitet und evaluiert, möglich gemacht wird.“ Der Bezirkstagspräsident sprach sich wie Prof. Kabesch für die so genannten „Pool-Testungen“ aus, bei denen die Kinder durch „Spuck-Tests“ zweimal in der Woche getestet werden. Dadurch kann ihm zufolge sichergestellt werden, dass Infektionen sehr früh und schnell erkannt werden, bevor viele weitere Mitschüler angesteckt werden. Aber auch mit den herkömmlichen Schnelltests durch die Nase kommen fast alle Kinder gut zurecht, meldete das Passauer Team. Hier habe es in keiner Altersklasse große Diskussionen gegeben. eb

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

SPORT
KULTUR
POLITIK
WETTER
LOKALE NACHRICHTEN
GESELLSCHAFT
WIRTSCHAFT

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Landkreis Fürth mit 117.975 Menschen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
01.05.2008.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mir war es schon immer wichtig, zu gestalten und aktiv an der Entwicklung meiner Heimat mitzuwirken. Ich möchte, dass durch die richtigen Weichenstellungen in der Politik die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass sich alle Generationen im Landkreis Fürth wohlfühlen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Noch lange bevor ich offizielle Ämter als ehrenamtlicher Mandatsträger bekleidete, beteiligte ich mich daher zum Beispiel an Bürgerforen (z. B. Aktion „1000 Bilder Heimat“) in meiner Heimatgemeinde, war im Musikverein aktiv im Vorstand oder gestaltete bei der Jun-



Matthias Dießl

Landrat im Landkreis Fürth
Vorsitzender des Bezirksverbandes
Mittelfranken und Präsidiumsmitglied im
Bayerischen Landkreistag

gen Union sowie der CSU Veranstaltungen und politische Konzepte mit.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

In meinem politischen Wirken spielten bisher insbesondere die Jugend- und Familienpolitik, die Themen Umwelt und Verkehr sowie die Schaffung einer schlanken kommunalen Verwaltung, verbunden mit der modernen Ausrichtung auf die Herausforderungen der Zukunft, eine große Rolle.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Seit über einem Jahr wird die tägliche Arbeit natürlich durch die Coronapandemie geprägt. Nichts desto trotz gilt es, auch den anderen wichtigen Themen ausreichend Platz einzuräumen und diese weiter voranzutreiben. Das sind die Digitalisierung der Verwaltung, aber auch die Weiterentwicklung des Schulstandortes Landkreis Fürth auf Grund wachsender Schülerzahlen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Eines meiner Ziele ist es, dass der Landkreis zum Vorbild beim schonenden Energieverbrauch und dem Klimaschutz wird. Wir bekennen uns zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und wollen mit eigenem nachhaltigem Handeln zum Schutz unserer Erde beitragen. Wir erarbeiten aktuell eine Nachhaltigkeitsstrategie für unsere Landkreisverwaltung und damit für unseren Landkreis.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Die ersten Jahre in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik waren für mich persönlich so etwas wie Lehrjahre. Ich habe mich Schritt für

Schritt in die Themen eingearbeitet und mir so sehr viel Wissen angeeignet.

Denn nur wenn man sich auskennt und das nötige Hintergrundwissen hat kann man auch andere von seinen Ideen überzeugen und weiß wo man ansetzen muss, um Veränderungen erfolgreich zu meistern. Generell ist es wichtig, an Vorhaben dranzubleiben und für eine Sache zu „brennen“. Hierbei darf man sich auch nicht entmutigen lassen, wenn etwas nicht gleich gelingt.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Mir ist es wichtig, gemeinsam Zukunft zu gestalten. Dafür ist es notwendig, immer im Gespräch zu bleiben und einen offenen Austausch zu pflegen. Egal ob mit den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, wo es für mich selbstverständlich ist, die Tagesordnungspunkte vor Sitzungen mit den Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen zu besprechen oder durch den regelmäßigen Austausch mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der 14 Landkreiskommunen. Man muss auch zuhören können. Durch die monatliche Telefonsprechstunde komme ich ebenso in direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, wie bei persönlichen Begegnungen, aus denen ich viel „Input“ für meine tägliche Arbeit mitnehme. Für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe ich immer eine offene Bürotür und auch hier sind mir der direkte Austausch und das unmittelbare Feedback sehr wichtig.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Durch die Pandemie ist doch gut deutlich geworden, an welchen Punkten es noch Nachholbedarf gibt. Andererseits haben wir dadurch, wie ich finde, im Bereich Digitalisierung einen großen Schritt nach vorne gemacht.

Dass künftig auch Hybridsitzungen für Gremien möglich sind ist nur ein Beispiel dafür. Als Amt sind wir Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und es ist wichtig, dass wir Verwaltungsvorgänge so schlank und effizient wie möglich durchführen. Onlineangebote müssen unnötige Wege in die Behörde ersparen. Das muss selbstverständlich werden.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Ein ganz spezielles Lebensmotto habe ich nicht. Es sind verschiedene Leitlinien. In Bezug auf uns als Gesellschaft ist es beispielsweise: Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst. Wir haben alle nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Das wird leider immer mehr vergessen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich stehe für nachhaltige Politik – sowohl in Bezug auf die konsequente Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen für die Entwicklung unseres Landkreises als auch hinsichtlich der Schaffung einer gesunden Finanzbasis, damit in Zukunft ebenfalls Spielräume zur Gestaltung bestehen. Ich hoffe natürlich, dass dies später auch rückblickend so wahrgenommen wird. □



Vor dem Gebäude der Berufsfachschule in der Dieselstraße, wo die Fachakademie starten wird, trafen sich die Beteiligten zur Vorstellung: V.l.: MdL Harald Schwartz, Berufsschulleiterin Oberstudienrätin Sabine Fersch, die Berufsfachschulchefin Studiendirektorin Claudia Hanft, der künftige Fachakademie-Bereichsleiter Oberstudienrat Guido Schwarzmann, Landrat Richard Reisinger und Bürgermeister Michael Göth.

Foto: Christine Hollederer

Landrat Reisinger landet Coup

Fachakademie für Sozialpädagogik kommt nach Sulzbach-Rosenberg

Sulzbach-Rosenberg. Jetzt wurde es offiziell. Per Pressemitteilung verkündeten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und sein Kabinettskollege, Kultusminister Michael Piaolo, die Entscheidung, dass am Standort Sulzbach-Rosenberg eine staatliche Fachakademie für Sozialpädagogik neu gegründet wird. Bereits ab dem kommenden Schuljahr werden am Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Sulzbach-Rosenberg neben Schülern und Auszubildenden auch Studierende betreut. Die Details dazu gaben Landrat Richard Reisinger und Schulleiterin Sabine Fersch nun bekannt, im Beisein von Landtagsabgeordneten Dr. Harald Schwartz und Bürgermeister Michael Göth.

Seit 2019 hatte Reisinger dafür gekämpft, dass in Sulzbach-Rosenberg eine staatliche Fachakademie für Sozialpädagogik angesiedelt wird und der „weiße Fleck“ in Bezug auf das Angebot von Fachakademien im Nordwesten der Oberpfalz endlich verschwindet. Unzählige Telefonate habe er in den vergangenen zwei Jahren geführt: mit dem Kultusministerium, der Regierung der Oberpfalz und nicht zuletzt dem Finanzministerium. Deshalb richtete er seinen Dank sowohl an den Kultusminister als auch an den Finanzminister. Mit letzterem sei er zuletzt persönlich in Kontakt getreten, um für den Standort Sulzbach-Rosenberg zu werben. Mit Erfolg. Finanz- und Heimatminister Albert Füracker gab das finale Okay.

Reisingers Dank galt auch MdL Harald Schwartz, der maßgeblich mitgeholfen habe bei der Realisierung. Schwartz seinerseits würdigte die Weitsicht und das Engagement des Landrats für diese wichtige Institution. Eine Stärkung des beruflichen Schulstandortes und einen wichtigen Standortfaktor für die Ansiedlung von Familien sah Bürgermeister Michael Göth hochofrendlich verwirklicht. Somit könne die Fachakademie laut Landrat Reisinger bereits zum 1. August dieses Jahres offiziell starten.

Perfekte Ergänzung

„Die Einrichtung der Fachakademie für Sozialpädagogik am Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Sulzbach-Rosenberg ist die perfekte Ergänzung der dort bereits vorhandenen Berufsfachschulen für Sozialpflege, Kinderpflege und Ernährung & Versorgung“, so die Ausführung des Landrats. „Deren Absolventen bekommen mit der möglichen Weiterqualifizierung zum Erzieher/zur Erzieherin eine aussichtsreiche berufliche und persönliche Zukunftsperspektive.“ Aber auch anderen Bewerberinnen stehe die Fachakademie offen.

Die ersten Reaktionen von Schülern der Berufsfachschule für Kinderpflege auf die Einrichtung einer Fachakademie waren durchweg positiv. Von „Das ist ja eine tolle Nachricht.“ über „Ich habe großes Interesse und freue mich riesig“ bis hin zu „Mit mir haben Sie die erste Schülerin“ war alles dabei, so Schulleiterin Sabine Fersch laut Pressemitteilung.

„Für das Bildungsangebot des Landkreises und der Stadt Am-

berg stellt die neue Fachakademie, an der zukünftige Erzieher studieren werden, eine wichtige Ergänzung dar“, erklärte Fersch. In der Region gebe es einen großen und weiter steigenden Bedarf an ausgebildeten Kinderpflegern und Erziehern. Laut Staatsregierung fehlen in Bayern bis 2023 etwa 30.000 Fachkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Nachfrage wird steigen

„Auch im Landkreis Amberg-Sulzbach kann der Bedarf aktuell nicht gedeckt werden und aufgrund der laufenden und in Umsetzung befindlichen Planungen der Kommunen für zusätzliche Betreuungsplätze wird sich die Nachfrage nach qualifizierten Erziehern noch weiter erhöhen“, schätzt Fersch.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Erzieher seien nicht auf die bekannten Tageseinrichtungen beschränkt. „Weitere Einrichtungen, die die Erziehung in der Familie unterstützen und ergänzen, sind beispielsweise Kinder- und Jugendzentren, Jugendgruppen, Schulkindergärten, Erziehungsberatungsstellen oder Werkstätten für Behinderte“, berichtet Sabine Fersch. Darüber hinaus seien Erzieher auch in Einrichtungen, die die Familie ersetzen, wie z. B. Kinder- und Jugendheime, Internate, Erholungs- und Kurheime, tätig.

Keine Einbahnstraße

„Und natürlich ist die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin keine Einbahnstraße. Im Rahmen der Hochschulzugangsmöglichkeiten für beruflich Qualifizierte beinhaltet der Abschluss der Fachakademie außerdem die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Werden zudem noch Ergänzungsprüfungen abgelegt, erwerben die Absolventen die fachgebundene bzw. allgemeine Fachhochschulreife (Fachabitur)“, so Fersch. Informationen zu den Anforderungen und dem Bewerbungsverfahren für die Fachakademie für Sozialpädagogik sind auf der Internetseite der Schule unter www.bsrsuro.de abrufbar.

Um für den Start am 1. August gerüstet zu sein, bereitet Oberstudienrat Guido Schwarzmann mit Studiendirektorin Claudia Hanft und dem Lehrteam alles vor. Sie hoffen auf zahlreiche Bewerbungen. „Die ersten zehn sind schon eingegangen“,

bestätigte Schwarzmann beim Pressetermin. „Das spornt das Team weiter an“. Für die Leiterin des Beruflichen Schulzentrums, Oberstudienrätin Sabine Fersch, stellt die Fachakademie für Sozialpädagogik eine zukunftssträchtige Erweiterung des Schulzentrums dar. Sie sieht in der Wahl des Standortes zudem eine klare Wertschätzung der engagierten und innovativen Arbeit ihres Kollegiums. Bereits 2018 wurde das Schulzentrum für die hohe Qualität der schulischen Arbeit bereits mit dem „MODUS“-Status ausgezeichnet. □

BAVERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chafel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Schulen werden ertüchtigt:

Landkreis investiert in weiterführende Schulen

Der Bau- und Vergabeausschuss des Landkreises Pfaffenhofen hat sich bei seiner letzten Sitzung unter Leitung des Stellvertreters des Landrats Karl Huber mit verschiedenen Investitionen an seinen weiterführenden Schulen befasst.

Am Schyren-Gymnasium in Pfaffenhofen wird im 2. Obergeschoss im Rahmen der Generalisierung ein Verbindungssteg über der Aula errichtet werden, um die zwei Gebäudeteile miteinander zu verbinden und einen zusätzlichen Flucht- und Rettungsweg zu schaffen. Es handelt sich dabei eine Stahlkonstruktion mit zwei Metern Breite und 16 Metern Länge. Der Steg wird an den Seiten verglast und mit einem Trapezblech überdacht. Für die Schlosserarbeiten wurden 35 Firmen um ein Angebot gebeten, 13 Angebote sind letztendlich eingegangen. Den Zuschlag hat die Firma Manufaktur Soller GmbH aus Ergoldsbach für rund 106.000 Euro erhalten.

Beim Hallertau-Gymnasium in Wolnzach wurde der 1. Bauabschnitt im Rahmen der Installation eines passiven Datennetzwerks bereits abgeschlossen. Damit sind in allen Klassenzimmern die Voraussetzungen für einen digitalen Unterricht geschaffen.

Fertigstellung bis nach den Pfingstferien

Für den 2. Bauabschnitt, d.h. Verwaltung, Aula und Bücherei wurden die Arbeiten jetzt für rund 66.000 Euro, wie schon beim 1. Bauabschnitt, an die Firma Kluger Elektrotechnik GmbH aus Pfaffenhofen vergeben. „Durch die Beauftragung der zusätzlichen Leistungen an

die Firma Kluger kann die Maßnahme bis zu den Pfingstferien abgeschlossen werden. Bei einer gesonderten Ausschreibung hätten wir mit einem Zeitverlust von mehreren Monaten rechnen müssen“, so Kreiskämmerer Walter Reisinger. Derzeit ist die Schule aufgrund der Corona-Beschränkungen ohnehin nur sehr spärlich besetzt. Dadurch können die Arbeiten ohne wesentliche Beeinträchtigung des Schulbetriebs durchgeführt werden.

Zusätzlicher Bedarf wegen der Corona-Pandemie

„Aufgrund der Corona-Pandemie ist der zusätzliche Bedarf bei der digitalen Infrastruktur und bei den digitalen Medien deutlich geworden. Nur durch den Ausbau des passiven Datennetzwerkes, also die Erneuerung der Infrastruktur im Gebäude, kann die Hardware an die erhöhten digitalen Anforderungen angepasst werden“, betonte der Stellvertreter des Landrats Karl Huber. Der Landkreis werde in diesem Bereich auch weiterhin intensiv tätig sein. □



Beim Treffen unter strengen Hygiene-Auflagen im großen Sitzungssaal des Landratsamts in Bad Tölz (v.l.: Florian Diepold-Erl (Klimaschutzmanager Landkreis Garmisch-Partenkirchen), Michael Grasl (Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Landrat Anton Speer (Landkreis Garmisch-Partenkirchen), Georg Kittenrainer (Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags im Landkreis Miesbach) Andreas Ross (Wirtschaftsförderung Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Andreas Scharli (Energiewende Oberland), Landrätin Andrea Jochner-Weiß (Landkreis Weilheim-Schongau), Stefan Drexelmeier (Vorstand Energiewende Oberland), Landrat Josef Niedermaier (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Georg Leis (Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags im Landkreis Weilheim-Schongau), Elisabeth Freundl (Vorstand Energiewende Oberland), Hans Mummert (Vorstand Energiewende Oberland), Josef Kellner (Stiftungsrat Energiewende Oberland), Landrat Olaf von Löwis (Landkreis Miesbach)). □

Energiewende bis 2035 weiterhin Ziel im Oberland

Landräte und Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags aus den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Weilheim-Schongau halten an Klimaschutz- und Energiewende-Ziel für die Region fest

„Klimaschutz und Energiewende werden auch nach Corona Megathemen für unsere Region sein und bleiben“, stellte Landrat Josef Niedermaier (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) in seinem Eingangsstatement fest. Seit der Gründung der Bürgerstiftung Energiewende Oberland im Jahr 2005 hat sich der Anteil der Erneuerbaren in den Bereichen Strom und Wärme kontinuierlich erhöht und Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen konnten bis heute auf alle vier Landkreise des Oberlands erfolgreich ausgeweitet werden, berichtete Stefan Drexelmeier (Vorstandsvorsitzender der Energiewende Oberland). Dennoch ist auch durch Forschungsprojekte belegt, dass unter aktuellen Rahmenbedingungen das Ziel 100 Prozent erneuerbare Energie bis zum Jahr 2035 noch in weiter Ferne liegt.

Das Potenzial für die Energiewende im Oberland ist dennoch vorhanden und so zeigen die vom Bund beschlossene CO₂-Steuer und Fördermittel für Energieeinsparung und Erneuerbare aktuell ihre Wirkung.

Zunehmende Anfragen

Anfragen besonders durch Hauseigentümer*innen und Kommunen nehmen in den letzten Jahren immens zu, berichtet die Energiewende Oberland im Rahmen des Treffens. Über 240 Beratungssuchende haben sich beispielsweise aktuell für einen Energiecheck im Oberland an-

gemeldet und warten auf Unterstützung beim Umstieg von fossilen Energieträgern zu nachhaltigen Lösungen.

„Wir halten als Landkreis an dem Energiewende-Ziel 2035 fest und wissen auch die Unterstützung der Energiewende Oberland sehr zu schätzen“, betonte Landrätin Andrea Jochner-Weiß (Landkreis Weilheim-Schongau) die gute Zusammenarbeit zwischen der gemeinnützigen Stiftung und dem Landkreis.

Landrat von Olaf von Löwis (Landkreis Miesbach), der bereits als Privatperson Gründungsstifter der Energiewende

Oberland seit 2005 ist, unterstützte die landkreisübergreifende Zusammenarbeit ebenfalls. „Unsere Bürgerinnen und Bürger und Gemeinden brauchen beim Thema Klimaschutz und Energiewende kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die konkrete Umsetzung vor Ort“.

Diesem Statement konnte sich Landrat Anton Speer (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) nur anschließen. „Im Jahr 2017 ist der Landkreis der Energiewende Oberland beigetreten und seitdem hat sich die Zusammenarbeit zwischen Klimaschutzmanagement, den Gemeinden im Landkreis und der Energiewende Oberland sehr gut entwickelt“, stellte Landrat Speer fest.

Die Vorstellung des Beratungs- und Informationsangebots der Energiewende Oberland für die kommenden Jahre soll im Sommer in den zuständigen Kreisgremien durch den Vorstand der Bürgerstiftung und des angegliederten Kompetenzzentrums erfolgen. □

Erfolgreiche Klimaschutzprojekte in Markt Schwaben und Aschaffenburg

Pronold: Bundesumweltministerium fördert Sportpark und Kronberg Gymnasium

Markt Schwaben und Aschaffenburg setzen auf Klimaschutz und investieren in die Zukunft. Im Stadion und auf den Sportplätzen in Markt Schwaben kann jetzt unter einer neuen klimafreundlichen LED-Flutlichtanlage trainiert und gespielt werden. Und in Aschaffenburg sind die raumlufttechnischen Anlagen des Kronberg Gymnasiums nachgerüstet worden. Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, überreichte in einer Online-Veranstaltung an Markt Schwaben und an die Stadt Aschaffenburg je ein Klimaschutz-Zertifikat über die Treibhausgasersparungen, die mit den Klimaschutzprojekten erzielt werden. Beide Maßnahmen wurden mit rund 275.000 Euro aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums gefördert.

Florian Pronold: „Kommunen sind wichtige Schlüsselakteure im Klimaschutz, die wir gerne unterstützen. Ich freue mich, dass Markt Schwaben und Aschaffenburg die Fördermöglichkeiten des Bundesumweltministeriums genutzt haben, um Energieeffizienzmaßnahmen vor Ort umzusetzen. Das ist gut für das Klima und die Stadtkasse. Ich wünsche mir, dass sich noch weitere Gemeinden und Städte diesem Vorbild anschließen.“

Markt Schwaben hat die Flutlichtanlagen des Stadions sowie zweier Kunstrasenplätze auf LED-Technik umgerüstet und reduziert damit den CO₂-Ausstoß in den nächsten 20 Jahren um 500 Tonnen. In den Gesamtausgaben in Höhe von rund 166.000 Euro beteiligte sich das

Bundesumweltministerium mit einer Förderung von 50.000 Euro. Die Stadt Aschaffenburg ließ 40 dezentrale raumlufttechnische Anlagen im Kronberg Gymnasium nachrüsten. Der dadurch erzielte Stromverbrauch senkt dauerhaft den Ausstoß von Treibhausgasen. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 645.000 Euro übernahm das Bundesumweltministerium 225.000 Euro.

Seit 2008 fördert und initiiert das Bundesumweltministerium unter dem Dach der NKI in ganz Deutschland Klimaschutzprojekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Im Zeitraum 2008 bis 2020 wurden bereits etwa 35.500 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 1,23 Mil-

liarden Euro durchgeführt. Die Sanierung von Außen-, Straßen- und Innenbeleuchtung und raumlufttechnischen Anlagen werden ebenso wie die Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten durch ein Klimaschutzmanagement über die Kommunalrichtlinie im Rahmen der NKI gefördert. Im Zuge des Corona-Konjunkturprogramms sind die Förderbedingungen erheblich verbessert worden, indem Förderquoten erhöht, Eigenanteile gesenkt und die Förderbedingungen für finanzschwache Kommunen optimiert wurden. Die verbesserten Förderbedingungen gelten noch bis Ende dieses Jahres. Anträge für die Kommunalrichtlinie können ganzjährig gestellt werden.

Fragen nimmt der Projektträger Jülich (PTJ) per Telefon unter 030 20199-577 oder per E-Mail an: ptj-ksi@fz-juelich.de entgegen. Bei Fragen rund um die Förderung bietet das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunal Klimaschutz (SK:KK) im Auftrag des BMU kostenlose Beratung an, telefonisch unter 030 39001-170 oder per E-Mail an: skkk@klimaschutz.de. Informationen: www.klimaschutz.de. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Ich habe das gemacht, was uns die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident empfohlen haben: Ich habe mich über die Ostertage ganz auf mich und meine Familie zurückgezogen. Freiwillig. Tat gut!“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich an das gehalten, was ich ihm empfohlen und auch selber praktiziert habe: Das Vernünftige tun, auch wenn einen die Obrigkeit nicht dazu zwingt.

Denn es kann ganz ernsthaft auch einen Akt der Selbstbefreiung bedeuten, wenn man aus freien Stücken auf etwas verzichtet, was einem eigentlich am Herzen liegt: Der nächtliche, stimmungsvolle Gottesdienst, geliebt seit Kindertagen, der Osterbrunch mit der Familie, der lange Spaziergang mit Freunden



tuschelnd Mund an Ohr, immer sich abklatschend, da wären sie wohl in der Schule mit Hygieneplan und Aufsicht besser aufgehoben – meine Meinung. Aber jedenfalls haben unsere jungen Leute die Chance auf Bildung auch in der Pandemie: Distanzlernen, Lernplattformen, Lerngruppen per Teams oder BBB.

Wenn in den Staaten der sogenannten Dritten Welt Schulen geschlossen werden, bedeutet das tabula rasa, es findet einfach überhaupt keine Bildung statt. In manchen Ländern ist dies jetzt bereits seit über einem Jahr der Fall. Ein riesiges globales Problem, denn Bildung ist in jedem Land und in jeder Kultur der Schlüssel zu Aufstieg und Entwicklung. Gerade für Mädchen wird es in Ländern mit entsprechender kultureller Prägung schwer werden, nach der Pandemie wieder zur Schule gehen zu dürfen.

Dass ausgerechnet an der Bildungs- und Schulfront jetzt so viel verloren geht, macht mich unendlich traurig. Auch wir in der Stadt unterstützen ja das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“ engagiert. Als Leserin oder Leser der Gemeindezeitung kennen Sie es gut. In allen Teilen Bayerns leisten hier Kommunen und Kommunalpolitiker Graswurzelarbeit für eine nachhaltige Entwicklung.

Bildung, sauberes Wasser, gesicherte Abwasserversorgung, Gesundheitsvorsorge und und. Die Liste der Herausforderungen ist schier endlos, wenn man an den globalen Süden denkt.

Mein Chef, der Bürgermeister, teilt auch hier meine Sorgen und Ansichten. Man müsste sich viel stärker engagieren – gerade heute und jetzt in Zeiten der Pandemie und der Zukunftsängste.

Aber das ist leichter gesagt als getan: Man hängt ja an seinem Job, an der Familie, an seinem Zuhause. Was würde aus meinem Kater, wenn ich beschließen würde, mich mehr um das Wohl unserer fernen Nachbarn zu kümmern?

Andererseits: Gerade bin ich in einem Alter, da man nochmal Neues wagen kann und sollte. Mal sehen. Zu bedenken ist auch das Wort Albert Schweitzers: „Das eigene Glück kann man nur multiplizieren, indem man es teilt“.

Ihre Sabriua

Das eigene Glück kann man nur multiplizieren, indem man es teilt

in der ersten Frühlingssonne. Diese Dinge vermisst man, aber sie werden einem zugleich auch wertvoller, weil man sich klar wird, wie wichtig sie einem jenseits aller Rituale und Gewohnheiten sind.

Jedenfalls war dieses Ostern so ganz anders, mit viel Zeit zum Lesen und Nachdenken. Etwa darüber, welche absolut privilegierte Situation wir in Europa und Nordamerika trotz Pandemie, Wirtschaftseinbrüchen und finanzieller Kraftakte doch haben. Nicht falsch verstehen: Ich akzeptiere den Frust und die scheinbare Ausweglosigkeit, die viele beklagen, die als Künstler, Gastronom, Hotelier, Fortbildungsdozent, Trainer, Schausteller oder in einer ähnlich fundamental von Lockdown und Einschränkungen getroffenen Branche arbeiten. Doch sie bekommen hier wenigstens Unterstützung, die zumindest existenzielle materielle Not von ihnen fernhält. Wie aber steht es um einen Tagelöhner, sagen wir mal in Indien, Mali oder Haiti? Wenn der keine Arbeit hat, dann hat er schlicht nichts zu essen.

Wir machen uns zu Recht Sorgen um die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die den Kindergarten, die Schule oder die Universität nicht in Präsenz besuchen dürfen. Und nur mal so am Rande: Wenn ich die Teens in unserer Stadt so sehe, wie sie in Gruppen oder Grüppchen durch die Straßen ziehen, immer

B2B-Atlas Obermain verspricht bessere Vernetzung und Sichtbarkeit

Der Landkreis Lichtenfels will seinen regionalen B2B-Unternehmen zu besserer Vernetzung und mehr Sichtbarkeit verhelfen. Dazu bietet er ab sofort die unabhängige Firmensuchmaschine „B2B-Atlas Obermain“ an (<https://OBERMAIN.sherlock-who.com>). Bei der Umsetzung geht der Landkreis einen bislang einzigartigen Weg. Dieser verspricht Dank Digitalisierung mehr Transparenz und Aktualität als herkömmliche Firmensuchmaschinen.

Wie wichtig regionale Geschäftsbeziehungen für Unternehmen sind, führt die Corona-Pandemie vor Augen. Kunden fallen weg, Lieferketten reißen ab und die Beschaffung von Produkten wird erschwert. Doch auch vor und nach der Pandemie ist die Suche nach regionalen Geschäftspartnern ein Thema. Selbst für alteingesessene Unternehmer ist es oft schwer, sich einen Überblick über die potenziellen Lieferanten, Kunden und Partner in der näheren Umgebung zu verschaffen. Vollständige und übersichtliche Datenbanken gibt es nicht. Bei der Recherche im Internet kommt erschwerend hinzu, dass die etablierten Suchmaschinen und Suchplattformen mit ihren Geschäftsmodellen zunehmenden Einfluss darauf ausüben, welche Unternehmen online überhaupt sichtbar sind und welche nicht. Mittelständische Unternehmen ohne große Marketingbudgets fallen da oft durchs Raster.

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises Lichtenfels sieht sich deshalb in der digitalen Verantwortung. Aus diesem Grund haben sich Landrat und Wirt-

schaftsförderung entschieden, eine unabhängige Firmensuchmaschine für die Region anzubieten: Den B2B-Atlas Obermain. Er sorgt für einen objektiven Überblick über die B2B-Lieferanten in der Region – transparent, nachhaltig und werbefrei. „Die große Herausforderung bei diesem Projekt war es, alle Unternehmen vor Ort in die Suchmaschinen zu bekommen und die Daten nachhaltig aktuell zu halten. Deutschlandweit gibt es zahlreiche Negativ-Beispiele für Firmenverzeichnisse, bei denen das nicht gelungen ist. Sogar wollten wir natürlich vermeiden.“ meint Wirtschaftsförderer Helmut Kurz.

Bei der Umsetzung des Projektes geht der Landkreis einen bisher einzigartigen Weg: Anstatt die Daten der Unternehmen von Hand zu erheben, zu verschlagworten und zu aktualisieren, setzt man eine Internet-Suchtechnologie ein, die auf die Firmensuche spezialisiert ist. Sie holt sämtliche Informationen automatisiert aus den Firmenwebseiten und macht sie mit entsprechenden Suchalgorithmen auffindbar. Selbstver-

ständig können sich die Unternehmen auch persönlich einbringen und ihre Daten selbst ergänzen. Neue Unternehmen melden sich künftig gleich bei ihrer Gewerbeanmeldung im B2B-Atlas Obermain an.

Damit bringt der B2B-Atlas Obermain dauerhaft Transparenz in die Region. Die Technologie bekommt der Landkreis von einem Münchner Startup bereitgestellt. „Sherlock Who betreibt seit 2017 die Firmensuchmaschine www.sherlock-who.com, über die die Daten aus der Region Lichtenfels im gesamten deutschsprachigen Raum auffindbar sind“, berichtet Landrat Christian Meißner.

Das Feedback der Unternehmen im Landkreis ist durchweg positiv. Viele begrüßen, dass hier ein wichtiger Schritt in Richtung Digitalisierung gegangen wird. Das zeigt sich auch darin, dass sich die Hälfte der angeschriebenen Unternehmen fast sofort beim B2B-Atlas Obermain registriert hat, um ihren Firmen-Eintrag zu ergänzen.

Offenbar ist das Problem der Transparenz, das man in Lichtenfels mit dem B2B-Atlas Obermain löst, vielerorts bekannt aber noch ungelöst. Andere Landkreise und Regionen haben den Projektverlauf in Lichtenfels beobachtet und bereits ihr Interesse für einen eigenen regionalen B2B-Atlas angemeldet. □

Gemeinsame Marschroute der Landräte und Oberbürgermeister:

Kein Atommüll-Endlager in der Oberpfalz

Sieben Landräte, drei Oberbürgermeister, ein Regierungspräsident, und sie alle vertreten lautstark eine Meinung: „Wir wollen kein Atommüll-Endlager in der Oberpfalz!“. Deutlich wurde das nun bei der Arbeitstagung der Oberpfälzer Landräte mit den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte und Regierungspräsident Axel Bartelt. Per Videoschalttafel tauschten sich die Politiker mit dem Regierungspräsidenten unter anderem über den aktuellen Stand bei der bundesweiten Suche nach einem Atommüll-Endlager aus. Bis zum Jahr 2031 soll hier eine Entscheidung fallen. Ein weiteres Thema der Tagung war einmal mehr die Bewältigung der Corona-Pandemie.

Für ein Atommüll-Endlager kommen 90 Teilgebiete noch infrage. Dr. Roland Eichhorn vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) erläuterte den Politikern, nach welchen Kriterien der Bund bei der Endlagersuche vorgeht. Weil im Freistaat wohl nur zerklüfteter Granit vorkommt und der für ein Atommüll-Endlager nicht geeignet ist, dürfte Bayern keine Rolle spielen, sagt der Leiter der Abteilung „Geologischer Dienst“ am LfU. Das

Bundesgesetz erlaubt aber auch klüftigen Granit. Ein Vorgang, den Dr. Eichhorn nicht wirklich nachvollziehen kann. Auch Hans Heierth vom Bayerischen Umweltministerium teilt diese Meinung.

Der Amberg-Weilburger Landrat Richard Reisinger, zugleich Sprecher der Oberpfälzer Landräte, spürt beim Thema Endlagersuche in ganz Deutschland eine Stimmung pro Endlager in Bayern. Schon jetzt, sehr früh in

Phase 1 des Entscheidungsprozesses, wollen sich er und seine Oberpfälzer Kollegen, genau wie andere bayerische Landräte, deshalb positionieren.

Um den gemeinsamen Auftritt der Oberpfalz kümmert sich der Schwandorfer Landrat Thomas Ebeling. Er ist bei der Endlager-Suche der Dirigent in dem Oberpfälzer Orchester der Landräte, der bereits eine Vorgeschiedene im Widerstand gegen atomare Großprojekte hat, Stichwort: Wackersdorf.

„Wir wollen kein zweites Mal bürgerkriegsähnliche Zustände“, so Ebeling im Rahmen der Arbeitstagung. Vor wenigen Wochen nahm er an der ersten Fachkonferenz teil. Demnach ist noch mehr als 50 Prozent der Fläche in Deutschland im Rennen. Das sei so nicht hinnehmbar. „Es müssen möglichst schnell alle rausgenommen werden, die nichts damit zu tun haben“. Unterstützung erhält Ebeling von Dr. Roland Eichhorn. Dieser fordert zudem mehr Transparenz beim Entscheidungsprozess. Die endgültige Entscheidung fällt 2031, also in 10 Jahren. Die gemeinsame Marschroute der Oberpfälzer Politiker ist klar. Eine Arbeits-

gruppe mit Vertretern der Regierung der Oberpfalz und den von den Landräten an ihren Ämtern bestimmten Beauftragten für das Thema Endlagersuche werden sich nun unter Federführung des Schwandorfer Landrats Thomas Ebeling regelmäßig treffen. Der Widerstand formiert sich. Das Ziel: Bei der Suche nach einem Endlager möglichst rasch als weißer Fleck auf der Landkarte deklariert zu werden.

Impftempo abhängig von Impfstoff-Menge

Beim Thema Corona wird die Oberpfalz eher mit (dunkel-)roten Flecken auf der Landkarte markiert, wegen der hohen Inzidenzwerte. Für die Oberpfalz liegt dieser Wert bei 210, der höchste Wert der sieben Regierungsbezirke in Bayern. „Wir sind mitten in der dritten Welle“, so der Sprecher der Oberpfälzer Landräte Richard Reisinger. Alle Landkreise und kreisfreien Städte in der Oberpfalz haben eine 7-Tages-Inzidenz von mehr als 100, der Landkreis Cham liegt sogar über 300.

Für den Landkreis Cham erkennt dessen Landrat Franz Löffler einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Corona-Entwicklung im benachbarten Tschechien. Ähnlich wie dort zu beobachten war, hofft er auf einen zeitversetzten Abwärtstrend im Grenzland. Der Cham Landrat setzt zudem zusätz-

lich gelieferten Impfstoff für die Grenzlandkreise gezielt für solche Betriebe ein, die nach epidemiologischer Einschätzung durch das Gesundheitsamt eine besondere Immunisierung der Mitarbeiter benötigen.

Positiv schilderten die Landräte und Oberbürgermeister die Impfbereitschaft in ihren Landkreisen und kreisfreien Städten. Oberpfalzweit haben bereits weit mehr als 130.000 Menschen ihre Erstimpfung erhalten und überall konnte bereits mit der Impfung von Menschen in Priorisierungsgruppe 2 begonnen werden. Allerdings, und da waren sich Landräte und Ober-

bürgermeister einig, hängt das Impftempo von der Menge der Impfstoff-Lieferung ab. Die Logistik steht in den Landkreisen und Städten, nur mehr Impfstoff wünschen sich die Politiker. „Die Landkreise sind gerüstet und bereit durchzustarten“, betont das geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages, Dr. Johann Keller.

Auch die Skepsis gegenüber dem Impfstoff von Astrazeneca habe sich gelegt, so die Einschätzung der Landräte und Oberbürgermeister. Oberpfalzweit wurden die Impfstoffe verimpft. „Es bleibt nichts liegen“, so Reisinger. □



Unter dem Motto #ErneuerbareWeihnachten versprach das Bayernwerk im vergangenen Advent, für jeden neuen Follower auf dem eigenen Instagram-Kanal einen Baum zu pflanzen. Mit der Aktion sollte das Bewusstsein für eine klimaneutrale Energiezukunft wie auch für den bayerischen Wald gestärkt werden. Bei Bodenwöhr werden jetzt auf einer Fläche von ca. 1,5 Hektar rund 300 Bäume verschiedenster Art aufgeforstet. Damit wird ein kleiner Beitrag für eine nachhaltige Waldwirtschaft geleistet. Das Bild zeigt v.l. Georg Hoffmann (Bürgermeister Bodenwöhr), Dr. Andre Zorger (Bayernwerk-Leiter des Bereichs Kommunen Ostbayern), Manfred Jehl (Waldbesitzer) und Fabian Pscheidt (Förster im Revier Nittenau).

Bild: Bayernwerk

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 29. April 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser · Abwasser
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etsb.de
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbehof 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 93130 · www.fahnenkoessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Abonnieren Sie unseren

KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www. **AKDB**.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW
**HYGIENISCH EINWANDFREIE
WÄRMERÜCKGEWINNUNG**
100% Außenluft
umluftfrei
betriebsicher
energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:

- + keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
- + Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- + kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- + Neubau oder Sanierung im Bestand
- + Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Messenger-Dienste

Aktuelle Infos über kommunale Neugigkeiten – direkt auf Ihr Handy:



Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
Lüftung-Reinigungs-Service

„Wenn wir gehen
ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung



Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de